

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich, frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter und illustrierte Sonntagsblätter: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Versendung: Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit oder deren Raum 60 Pf. für halbtägige und gewöhnliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifach 2-fachgedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schlusszeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 7 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 15. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Parteitag in Jena.

Vierter Tag.

Jena, den 14. September.

Das Ereignis der heutigen Sitzung bildet die große Rede Bebels gegen das Marokkoabenteuer, die sich zum Schluß zu einer nachdrücklichen Kundgebung des Parteitags gegen die Marokkopolitik der Regierung und die imperialistischen Kriegstreiber ereignet.

Genosse **Bebel**, der sehr wohl und frisch aussieht, betont zunächst, daß er sein Referat teilen möchte. Zunächst werde er über die Marokkofrage sprechen, später über die nächsten Reichstagswahlen. Er gibt einen kurzen historischen Ueberblick über die deutsche Kolonialpolitik und geht dann näher auf die kolonialen Erwerbungen Frankreichs in Afrika ein, auf die Langerfahrt **Wilhelm II.**, die bald darauf entstehenden neuen Konflikte zwischen Deutschland, Frankreich, Spanien usw., die schließlich zum Abschluß eines neuen Vertrages, dem vom 9. Februar 1909, führen. Dann schildert Genosse **Bebel** die Entscheidung des „Panther“ nach Agadir und erklärt, die Frage, ob Deutschland berechtigt war, ein Kriegsschiff dort hinzuschicken, und ob England ein Recht hatte, dagegen Einwendungen zu erheben, für falsch gestellt. Es handle sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage, die mit Machtmitteln entschieden wird. Sei aber das Objekt einen solchen blutigen Machtkampf wert? Genosse **Bebel** verneint unter stürmischer Zustimmung der Versammlung diese Frage und wendet sich dann energisch gegen die Kriegsbegeisterung der Großindustriellen und militärischen Presse sowie gegen die Rede **Blond Georges** im englischen Unterhaus.

Hatte sich Genosse **Bebel** bisher an eine historische Darstellung der deutsch-französischen Entwicklung gehalten, so wandte er sich nun der Betrachtung der gewaltigen Folgen eines Krieges zwischen Deutschland, England und Frankreich zu und mit dem Uebergang zu dieser bedeutungsvollen Betrachtung steigerte sich zugleich die Lebhaftigkeit und Eindringlichkeit seiner Rede. Scharf und schneidend drang seine metallene Stimme durch den weiten Saal. Die leidenschaftliche Erregung griff dermaßen auf die Versammlung über, daß diese mehrfach in fast unwillkürlichen Applaus ausbrach.

Genosse **Bebel** erörtert die internationale Verflechtung des Kapitals. Die Beteiligung französischer und überhaupt fremden Kapitals an deutschen Bankunternehmungen, an Handel und Industrie. Daraus aber ergibt sich, so führt er aus, im Falle eines Krieges ein völliger finanzieller Zusammenbruch, Bankkrachs, Kursstürze, Panik, eine gewaltige Wirtschaftskrise. Dann behandelt **Bebel** mit seiner Ironie das Geschrei der bürgerlichen Presse über den „Landesverrat“ der Sozialdemokratie und die Behauptung, die deutsche Arbeiterpartei plane im Falle einer Mobilmachung, sofort den Massenstreik zu verkünden. Es fielen ihm nicht ein, auf diese Redereien einzugehen. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu einem Kriege sei durch verschiedene Resolutionen internationaler Kongresse festgelegt. Schon seit 1903. Besonders käme aber der Beschluß und die Erklärung des Stuttgarter internationalen Sozialistenkongresses in Betracht. Davon hätte die deutsche Sozialdemokratie nichts zurückzunehmen und nichts dazu hinzuzufügen.

Bebel wirft dann die Frage auf: wie gestalten sich im Falle des Ausbruchs eines modernen mit den heutigen technischen Mitteln durchgeführten Krieges das heutige Ernährungs- und Wirtschaftsleben. Die Einberufung aller Kriegsfähigen würde 5 bis 6 Millionen Männer dem Wirtschaftsbetriebe entziehen und eine völlige Umwälzung des ganzen sozialen Lebens zur Folge haben. Ueberall geschäftlicher Stillstand, Arbeitslosigkeit, Hungersnot. Zugleich erfordert die Unterhaltung der Heere und Flotten im Kriegsfall täglich 45 bis 50 Millionen Mark. Die Frage: Waffenstreik oder nicht? würde total hinfällig. Die dem Elend preisgegebenen Massen würden nicht nach dem Massenstreik, sie würden nach Arbeit, nach Brot streiken; dann aber, so führt **Bebel** unter stürmischer Zustimmung der Delegierten weiter aus, dann steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiel, und nicht wir, die Regierungen sind es, die diesen Sturz herbeiführen. Langanhaltender, immer wieder sich erneuernder Applaus kündigt die Zustimmung des Parteitages.

Bebel fordert darauf auf, für die von ihm eingebrachte Resolution zu stimmen, die schärfsten Protest gegen die Kriegstreiber erhebt.

Von den Genossinnen **Luxemburg** und **Zeitlin**, sowie den Genossen **Hoß** und **Liebnecht** sind verschiedene Amendements zur Bebelschen Resolution gestellt. Doch befürwortet Genosse **David**, die Wirkung der Demonstration nicht durch das Einbringen von Amendements und das Eintreten in eine Debatte abzuschwächen. Die Versammlung beschließt darauf trotz des Widerstands **Liebnechts**, der in der Resolution den Hinweis auf die großen Massendemonstrationen der deutschen Arbeiterklasse vermisst, in keine Debatte einzutreten.

Nach einem kurzen Schlusswort **Bebels**, der erklärt, er wisse recht wohl, daß seine Resolution unvollständig sei, aber es habe sich für ihn lediglich darum gehandelt, das wichtigste in einer kurzen Resolution zusammenzufassen, werden sämtliche Amendements mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt und

die Resolution **Bebel** wird einstimmig angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen mörderischen Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.“

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszunutzen und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewusste Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhütung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken, auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hebereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe veretzt wurden. Diese Deutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dies gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen der Verwaltungsausschuss für die Interessen der besitzenden Massen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstages, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegen zu treten.“

Da Genosse **Bebel** sein Referat über die nächsten Reichstagswahlen morgen halten möchte, gelangt darauf die **Maifeier** zur Beratung, doch ist der Eindruck von **Bebels** Rede so nachhaltig, die Versammlung noch so erregt, daß der Vorliegende Genosse **Dies** eine Pause eintreten lassen muß. Dann ergreift Genosse **Pannkuch** zu seinem Referat über die **Maifeier** das Wort. Mit Genugtuung kann er konstatieren, daß der **Maifeiergedanke** stetig an Lebenskraft gewinnt. An seinen Vortrag schließt sich sofort eine lebhafte Diskussion, die sich fast ausschließlich um die Frage dreht, ob der Beschluß, der den Parteiangestellten die Pflicht auferlegt, den Ertrag eines Arbeitstages zum **Maifonds** abzuliefern, aufrechterhalten oder aufgehoben werden soll. Eine große Anzahl Genossen nehmen für und wider das Wort.

Nach dem Schlusswort **Pannkuchs** erfolgt die Abstimmung. Der Antrag **Lübel**, über die **Maifeier** nochmals auf einem internationalen Kongress zu verhandeln, wird angenommen. Der Antrag, den **Nürnberger Beschluß** aufzuheben, wird abgelehnt. Schließlich wird auch der Antrag **Zieth** und **Genossen**, der die Ausschließung aller jener aus der Partei verlangt, die dem **Nürnberger Beschluß** nicht Folge leisten, mit 279 gegen 101 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.

Der Vorliegende bringt nun die Vorschläge zur Vorstandswahl zur Kenntnis. Es werden außer allen bisherigen Mitgliedern vorgeschlagen zu Vorsitzenden: **Saase-Königsberg** und **Ebert**; zu Schriftführern: **Braun-Königsberg**, **Rudolph-Frankfurt a. M.** und **Scheidemann-Kassel**. **Ebert** erklärt, eine Wahl zum Vorliegenden nicht anzunehmen. Legien ersucht den Parteitag, **Ebert** trotzdem zu wählen, da er bisher ein besonderes Geschick in ausgleichender und vermittelnder Tätigkeit bewiesen habe. **Lipinski-Leipzig** meinte jedoch, daß die Wahl **Bebels** zum befohlenen Vorliegenden der Reorganisation des Parteivorstandes vortreife würde. Genosse **Bebel** empfiehlt dann in warmen Worten die Wahl **Saases**, der sich erst nach langem Zureden zur Uebernahme der Kandidatur bereit erklärt habe, die ihm große Opfer auferlege. Durch seine Ueberstempelung nach Berlin würde Genosse **Saase** ein großes finanzielles Opfer bringen. Genosse **Ulrich** empfiehlt dagegen die Wahl von **Ebert**.

Damit schließt die Debatte. Der Parteitag setzte dann eine 12gliedrige Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes ein. Am Schluß der Sitzung wendet sich noch Genossin **Duncker** gegen die gestrige Erklärungen des Genossen **Reil**.

Die Marokkoaffäre.

Donnerstag abend ist die französische Antwort auf die deutschen Vorschläge in Berlin eingetroffen. Da der Präsident der Republik sich mit den Vorschlägen des letzten Ministerrats einverstanden erklärt hat, war die Abhaltung der für Sonntag geplanten Zusammenkunft überflüssig geworden. Die Pariser Zeitungen sind ziemlich optimistisch. Es handle sich der Hauptsache nach nur um die Frage der wirtschaftlichen Garantien, die in kurzer Zeit erledigt sein könne, da Deutschland versichere, keine Vorrechte zu wollen. Daß dieser Optimismus, der hauptsächlich von französischer Seite vertreten wird, in seinem vollen Umfange berechtigt ist, möchten wir vorläufig bezweifeln. Immerhin versichert auch ein deutscher Offiziosus, die Auffassung in den deutschen Regierungskreisen gehe dahin, daß die Verhandlungen in Kürze so weit gediehen sein werden, daß nur noch minder wichtige Detailfragen zur Erledigung übrig bleiben.

Ein Schwindel erledigt.

Bekanntlich hat sich die bürgerliche Presse Deutschlands seit längerer Zeit über ein angebliches Interview aufgeregt, in dem der **Botschafter Englands** in Wien über die Marokkofrage Äußerungen gemacht haben sollte, die der deutschen Regierung unangenehm waren. Jetzt teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit:

Die kaiserliche Regierung hat auf Anfrage von der königlich britischen Regierung die Mitteilung erhalten, daß der englische **Botschafter** in Wien weder den bekannten Artikel der „Neuen Freien Presse“ inspiriert, noch die ihm von dem Verfasser des Artikels zugeschriebenen Äußerungen getan hat. Damit ist der Zwischenfall für die kaiserliche Regierung in befriedigender Weise erledigt.

Damit ist also der **Wortwand** für die Englandbegeister deutschen Chauvinisten genommen. Wir sind neugierig, ob jetzt die Hege endlich aufhört.

Das Marokkostatut.

Der „**Temps**“ veröffentlicht die Grundzüge des Vertragsentwurfs, den die französische Regierung der deutschen vorschlägt. Nach dem genannten Blatt, dem natürlich die Verantwortung für seine Meldung überlassen werden muß, enthält das Abkommen folgendes:

A. Politische Bestimmungen:

1. Die französische Regierung verpflichtet sich, den Sultan gegen jede Gefahr zu schützen, die seine Person oder die Dynastie bedroht.
2. Um diesen Zweck zu erfüllen und gemäß dem besonderen Interesse, das Frankreich an der Aufrechterhaltung der Ordnung hat, darf die französische Regierung alle Teile Marokkos besetzen, wo eine Besetzung nötig erscheint.
3. Um jede Schwierigkeit zwischen den Mächten auszuschließen, wird Frankreich Marokko in den auswärtigen Beziehungen vertreten; das Schutrecht der Marokkaner im Ausland wird den diplomatischen Agenten Frankreichs anvertraut; der Sultan wird keine Verträge ohne vorherige Verständigung mit Frankreich schließen. Frankreich garantiert die zurzeit bestehenden Verträge zwischen Marokko und den europäischen Mächten.
4. Frankreich wird bei dem Sultan einen General-Kommissar anstellen, der die Gesamtheit aller von beiden Regierungen gemeinsam geführten Angelegenheiten dirigiert und die von Frankreich für nötig gehaltenen und vom Sultan genehmigten Reformen ausarbeiten und kontrollieren soll.
5. Die marokkanischen Minister erhalten französische Räte.
6. Frankreich organisiert die Staatsschuldenverwaltung und garantiert die Forderungen der Gläubiger Marokkos. Frankreich sorgt für die nötigen Anleihen und für die Zivilliste des Sultans, wogegen der Sultan sich verpflichtet, keine Anleihen ohne Autorisation Frankreichs aufzunehmen.

B. Wirtschaftliche Bestimmungen.

1. Gemäß Artikel 105 des Algierabkommens wird keiner der öffentlichen Dienstzweige Marokkos zugunsten besonderer Interessen abgezweigt werden dürfen. Gemäß Artikel 106 des gleichen Vertrages bleibt die Staatsautorität für öffentliche Dienstzweige und große Unternehmungen von allgemeinem Interesse vollkommen gewahrt und zwar unter Frankreichs Ueberwachung.
2. Die Arbeiten und Lieferungen werden im Wege der Submission ohne Berücksichtigung der Nationalität vergeben. (Artikel 107—111 des Algierabkommens.)
3. Die absolute Gleichheit der Zolltarife und sonstigen Zollvorschriften für Export und Import wird zum Nutzen aller Mächte durchgesetzt. Etwasige Beschwerden werden von einem Schiedsgericht geschlichtet, das nach dem Algierabvertrag zusammengestellt ist.
4. Die Handelsfreiheit wird ohne jede Ungleichheit und ohne Bevorzugung aufrecht erhalten.

Kriegsvorbereitungen in Belgien.

Brüssel, 14. September. Nach den Abendblättern werden in Belgien nicht nur die Reservisten der Genietruppen nicht entlassen, sondern auch noch die Jahrgänge 1906, 1907 und 1908 einberufen werden.

Sieg der Seeleute in Odessa.

Ein kurzes Telegramm brachte dieser Tage die Nachricht, daß der Streik der Seeleute in Odessa, der seit 3 Wochen auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung geführt wurde und fast den gesamten Handels- und Passagierverkehr in den Häfen des Schwarzen Meeres lahmgelegt hatte, mit einem Sieg der Seeleute geendet hat. Die Hauptverwaltung der Russischen Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel hat endlich den Streikenden erklärt, daß sie mit ihnen in Unterhandlungen treten und mit geringen Änderungen die Arbeits- und Lohnbedingungen wieder herstellen wolle, die in den Jahren 1906 und 1907 bestanden hatten, aber in der Folge, während der politischen und wirtschaftlichen Reaktion aufgehoben worden sind. Die Streikenden haben sich im Prinzip bereit erklärt, die vorgeschlagenen Bedingungen zu akzeptieren, sie verlangen aber einen formellen Vertrag in Form einer schriftlichen Verpflichtung der Russischen Gesellschaft und vor allem die Befreiung aller während des Streiks verhafteten Seeleute. Dieser Ausgang des gewaltigen Kampfes, den die Seeleute ohne welche Organisation, ohne materielle Unterstützung unter dem furchtbaren Druck des Polizeiterrors, der unter dem Odessaer Diktator General Tolmatschow eine erstaunliche Höhe erreicht hat, geführt haben, bedeutet eine neue Epoche in der russischen Arbeiterbewegung. Man geht allerdings nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Streik der Odessaer Seeleute, wie früher der Gasenarbeiterstreik in Petersburg, Reval und Riga, ein Ausläufer des gewaltigen Seemannsstreiks in England und Holland gewesen ist. In erster Linie ist aber auch bei diesem Streik die Belebung der Arbeiterbewegung in Russland zur Geltung gekommen, die jetzt unter der Lösung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolutionsjahre vor sich geht, und den Kampf um die Koalitionsfreiheit als ihre Hauptaufgabe gestellt hat. Auch in Odessa haben die Seeleute neben der Forderung, den Vertrag von 1906 wiederherzustellen, in erster Linie die Forderung gestellt, ihren Kampfverband, die sogenannte „Registration“, die von General Tolmatschow zertrümmert worden ist, wieder eröffnen zu lassen. Aus den kurzen Mitteilungen aus Odessa ist vorläufig noch nicht ersichtlich, inwieweit diese Forderung der Streikenden berücksichtigt worden ist. Sie wird aber jedenfalls bei den begonnenen Unterhandlungen eine dominierende Rolle spielen, denn die Seeleute in Odessa wissen nach den bitteren Erfahrungen der verflochtenen fünf Jahre nur allzu gut, daß alle Versprechungen der Unternehmer auf dem Papier bleiben, wenn hinter ihrem Rücken nicht die offene kampfbereite Organisation der Arbeitnehmer steht.

Wir wiesen bereits früher darauf hin, daß der Ausgang des Odessaer Seemannsstreiks eine neue Epoche in der russischen Arbeiterbewegung bedeutet. Er ist es aus dem Grunde, weil die spontane Erhebung der geknechteten Arbeiterklasse, unter den Lösungen der früheren Kampfesjahre, gerade in einem Gebiete zum Ausbruch gekommen ist, wo die Provokations- und Unterdrückungspraxis der russischen Konterrevolution ihr Maximum erreicht hat; er ist es auch deshalb, weil die Kampfsmethode der streikenden Seeleute in Odessa, ihre Opferwilligkeit und ihre Geschlossenheit die schönsten Aussichten für die Zukunft eröffnen und den Beweis erbringen, daß die finsternen Reaktionsjahre an der russischen Arbeiterklasse nicht spurlos vorübergegangen sind. Interessante Mitteilungen über die vorhergehende Forderung unter den Odessaer Seeleuten hat noch vor wenigen Monaten der Vorsitzende der Odessaer „Registration“, Genosse Karl, in unserem Parteiblatt „Pravda“ gemacht, aus denen ersichtlich ist, daß der jetzt zu Ende geführte Streik nicht zufällig ausgebrochen ist, sondern mit einer regelrecht geführten Kampagne des vorgeschrittenen Teiles der südrussischen Seeleute in Verbindung steht. „Fünf Jahre sind vergangen — so schreibt der erwähnte Genosse — seitdem nach hartem Kampfe die „Schwarze-Meer-Registration“ vernichtet worden ist. Mit ihrem Untergange ist auch das bisherige „Wohlbefinden“ der Seeleute vernichtet worden. Fünf Jahre hat die Reaktion sie unermüdlich ausgeblüdet, wie sie ununterbrochen die ganze Arbeiterklasse geplündert hat.“ Weiter zitiert er die Briefe einiger Seeleute über die Zustände auf den Handelsschiffen des Schwarzen Meeres: „Die Lage bei uns — so schreibt einer von ihnen — ist genau so wie vor Jahrzehnten. Alles, was wir unter der „Registration“ errungen hatten, ist von der „Russischen Gesellschaft“ geraubt worden, die unter allen Schiffsinhabern des Schwarzen Meeres tonangebend ist. In den verflochtenen Jahren ist eine Menge neuer Seeleute, etwa 3000 Mann, eingestellt worden, ein unberührtes, unwissendes Material, mit dem man sich nicht verständigen kann.“ Ein anderer Seemann schreibt: „Die Sache steht schlecht, die Seeleute sind gesunken und fahren fort, noch tiefer zu sinken, aber wir verlieren den Mut nicht. Die Erbitterung wächst, und bald können wir eine Explosion erwarten.“ Die späteren Briefe lauten schon zufriedlicher: „Stimmung ist vorhanden — heißt es in einem Briefe — nur schade, daß die Schiffskommandos nicht an die Vorbereitungen des Streikes denken wollen. Ueberall beginnt man vom Streik zu sprechen, aber man will nichts von den Vorbereitungen hören und beantragt, den Streik direkt zu beginnen.“

Der zitierte Autor formuliert den Gesamteindruck dieser Briefe mit folgenden Worten: „Diese Briefe sind direkte Stimmen aus dem Leben, und diese Stimmen klingen tapfer und mutig und wecken die Gefühle, die Gedanken und Stimmungen jener künftigen, gar nicht fernen Vergangenheit, die diese von uns bereits als unwiederbringlich angesehen haben. Vor allem aber — diese Briefe legen Zeugnis ab, daß die Reaktion nicht vermocht hat, der Arbeiterklasse alles zu rauben. Vor meinen Augen erhebt die Arbeiterintelligenz, die in den fünf Jahren der Reaktion gewachsen ist und bestimmte Formen angenommen hat. Das ist es, was die verflochtenen Jahre uns nicht haben rauben können. Das ist die Macht, die die russische Arbeiterklasse vor fünf Jahren noch nicht besessen hat, und die jetzt vorhanden ist.“

Diese Arbeiterintelligenz, die jetzt dank der beginnenden wirtschaftlichen Prosperität einen dankbaren Boden unter der Arbeitermasse findet, ist es, die überall im ganzen Zarenreiche ihre Kräfte mobilisiert und alle Widersprüche des russischen Staatslebens, alle legalen Betätigungsmittel, die ihnen die Reaktion nicht hat rauben können, wie auch alle erprobten illegalen Organisationsmethoden ausnützt, um schrittweise vorrückend eine neue gewaltige Bewegung der russischen Arbeiterklasse in die Wege zu leiten. Diese Elemente sind es offenbar auch, die allem Polizeiterror trotzend den Odessaer Seemannsstreik organisiert und durchgeführt haben, und so den Beweis erbrachten, daß in den Tiefen des grausamsten, gewalttätigsten, rückständigsten Staates die Massen sich

wiederum in Bewegung zu setzen beginnen, um die Ketten des politischen und wirtschaftlichen Drucks zu sprengen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September 1911.

Die Regierung und die Fleischsteuerung.

In sonderbarer Weise will die Regierung der Futternot und Fleischsteuerung entgegenwirken: Sie will den agrarischen Schnapsbrennern Erleichterungen schaffen. Eine offiziöse Korrespondenz meldet, daß den landwirtschaftlichen Brennereien weitgehende Ausnahmerechte gewährt werden sollen. Weil die Kartoffelernte schlecht, die Getreidernte dagegen gut ausgefallen ist, so würde Getreide vielfach zur Branntweingewinnung in Gebrauch kommen. Einer solchen ausführenden Verarbeitung von Getreide stehen nun aber einige Schranken in den Branntweinsteuerbestimmungen entgegen. Aufgabe der Verwaltungsbehörden sei es, für die Zeit der Futternot die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Das würde nicht nur allein der Ernährung des Viehes und damit der Fleischversorgung zugute kommen, sondern auch unmittelbar für die Volksernährung von Wert sein. In Regierungskreisen soll Geneigtheit bestehen, hier mit zweckentsprechenden Maßnahmen einzusetzen und so die Versorgung des Speisemarktes mit Fleisch und Kartoffeln zu fördern.

Zunächst wird man die angekündigten Maßnahmen sehr genau darauf anzusehen haben, ob sie überhaupt mit dem Gesetz vereinbar sind. Denn eine Abänderung des Gesetzes ist dem Reichstag allein vorbehalten, und ist nicht Kompetenz der Verwaltung.

Sachlich bedeutet die Ankündigung aber eine starke Provokation der hungernden Massen. Nicht ihnen, sondern den reichen Schnapsgrafen gilt die Sorge der Regierung. Die Getreidepreise sind unerschwinglich hoch, aber die Regierung will sie noch mehr in die Höhe treiben. Den Protesten soll noch Getreide entzogen werden, um zur Schnapsfabrikation verwandt zu werden. Denn den Schnapsgrafen stehen infolge der Dürre vielleicht nicht genug Kartoffeln zur Verfügung. Daß aber ihren Giststätten das Rohmaterial nicht fehle, das ist die einzige Sorge der Regierung. Mag dadurch auch der Hunger des Volkes vermehrt werden, die Liebesgabenempfänger dürfen nicht verfürzt werden. Mit der Regierung wird ja im Reichstage gründlich abgerechnet werden. Für die Junker aber, die dieses neue Attentat auf das Volk ihrer Regierung anbefohlen haben, ist die beste Antwort:

Weidet den Schnaps!

Ein törichtes Sensationsstück.

Das „Berliner Tageblatt“ meint es sehr gut mit der Sozialdemokratie, so gut, daß es sich ihres Rufes ungeliebter annimmt, als die Sozialdemokratie selbst. Immer wieder versichert das Blatt, die Sozialdemokratie sei wirklich nicht so schlimm, wie sie hingestellt werde oder sich auch gelegentlich selbst hinstelle. So sei es auch ganz zweifellos, daß sie sich im Falle eines verbrecherischen Krieges nicht anders benehmen würde, als die frommen Philister aus dem Lager unserer bürgerlichen Friedensfreunde. Die struppigen roten Gefellen werden eben einer gründlichen Säuberung mit liberaler Fleckseife unterzogen und gut „national“ aufgebügelt.

Weider greift das „Berl. Tagebl.“ zur Vertheidigung seines gut gemeinten Zweckes zu minder einwandfreien Mitteln. Es scheint nicht vor den zweifelschärfsten Sensationsstücken zurück. So erzählt es in einem Artikel gar sonderbare Dinge über Aeußerungen eines, der herabragendsten Vertreter der süddeutschen Sozialdemokratie, zugleich einem unserer ersten Parlamentarier, die dieser prominente Sozialdemokrat einem in Süddeutschland weilenden römischen Korrespondenten gegenüber getan haben soll. Dieser „allererste“ sozialdemokratische Parlamentarier soll neben allerlei Horn- und Belanglossem auch gesagt haben:

„Und welche Lösung der Marokkokrise scheint Ihnen die erstrebenswerteste?“

Antwort: „Deutschland müßte Frankreich veranlassen, den groß mal groß (wohl oder übel) zur Rüste zurückzuführen, seine Aktion im Innern aufzugeben.“

Zum Schluß wurde von der sogenannten Automobilmachungsbewegung gesprochen. „Ach“, erklärte der Abgedunkelte lakonisch, „das ist nicht tragisch zu nehmen. Wenn es zum Krieg käme (zu dem es nicht kommen wird) marschieren alle. Das ist der alte furor teutonius“ (teutonische Wut, hier also chauvinistischer Taumel).

Da stellt das Koffblatt denn doch zu hohe Anforderungen an die Leichtgläubigkeit seiner Leser. So wenig ein sozialdemokratischer Abgeordneter einem journalistischer Auswärtiger solches Zeug erzählen könnte, so absurd wäre auch die angeblich gleichzeitige Bedingung, ja seinen Namen vorsichtigerweise zu verschweigen.

Zur Sache selbst brauchen wir nicht zu bemerken. Wie gefeilt das Klassenbewußte Proletariat gegen den furor teutonius ist, haben ja die riesigen Massenkundgebungen bewiesen. Und die Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall ist durch Weibels Darlegungen auf dem Parteitag hinlänglich geklärt. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, sich auf ein bestimmtes Mittel festzuliegen, sie wird einen frivolen Krieg mit allen Mitteln zu verhindern suchen, die der politischen Situation entsprechen.

Indische Englandhege.

Als „erkennliches Zeichen nationaler Gesinnung“ erzählt die „Post“, das Sprachrohr der Panzerplattenpatrioten, folgendes Anekdotchen: Dem in Köln tagenden deutschen Wäschereikonferenz sei vom Verbandsvorsitzenden eine im Laufe des Sommers an ihn gelangte Anfrage einer englischen Firma, ob der deutsche Wäschereiverband nicht geneigt sei, dem englischen Verband einen Besuch abzustatten, vorgelesen worden. Die Verlesung sei nun durch Zurufe unterbrochen worden wie: Jawohl, wir wollen nach London gehen und den Engländern gehörig den Kopf waschen. Dann habe sich folgende Szene abgespielt:

„Eine kurze, aber entschiedene Erörterung, in der das Wort Marokko wiederholt fiel, folgte. Der Vorsitzende konnte zum Schluß unter tosendem Beifall der Versammelten, die aus allen deutschen Gauen erschienen waren, feststellen, daß alle Anwesenden in der Willensmeinung übereinstimmen: Wir wollen mit Begeisterung nach England gehen — aber uneingeladen und zu einer Stunde, die wir selbst bestimmen.“

Sicherlich handelt es sich um eine läppische Entstellung des Organs der Proletaripatrioten. Aber selbst wenn eine Anzahl Wäschereibesitzer sich durch die skrupellose Kriegshege der bürgerlichen Presse zu solchen Karreieren hätte hinreißen lassen, geböte es die politische Klugheit, diese indischen Renommistereien möglichst zu ignorieren. Die „Post“ freilich hofft, durch ihre systematische

Verheerung der Nationen ihren Hintermännern möglichst reiche Flottenrüstungsaufträge zuzufanzen!

Die „Heimatfeste“ der Bündler.

Der Bund der Landwirte macht im Osten seit einiger Zeit hergucklich schlechte Geschäfte. Hält er Versammlungen ab, so ist oft niemand im Saale außer dem Vorstand und dem Referenten. Die Bündler haben daher zu einem anderen „Jug- und Kassenstück“ gegriffen. Sie veranstalten Feste und halten auf ihnen politische Reden. Der ostpreussische Bauer besucht gern Feste, da er ohnehin vom Leben nicht viel hat. Das wissen die Bündler, und daher versuchen sie jetzt, die Bauern auf diese Weise unter ihr Banner zu bringen.

Im Sommer fand in einem ostpreussischen Badeort das Provinzial-Bundesfest statt, auf dem Anuten-Dortel seine bekannten Reden vom Stapel ließ. Jetzt geht die einzelnen Ortsgruppen des Bundes der Landwirte allgemein dazu über, Feste zu geben. Sie nennen diese Heimatfeste; das Halten von politischen Reden ist ihnen aber auf diesen Festen die Hauptsache. So haben auf einem Fest am Sonntag in Masuren nicht weniger als 4 Redner Rede gehalten. Der eine feierte die „Verdienste“ des Landtagsabgeordneten Red, der auch für den Reichstag kandidiert. Herr Red wiederum pries das schöne Masuren und den masurischen Bauern. Er erklärte, wenn er einmal hinauskomme in andere Gegenden, so ziehe es ihn doch immer wieder nach seiner Heimat zurück, denn in Masuren sei es schöner wie in den Großstädten mit ihrem Luxus und ihren Gefüssen, die kein wahres Glück bieten könnten. Da ist es nur sonderbar, weshalb denn die Agrarier nicht in Masuren bleiben. Wenn sie ihre Güter verkaufen, werden sie sofort in die Großstadt über. Wandler Agrarier sieht seinen Weisheit kaum ein, bis zweimal im Jahre. Dann wies der Redner auf die Vorgänge in der Politik hin, wo durch Verheerung der Kleinen gegen die Großen, des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber sowie gegen die Arbeiter, das Schlimmste Folgen nicht ausbleiben könnten! Ein weiterer Redner forderte die Frauen auf, in dem bevorstehenden Wahlkampf dem Manne eine treue Gefährtin und Mitarbeiterin zu sein. Sie sollten den Mann, wenn er im Streit der Parteien erlahmen wolle, immer wieder anspornen, auf dem Posten auszuhalten, dann werde sich auch der Sieg wieder an die konservativen Fahnen heften. Es ständen große Interessen der Landwirtschaft auf dem Spiel, und da müsse ein jeder Mann auf der Posten sein und seine ganze Kraft einsetzen zu seinem und des Vaterlandes Wohl. Die Frauen sollten sich auch mehr für die Politik interessieren, nicht aber etwa in dem Sinne der Sozialdemokratie, daß sie sich selbst ins Parlament wählen ließen, während der Mann zu Hause den Kochlöffel handhabt, sondern indem sie die Jugend in Gottesfurcht und Liebe zu Kaiser und Reich erziehe, wie Kaiser Wilhelm in seiner vorjährigen Rede in Königsberg den Frauen die Richtlinien ihrer Wirksamkeit so schön vorgezeichnet habe.

In dieser Weise wird auf den „Heimatfesten“ der Bündler für die agrarische Sache agitiert. Mit allen Mitteln wird versucht, die verzweifelte Position der Junker zu retten. Aber auch die „Heimatfeste“ werden die Agrarier nicht vor der wohlverdienten Strafe bewahren.

Politische Schmiergelder?

Ein reizendes politisches Standälchen scheint sich in Bayern vorzubereiten. Das bayerische Zentrum ist bekanntlich mit dem Verkehrsminister Frauendorfer wegen seiner angeblich immer noch zu „schlappen“ Haltung gegen die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner höchst unzufrieden und droht nun in einem führenden Organ, im „Bayerischen Kurier“, damit, daß, falls die liberale Presse mit ihren Beschuldigungen des Zentrums nicht aufhöre, es nicht ausbleiben könne, daß der Frage nachgegangen werde, wer im Verkehrsministerium eine Dotation von den Pfalzbahnen bekommen habe und wie das gekommen sei. Es sei gar nicht wenig gewesen.“

Es ist für das Zentrum überaus charakteristisch, daß es mit seiner Enthüllung dieses ihm nach seiner Behauptung bekannten politischen Standälchens ersten Ranges erst dann heraustrüden will, wenn die liberale Presse auch künftig noch das Zentrum angreifen sollte. Liegt hier wirklich ein Fall von Korruption vor, so macht sich das Zentrum durch seine, einer politischen Erpressung wie ein saules Ei dem anderen gleichende Haltung zum Mitschuldigen nach dem bekannten Wort „Der Fehler ist so schlimm wie der Stehler“.

Wanderfahrten eines sozialdemokratischen Zeitungsdarstellers.

Der Genosse Stud. Kraft hat schon darauf hingewiesen, daß der vielerörterte Artikel der „Westfälischen Rundschau“, eines Zentrumsblattes in Warendorf: „Von Pest, Hunger und Krieg erlöse uns, o Herr!“ in der Hauptsache von ihm stammt und der Magdeburger „Volkstimme“ entnommen ist. Damit ist nun das Selbstamt des Falles noch nicht ausgeschöpft. Die „Westfälische Rundschau“ veröffentlicht nämlich eine Nachfertigung, worin es unter der Ueberschrift „Handwurst oder Schelm“ heißt, daß der Redakteur und Herausgeber des Warendorfer Zentrumsblattes die Magdeburger „Volkstimme“ nicht kenne. Der erwähnte Artikel sei von einem Herrn in Arefeld eingekauft worden.

Der Briefumschlag habe die Aufschrift „Westfälische Rundschau in Düsseldorf“ getragen, ein Postbeamter habe den Bestimmungsort „Düsseldorf“ durchgeschrieben und den Vermerk beigefügt: „Gehört nach Warendorf“.

Der Redakteur der „Westfälischen Rundschau“ in Warendorf hielt die Sendung für sich bestimmt und er verwendete sie, mit verschwiegenen ihm gut schmeimenden Streichungen, Änderungen und Zusätzen“, weil darin die wirkliche christliche Lehre ganz vortrefflich zum Ausdruck gebracht“ und klipp und klar gesagt worden sei. „daß der Krieg die größte Sünde gegen das Christentum“ sei. Mit dem „Münsterischen Anzeiger“, der „Kölnischen Volkszeitung“, und anderen Gauen und Stechgriffen“ will die Warendorfer „Westfälische Rundschau“ „über diesen Punkt“ noch später reden.

Kamitraglich hat der Redakteur des Warendorfer Blattes dann festgestellt, daß es in Düsseldorf im Rheinland tatsächlich eine zweite „Westfälische Rundschau“ gibt. Dahinter wittert die „Warendorfer Rundschau“ eine unlantere Konkurrenz.

Unter anderem wird mitgeteilt, daß die ominöse „Westfälische Rundschau“ in Düsseldorf „mittels Einschreibbriefes“ zu einer Erklärung aufgefordert worden ist wegen der „Aneignung“ des Titels. Wir können die ebenso „dunkle“ wie komische Geschichte aufklären. In Düsseldorf am Rhein erscheint für die „Kirch- und Dunderschen Gewerbevereiner Rheinland-Westfalens“ die „Westdeutsche Post“. Dies Wochenblättchen erscheint aber unter einem halben Duzend verschiedener Titel, um dem Lokalbedürfnis der örtlichen Anhänger wenigstens auf diese primitive Art Genüge zu tun. Der Inhalt ist der gleiche. Für Dortmund, Hamm und Umgebung heißt die „Düsseldorfer Westdeutsche Post“ nun eben „Westfälische Rundschau“.

So klärt sich die Sache auf. Nicht aufklärt ist natürlich, wie der „Herr aus Arefeld“ seinem Blatt einen Artikel aus einer sozialdemokratischen Zeitung ohne Bemerkung als eigene Arbeit zuzurechnen konnte.

Zum Streit im Zentrum.

Auf der Bischofskonferenz in Fulda hatte nach einem Bericht eines „ausgezeichnet unterrichteten römisch-katholischen Geistlichen“

an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein heftiger Streit zwischen den Kardinalen Fischer, Köln und Kopp, Breslau stattgefunden. Nach dem Bericht forderte der Referent zu dieser Frage, der Bischof von Baderborn, im Einverständnis mit seinen beiden Kommissionsmitgliedern die Niederschrift und den Beschluß einer Eingabe an den Papst mit dem Ersuchen einer definitiven Entscheidung. Dieser Antrag rief große Erregung hervor. Es entspann sich eine heftige Debatte, die sich schließlich zu einem scharf geführten Redewechsel zwischen den beiden alten Gegnern Kardinal Kopp und Kardinal Fischer zubogte. Doch der Antrag wurde angenommen und wird gewiß zur Folge haben: Ein päpstliches Verbot der Zugehörigkeit von Katholiken zu den „christlichen“ Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen.

Kopp soll bei dieser Aussprache auf die Vorstellung, daß dann das Zentrum zugrunde gehen würde, gesagt haben: „Keine Sorgen, wäre denn das so schlimm?“

Jetzt veröffentlichen die beiden feindlichen Brüder in Christo eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Mitteilungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ als in jeder Beziehung als unrichtig bezeichnen. Der von den geistlichen Herren bleibt denn nun bei der Wahrheit, Fischer und Kopp oder der römisch-katholische Geistliche, der Berichterstatter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“?

Mit dieser Jesuiten-Erklärung wird natürlich nur bezweckt, vor den Wahlen keinen Streit um die Seelen der christlich-organisierten Arbeiter aufkommen zu lassen. Nach den Wahlen wird die Wünsche Richtung wieder für interkonfessionelle „christliche“ Gewerkschaften eintreten, während Kopp im Einverständnis mit dem Papst konfessionelle Vereine befürworten wird.

Konservative Kandidatenverlegenheiten in Spandau.

Der konservative Reichstagskandidat des Spandauer Wahlkreises, Landtagsabgeordneter und Rechtsanwalt Lüdicke hat seine Kandidatur krankheitshalber niedergelegt. Er ist hals- und leibschmerzhaft und darf sich auf ärztlichen Anraten einer Wahlkampagne nicht aussetzen. Der konservative Neue Wahlverein wird sich demnach über einen neuen Kandidaten schlüssig machen. Vielleicht greift man wieder auf den Tischlermeister Pauli-Potsdam zurück?

Die Polizei als Hüterin der Sittlichkeit.

In Frankfurt a. M. hat sich soeben ein Polizeistückchen zugetragen, das den ärgsten Fällen dieser Art gleich steht. Zwei Mädchen aus dem Vorort Griesheim a. M., 17 und 15 Jahre alt, Lächler Griesheimer Fabrikhandwerker, die beide bei ihren Eltern wohnen, waren am Donnerstag, den 7. September, gegen Abend nach Frankfurt gekommen und hatten den Jurypfad, wo es Rauschbier und anderen Kummel gibt, besucht. Mit zwei oberflächlich bekannten jungen Männern ging es dann bis 11 Uhr nachts auf einen Tanzplatz, hierauf ins Café. Der letzte Zug wurde verpaßt, man blieb sitzen bis früh nach 4 Uhr. Dann bringen beide jungen Männer die Mädchen nach dem Hauptbahnhof. Sie selbst gehen heimwärts, die Mädchen aber hatten im Wartesaal für Frauen bei einer Tasse Kaffee auf den ersten Frühzug zur Heimfahrt. Nach einer Stunde Wartens kommt ein Kriminalpolizist, zitiert die Mädchen zur Polizeiwache, stellt ihnen dort Fragen, über die eine alte Marktentenderin eröfnet mächte, und bringt die jungen Dinger schließlich aufs Polizeipräsidium. Dort zwangsweise Untersuchung durch den Polizeiarzt. Es ergibt sich die körperliche Unberührtheit der Mädchen. Das war am Freitag, den 8. September, morgens. Statt die Mädchen nun freizulassen oder die Eltern telefonisch oder telegraphisch, etwa durch Vermittlung der Griesheimer Polizei, zu unterrichten, wurden die Mädchen bis Montag, den 11. September, gegen Abend im Polizeigefängnis festgehalten und dann mit Beschimpfungen ausgetrieben. Beschimpfungen waren die jungen Dinger während der fast vier-tägigen Haft wiederholt ausgeübt.

Als Dienstag mittag war von der Polizei keinerlei Entschuldigung bei den Eltern der Mädchen erfolgt. Einem Redakteur der „Volkstimme“ wurde amtlich die Auskunft, es sei Pflicht der Polizei, sich gefährdeter junger Mädchen anzunehmen. Wie dieses „Annehmen“ erfolgt ist, das zeigen die Tatsachen, die wir vorläufig kommentarlos wiedergeben.

Frankreich. Neue Unruhen.

Paris, 14. September. Fortgesetzt werden aus verschiedenen Städten neue Unruhen wegen der Lebensmittelerhöhung gemeldet. In Charleville, wohin ein Regiment Infanterie, zwei Regimenter Kavallerie und 100 Gendarmen geschickt wurden, fanden abermals ernste Ausschreitungen statt. Eine Anzahl Ruhestörer und Soldaten wurden verletzt. Bei den wiederholten Zusammenstößen in Creil gab es auf beiden Seiten etwa 30 Verwundete. Die Soldaten wurden dort mit revolutionären Liedern empfangen.

Wirkung der Demonstrationen.

Paris, 14. September. Amtlich wird bekannt gegeben: Um den Eifer der Arsenalarbeiter von Dreß und Orient zu belohnen, dem es zu danken ist, daß zwei Panzerschiffe von je 23000 Tonnen 10 bzw. 11 Monate nach der Kiellegung vom Stapel gelassen werden können, hat der Marineminister beschlossen, diesen Arbeitern besondere Vergünstigungen zu gewähren.

Gegen die Teuerung.

Creil, 13. September. Im Verlauf von Kundgebungen gegen die Lebensmittelerhöhung errichteten heute Demonstranten eine Barrikade und überschütteten Truppen und Vertreter der Behörden mit einem Hagel von Wurfgeschossen. Einige Soldaten und Polizeibeamte wurden verletzt. Nachdem acht Verhaftungen vorgenommen worden waren, ging die Menge auseinander.

Schweden.

Weitere Wahlerfolge der Sozialdemokratie.

Die Beteiligung an den Reichstagswahlen ist nicht besonders stark und bleibt teilweise hinter der vom Jahre 1908 zurück. Das mag zu einem großen Teil darin seinen Grund haben, daß eine große Zahl derer, die durch die Wahlrechtsreform erst wahlberechtigt geworden sind, noch nicht stark politisch interessiert ist. Die geringere Wahlbeteiligung scheint jedoch nicht der Sozialdemokratie, sondern vor allem den Konservativen zum Schaden zu gereichen. Das ließ schon das Wahlergebnis im Nordkreis von Westergötland erkennen. Weitere Wahlergebnisse liegen jetzt aus 7 Kreisen vor. In der Stadt Göteborg, die bisher 9 Vertreter in der zweiten Kammer hatte, sich nach der neuen Wahlordnung aber mit 7 begnügen muß, sind 2 Sozialdemokraten, die Genossen Lindblad und Kristenson, wiedergewählt, neben 2 Liberalen und 3 Konservativen. In Kronobergs länd Nordkreis, der bisher ausschließlich konservativ vertreten war, sind nun 2 Konservative, 1 Sozialdemokrat und 1 Liberaler gewählt, in Kristianstadsländ Südkreis 2 Liberaler, 1 Sozialdemokrat und 1 Konservativer, in Västergötlands Nordkreis, der bisher auch ganz in Händen der Konservativen war, 1 Konservativer, 1 Liberaler und 1 Sozialdemokrat, in Hallandslän 3 Konservativer, 2 Liberale und 1 Sozialdemokrat. Im Ostkreis von Stockholmslän hat die Sozialdemokratie 5514 Stimmen erhalten und 3 Mandate erobert, während die Liberalen mit 4074 Stimmen 2, die Konservativen mit 2474 Stimmen nur einen

ihren Kandidaten durchbrachten. Dieser Kreis hatte bisher nur 5 Abgeordnete zu stellen und war im alten Reichstage durch 2 Sozialdemokraten, 2 Liberale und 1 Konservativen vertreten. Im ganzen sind bis jetzt 15 Liberale, 14 Konservative und 10 Sozialdemokraten gewählt.

Rußland.

Abchiedsgesuch des Generals Tolmatshow.

Zugleich mit der Nachricht vom Siege der Odesaer Seeleute kommt die, daß der Odesaer Diktator, der Hort der ecktrussischen Banditen, der Inspirator und Leiter von Pogromen, der geübte Provokateur, der seine Laufbahn in den achtziger Jahren als Redakteur in einer revolutionären Militärorganisation begonnen hat und sie namentlich unter der Odesaer Arbeiterbevölkerung fortsetzte, sein Abchiedsgesuch eingereicht hat. Eine direkte Verbindung zwischen diesen beiden Tatsachen besteht nicht, da der Odesaer Diktator zu seinem Schritt durch die ändernde Unzufriedenheit auch der konservativsten Elemente der Gesellschaft, die in Petersburg Vorstellungen erhoben haben, gezwungen worden ist. Indirekt dürfte aber der Zusammenbruch seiner Macht gegenüber dem zielbewußten Kampf der Seeleute sein Abchiedsgesuch mit beeinflusst haben. Die ecktrussischen Kreise, alle die zahlreichen Pogromorganisationen in Odesa mitsamt den Cliquen, die unter dem Protektorat Tolmatshows die städtischen Kassen und Unternehmungen plündern, sind natürlich in die größte Erregung geraten und haben gegen hundert Bittgesuche nach Petersburg entsandt, daß dem Abchiedsgesuch des Generals keine Folge gegeben werde. Interessant ist es, wie diese „Patrioten“ die Notwendigkeit der Beibehaltung Tolmatshows im Amt motivieren. Sie weisen in ihren Telegrammen vollkommen offen darauf hin, daß die ecktrussischen Organisationen nur unter dem Schutz Tolmatshows ihre „nützliche Arbeit“ fortführen könnten, daß vor allem aber mit dem Fortgang Tolmatshows die künftigen Wahlen für die Reichsduma und die Stadtverwaltung den Schwarzhundertern eine eklatante Niederlage bringen würden. — Schamloser und offener ist die Wahlbeeinflussung und Wahlmanipulation seitens des Diktators nicht bestätigt worden.

Aus der Partei.

Die Wahlen zum Nationalrat und die Züricher Arbeiterschaft.

Die im Oktober d. J. stattfindenden schweizerischen Nationalratswahlen haben, wie wir im Leitartikel vom 8. September ausführten, in Zürich zu prinzipiellen Parteidiskussionen geführt. Die Debatten sind jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, indem in einer von über 300 Genossen besuchten Versammlung, Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung der Arbeiterunion folgende, vom Verein „Eintracht“ vorgelegte Resolution fast einstimmig angenommen wurde:

„Die in der Resolution vom 20. August geforderten Garantien zur Durchführung einer grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik sehen wir in der strikten Beachtung folgender Grundsätze: 1. Eine grundsätzliche sozialdemokratische Wahlagitation, d. h. eine Wahlagitation, die unsere prinzipiellen und praktischen Forderungen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft betont und die Haltung der bürgerlichen Parteien vom Standpunkte der Klasseninteressen der Arbeiterschaft kritisiert, nicht aber die persönlichen Eigenschaften der Kandidaten in den Vordergrund rückt.“

2. Volle Verantwortlichkeit aller unserer Vertreter gegenüber den Parteioptionen. Regelmäßige Berichterstattung vor den zuständigen Parteioptionen zwecks Aussprache und Beschlußfassung der Parteigenossen über die vorzunehmenden und bevorstehende Tätigkeiten unserer Vertreter in allen geschäftlichen und Verwaltungsbereichen.

3. Einheitsliches und geschlossenes Auftreten aller unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften nach außen auf Grundlage der bestehenden Parteibeschlüsse. Diese Grundsätze verpflichtet sich die Arbeiterunion Zürich auf dem kommenden Parteitag zu vertreten, um ihnen dadurch Geltung für die ganze Schweiz zu verschaffen.“

Auf die mehrstündigen Verhandlungen eingegangen, würde zu weit führen. Es sei daher nur erwähnt, daß der Redakteur des „Gritlioner“, Genosse Witz, die ausländischen Genossen von der Teilnahme an diesen Beratungen ausgeschlossen wissen wollte, getreu seinem chauvinistisch-engehörigen Standpunkt in allen kritischen Vorlesungen. Sein Prozeß verhalte aber verbienenermaßen wirkungslos. Genosse Greulich verteidigte sich und die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat wider die erhobenen Vorwürfe, die er zu entkräften sich bemühte. Eine beachtenswerte Entwicklung nach links hat Genosse Stadler Pflüger durchgemacht, indem er nun über seine Abneigung gegen die Ausländer hinweggekommen ist und sich mit dem Gedanken abgefunden hat, sie mitreden zu lassen. Er möchte jedoch eine politische Karezell für die Genossenschaft der Redefreiheit und Kritik bestimmt wissen. Genosse Pflüger stimmte der Resolution zu, während sie Genosse Witz ablehnte, ihre fast einstimmige Annahme aber nicht verhindern konnte.

Die Vertreter der „nationalen Arbeiterpartei“ möchten nachträglich die Resolution als bedeutungslos hinstellen, was recht inkonsequent ist, da sie sie doch zuerst lebhaft bekämpften. Die Resolution ist aber in der Tat eine sehr beachtenswerte Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Stadt Zürich und ihre ernste Durchführung wird die so notwendige Befreiung und Gesundung unbefriedigender Verhältnisse in der schweizerischen Sozialdemokratie bringen. Damit wäre der Zweck der ganzen Aktion der „Eintracht“ erreicht.

Beitragsverhöhung.

Die Parteioptionen in Bayreuth stimmte nach mehrstündiger Debatte dem Vorschlag einer zur Vorberatung der Angelegenheit eingeleiteten Kommission zu, den Monatsbeitrag von 25 auf 30 Pf. zu erhöhen. Das bisherige Beitragsobligatorium für die Parteimitglieder wird beibehalten.

Julius Röthing †.

Einer der ältesten Vorkämpfer der modernen Arbeiterbewegung, Julius Röthing, ist Mittwochabend in Leipzig im 72. Lebensjahre gestorben. Julius Röthing gehörte zu den Gründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, für dessen Entwicklung er damals in Leipzig mit Feuereifer eintrat. Nach der Einigung der Lassalleaner und Eisenacher im Jahre 1875 ging Röthing vollständig in der geeinten sozialdemokratischen Partei auf, in ihr hat sein Herz geblüht bis zum letzten Atemzuge für die Befreiung des Proletariats.

Unter dem Sozialistengesetz hat Röthing der Partei namentlich bei den Wahlen als Redner wertvolle Dienste geleistet, denn die Redner in der Partei waren dünn gefäß, und es war nicht ungeschicklich, öffentlich für die Ideen der verkommen und verfallenen Sozialdemokratie zu wirken. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei sich wieder eine feste Organisation geben und Vereine gründen konnte, wählte ihn der sozialdemokratische Verein für den 12. Wahlkreis zu seinem Vorsitzenden, welches Amt er aber bald wieder an jüngere Kräfte abtrat. Als Redner hat er aber bis in die letzte Zeit hinein gewirkt, wobei er die Hörer nicht nur durch seine entschiedenen proletarischen Auffassung der Dinge, sondern auch durch seine temperaments- und humorvolle Redeweise zu fesseln wußte.

Julius Röthing ist am 31. Mai 1840 in Dresden geboren, wo er das Schneiderhandwerk erlernte. In Leipzig hat er sich selbstständig gemacht, aber die Not ist nie von seiner Seite gewichen. Nachdem ihm im vorigen Jahre seine treue Lebensgefährtin durch den Tod entrisen worden war, hat er nun selbst dem Tod seinen Tribut entrichten müssen.

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird auch Röthings Name einen ehrenwerten Platz einnehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Preßhänder.

Wegen angeblicher Verleumdung eines Oberfaktors wurde Gen. Schädlich von der „Vielefelder Volkswacht“ durch das Detmolder Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Werften.

haben in diesem Jahre bereits eine stattliche Anzahl von Aufträgen für das Ausland ausgeführt. In den Monaten Januar bis Juni 1911 verließen insgesamt 29 Seeschiffe die deutschen Werften, auf denen sie für Rechnung ausländischer Kunden gebaut wurden. In der gleichen Periode des Vorjahres wurden 26 Seeschiffe exportiert. Der Raumgehalt der im laufenden Jahre fertiggestellten Schiffe betrug allerdings nur 9460 Register-tonnen netto gegen 11220 im Vorjahre. Der Wert derselben belief sich auf 1,68 Mill. Mark, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme von 3,42 Millionen Mark. Ferner gingen ins Ausland 78 in Deutschland hergestellte Fluß- und Binnen-seeschiffe für Luxuskatamarane; diese repräsentieren einen Wert von 0,08 Millionen Mark. Im Vorjahre wurden 42 Segel- und Motorjachten im Werte von 0,27 Millionen Mark für ausländische Auftraggeber gebaut. Andere Fluß- und Binnen-seeschiffe wurden insgesamt 407 ausgeführt, d. h. 17 Stück mehr als in den ersten sieben Monaten 1910. Der Wert der Ausfuhr ist von 1,00 Millionen Mark auf 1,85 Millionen Mark gestiegen. Schwimmboots und Pontons wurden in diesem Jahre 2501 Doppelzentner ins Ausland, hauptsächlich nach der Türkei, geliefert. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 416 Doppelzentner. In den Monaten Januar bis Juli betrug nach den Angaben der Handelsstatistik die Zahl der für ausländische Auftraggeber von deutschen Werften erbauten und exportierten Schiffe:

	1907	1908	1909	1910	1911
Seeschiffe	30	31	28	23	29
Fluß- usw. Schiffe	300	326	271	482	530

Außer vollständigen Wasserfahrzeugen lieferte die deutsche Industrie noch allerlei Ausstattungsgegenstände für Schiffe ins Ausland. So wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 9463 Doppelzentner Schiffsausrüstung ausgeführt gegen 9978 Doppelzentner im Vorjahre. Die Ausfuhr von Tauen usw. ist von 19 611 Doppelzentner auf 16 091 zurückgegangen. Schiffschronometer wurden 349 Doppelzentner exportiert, d. h. 0,5 Doppelzentner mehr als im Vorjahre. Die Ausfuhr von Seekarten usw. belief sich auf 670 Doppelzentner, sie ist gegen 1910 um 37 Doppelzentner zurückgegangen.

Die Schätzung der französischen Roggenernte.

nach den Aufstellungen der landwirtschaftlichen Fachleute wird amtlich bekannt gegeben. Danach beträgt die Ernte 1911 16 687 500 Hektoliter gegen 15 527 000 Hektoliter im Vorjahre.

Diskontenerhöhung in Belgien.

Die belgische Nationalbank hat den Diskont um ein Prozent erhöht.

Lohnverluste und Unternehmungsgewinne im Bergbau.

170 808 942 M. Lohnverluste haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom ersten Vierteljahr 1908 bis einschließlich zweites Vierteljahr 1911, also in 3 1/2 Jahren, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerchnet die Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Preisrückgänge entstanden sind. Im vierten Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da gingen sie rapide zurück. Die Gesamtlohnverluste betragen in der genannten Zeit in den einzelnen Bezirken: Ruhrgebiet 132 057 949 M., Oberschlesien 7 860 882 M., Niederschlesien 8 617 586 M., Saargebiet 4 018 081 M., Rastener Revier 3 007 608 M., Haller Braunkohlenrevier 5 345 447 M., linksrheinisches Braunkohlenrevier 867 422 M., Haller Salzbergbau 402 064 M., Klausthaler Salzbergbau 383 790 M., Mansfelder Erzbergbau 1 374 409 M., Siegener Erzbergbau 6 755 072 M., Rastauer Erzbergbau 2 685 085 M., rechtsrheinischer Erzbergbau 1 920 573 M. Die Lohnverluste sind berechnet nach der Zahl der verfahrenen Schichten und dem pro Schicht durchschnittlich weniger verdienten Lohn.

Im zweiten Halbjahr 1910 zeigten die Löhne in allen Bezirken wieder eine etwas steigende Tendenz, die auch im ersten Vierteljahr 1911 anhält. Im zweiten Vierteljahr sind die Löhne aber gegen das vorhergehende wieder in fünf Bezirken etwas gesunken und zwar im Saargebiet pro Schicht um etwa 2 Pf., im Klausthaler Salzbergbau um 1 Pf., im Mansfelder Erzbergbau um 5 Pf., im Siegener Erzbergbau um 1 Pf. und im rechtsrheinischen Erzbergbau um 2 Pf. Nur im Haller und Klausthaler Salz- und im Mansfelder Erzbergbau stehen die Durchschnittslöhne jetzt höher wie im vierten Vierteljahr 1907, in allen anderen Bezirken zum Teil noch bedeutend niedriger. Als Kuriosität sei mitgeteilt, daß die „Königstreuen“ Saarbergleute seit mehr als einem Jahre unter Leitung der Zentrumsgewerkschaftsleiter in einer Lohnbewegung stehen, die sich bisher aber in Protestversammlungen und Resolutionen, Protestschreiben, Eingaben und Witzschriften an den obersten Bergherren, Petitionen an den preussischen Landtag, vielen Schönen und nicht schönen Reden erschöpfte. Der Erfolg ist, daß der Durchschnittsjahreslohn von 1135 M. im Jahre 1909 auf 1122 M. im Jahre 1910 oder um 14 M. gesunken ist. Wäre es den Zentrumsschreibern darum zu tun gewesen, für die Saarbergleute etwas zu erreichen, mühten sie mit dem Bergarbeiterverband gemeinsam vorgehen. Ein gemeinsames Vorgehen hätte der Regierung und dem Landtag sicher mehr imponiert. Aber das haben die Zentrumsgewerkschaftsleiter abgelehnt und damit bewiesen, daß es ihnen weniger darauf ankam, für die Saarbergleute etwas zu erreichen, als die Wahlausichten des Zentrums zu verbessern.

Die gewaltigen Lohnverluste, die die Bergarbeiter erlitten haben, rechtfertigen sich durch die finanzielle Lage der Werke, wie wir schon wiederholt gezeigt haben, in keiner Weise. Besonders im Ruhrgebiet, wo die Bergarbeiter 132 057 949 M. Lohnverluste erlitten haben, (auf alle übrigen Bezirke entfallen nur noch 83 720 993 M.) haben die Grubenherren auch während der Krise recht gute Geschäfte gemacht.

So erzielten Heberich im ersten Halbjahr 1911 (die Zahlen vom ersten Halbjahr 1910 setzen wir zum Vergleich in Klammern bei): König Ludwig 1 208 174 M. (849 629 M.), Adler 367 426 M. (228 547 M.), Graf Schwerin 457 694 M. (338 402 M.), Heinrich 251 518 M. (229 220 M.), Königin Viktoria 1 029 126 M. (801 348 M.), Alte Doole 52 004 M. (50 599 M.), Helene und Amalie 582 410 M. (591 710 M.), Ewald 1 753 498 M. (1 824 978 M.), Dorffeld 700 066 M. (719 310 M.), König Wilhelm 1 337 432 M. (1 000 009 M.) usw.

Der Gesamtüberschuß von 20 Jahren ist gestiegen von 26725097 Mark im ersten Vierteljahr 1910 auf 28 503 490 M. im ersten Vierteljahr 1911, d. h. um 1 774 393 M. oder 6,6 Prozent. Die angeführten Zahlen können als Maßstab auch für die übrigen Gruben gelten.

Während die Bergarbeiter die gewaltigen Lohnverluste erlitten, hat sich die gesamte Lebenshaltung weiter außerordentlich stark verteuert. Die Not hat in zahlreicher Vergarbeiterfamilien Einzug gehalten. Die industriellen Scharmacher bewilligten die Lebensmittelpreise, während die Bergarbeiter im unseligen Bruderkampf sich zerplüßerten und der größte Teil der Vergarbeiterorganisation fernsteht. Vergarbeiter, wie lange noch?

Gewerkchaftliches.

Die Gelben und die Reichsversicherungsordnung.

Im „Bund“ der Gelben Nr. 25 vom 18. Juni d. J. ist in dem Bericht über die Versammlung der gelben Vertrauensleute Siemens u. Galske Werner-Best zu lesen:

„Ferner wurde auf eine Anregung hin beschlossen, in nächster Zeit eine große Werkverfammlng abzuhalten. Zu dieser soll ein Referent gemonnen werden, der über das ja jetzt so aktuelle Thema: „Die neue Reichsversicherungsordnung“ sprechen soll. In der Debatte hierüber wurde ausgeführt, daß wohl jedes Mitglied des Werkvereins gegen ein solches Gesetz opponieren müßte. Aber durch den Vortrag soll erst ein Ueberblick über die ganze Materie geboten werden. Wir hoffen, daß möglichst alle unsere Mitglieder die Gelegenheit wahrnehmen werden, sich über diese Sache, die für uns alle von allergrößter Wichtigkeit ist, zu informieren.“

In den letzten Wochen wurde nun fortgesetzt auf eine „große Versammlung“ des Unterstützungsbereichs, in welcher über die Reichsversicherungsordnung referiert werden sollte, hingewiesen. Es wurden Zettel an alle gelben Mitglieder verteilt, um einen Massenbesuch zu erlangen.

Am Freitag, den 8. September, sollte das Ereignis vor sich gehen. Die von der Firma Siemens zum Zwecke gelber Züchtung angestellten Obergelben standen an den Hauptausgängen und am Bahnhof Fürstenbrunn, um die getreuen Schäflein auf den rechten Weg zu verweisen. Der Erfolg war denn auch ein „durchschlagender“. Nach etwa einstädtigem Warten hatten sich von den 14 000 am Nonnendamm beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen 550 Personen eingefunden. Da die Zahl der gelben Vertrauensleute und sonstiger Funktionäre schon annähernd diese Höhe erreicht, sind gelbe Mitglieder der Versammlung ferngeblieben.

Der Syndikus Dr. Wagner referierte über die Reichsversicherungsordnung. Wer sich nun dem Glauben hingeeben hatte, daß Vor- und Nachteile des Gesetzes für die Arbeiterschaft klargelegt würden, sah sich bitter getäuscht. Die Gesetzesmacherei der bürgerlichen Parteien wurde in alle Himmel gehoben, und die sozialdemokratische Fraktion wurde in geschäftiger Weise heruntergerissen. Nach einigen Anfragen aus der Versammlung mußte auch Genosse Hoffmann herhalten. Von einem akademisch gebildeten Manne hätte man wohl erwarten dürfen, daß er Armenmädchen nicht als besondere geistige Leistung in solcher Versammlung präsentiert; aber man muß sich schon an alles gewöhnen. Den Erschienenen wurde von der Gleichmacherei und Teilerei der Sozialdemokratie erzählt. Am Schlusse dieser „großen Werkverfammlng“ wurde aufgefordert, bei den kommenden Reichstagswahlen keinen Sozialdemokraten zu wählen. Auch das zeigt auf neue, daß man es mit dem gelben Unterstützungsbereich nicht mit einer nur Unterstützungszwecken dienenden Organisation zu tun hat, sondern dieser Verein mit Unternehmermitteln nur ins Leben gerufen wurde, um auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete gegen die frei organisierte Arbeiterschaft ins Feld zu ziehen.

Aber die gelben Arbeiter und die Schutzpatrone der Denunziantenclique in den Siemenswerken werden damit Schiffbruch leiden, wie mit dieser Versammlung. Die Zwangsmahregeln, die Denunziationsfucht und andere in den Siemens-Werken üblichen Mittel, um eine Unternehmerschutztruppe zu bilden, halten dem Siegeszuge der frei organisierten Arbeiterschaft nicht stand.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Eine Firma in Jech sucht in Berliner Zeitungen Metallarbeiter. Wir ersuchen, diese Arbeitsangebote nicht zu beachten!

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Differenzen in der Berliner Schneiderinnung.

Wegen der bevorstehenden Neuwahlen ist zwischen dem Vorstand der Berliner Schneiderinnung und der „Freien Meistervereinigung“ ein Streit entstanden. Bereits einmal, vom 25. bis 28. April d. J., haben Vertreterwahlen stattgefunden, die wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt wurden. Die erforderlichen Neuwahlen finden am Montag, den 18. September, und folgende Tage in den einzelnen Standesamtsbezirken statt. — Da im Verband der Schneider eine große Anzahl Mitglieder der Innung organisiert sind, so hat, wie wir erfahren, die Ortsverwaltung dieses Verbandes beschlossen, für ihre Mitglieder eine eigene Vertreterliste aufzustellen und die Mitglieder zur Teilnahme an der Wahl aufzufordern. Bei dieser Wahl treten nunmehr drei Parteien auf: der alte Innungsvorstand, die Meistervereinigung und der Verband der Schneider. Zwischen den programmatischen Forderungen der Arbeitgeber, d. h. dem alten Innungsvorstand und der Freien Meistervereinigung, besteht nur der eine Unterschied: der eine sieht an der Krippe und der andere möchte gerne heron. Um aber ein Kampfobjekt zu haben, wird die Lehrlingsfrage und die Selbsthilfe gegen faule Schuldner als bedeutendere Programmpunkte bezeichnet. Der Obermeister Krause beruft sich im Bräutchen der Ueberzeugung darauf, daß unter seiner Amtsführung die Zahl der Lehrlinge sich in Berlin auf 800 R. erhöht habe. Die Freie Meistervereinigung führte bittere Klage, daß nicht für genügenden Nachwuchs gesorgt werde. Es dürfte sich wohl empfehlen, zu erwägen, ob der Zutrom von Lehrlingen nicht den durch den Verband der Schneider gegen den Willen der Arbeitgeber durchgeführten Verbesserungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zuzuschreiben ist. Uebrigens ist es sehr fraglich, ob ein Zutrom, der nur dem Zweck dient, billige Arbeitskräfte zu züchten, dem Gewerbe von Nutzen sein kann.

Die Selbsthilfe gegen faule Schuldner ist endlich ein Gebiet, auf dem sich die großen launmännlichen Geschäfte und der kleine Meister wie Feuer und Wasser gegenübersehen. Die vornehmen Geschäfte unter den Linden und in der Friedrichstadt wollen ihre Kunden, die nicht halb- oder ganzjährlich zahlen, auf die schwarze Liste bringen, die jedem Berliner Geschäftsinhaber im Schneidergewerbe in die Hand gedrückt werden soll. Dieses Anstehen ist für die vornehmen Geschäfte gar nicht diskutabel.

Neben diesen widerstrebenden Elementen kommen nun noch eine Reihe Heimarbeiter, die für irgendein Geschäft arbeiten, aber gelegentlich einen Gesellen beschäftigen, und die selbständigen Damenschneiderinnen.

Die Interessen der Heimarbeiter sind naturgemäß ganz andere als die der Arbeitgeber. Die Heimarbeiter sind zum Zahlen der Innungsbeiträge gut genug; sonst bietet man ihnen nichts. Aber soweit die Innung der Zustimmung der Arbeiter bedarf, weicht sie auch der Mitwirkung derselben aus. Seitdem der Altgeselle seine Zustimmung nicht zu allen Vorschlägen des Innungsvorstandes gab, ist er zu den Sitzungen der Innung nicht mehr geladen worden.

So sehr sich der Innungsvorstand Mühe gibt, alle Kreise, Kaufleute, kleine Meister, Heimarbeiter, Konfektionschneider, Schneiderinnen usw. zur Innungsmittelgliedschaft heranzuziehen, so wenig überlegt er sich, daß auf diese Art eine Gesellschaft zusammenkommt, die keine gemeinsamen Interessen hat. Nur ein gemeinsames Interesse eines kleinen Personenkreises liegt vor: jedem Heimarbeiter und auch einer großen Zahl anderer Gewerbebetriebe. Redakt.: Richard Vorig, Berlin. Inseratenteil verantw.:

treibender, die kein Interesse an der Innung haben, pro Jahr 3,00 R. Innungsbeiträge abzunehmen.

Daß hierfür etwas Besonderes geleistet wird, kann man nicht sagen. Der Arbeitsnachweis der Innung ist der Pflege nicht wert. Weder Arbeiter noch Arbeitgeber benutzen ihn in nennenswerter Weise. Die guten Geschäfte benutzen den Arbeitsnachweis des Schneiderverbandes; so bleiben für den Innungsnachweis nur kleine auswärtige Arbeitgeber und jene hiesigen Arbeitgeber, die sich beharrlich weigern, Tariflöhne zu zahlen.

Es kann somit für die im Schneiderverband organisierten Heimarbeiter nur darauf ankommen, aus der Innung auszuschleichen. Soll diese Möglichkeit geschaffen werden, so ist eine starke Wahlbeteiligung für die Liste des Schneiderverbandes erforderlich. — Zur Aufstellung der Vertreter findet am Sonnabend, den 18. September, eine Versammlung in den Arminhallen statt. Diese Versammlung muß jene Vorkerkungen treffen, die erforderlich sind, um die Zwangsinnung aufzulösen.

Die Einladung zu den Vertreterwahlen erfolgt schriftlich durch die Innung, für jeden Standesamtsbezirk.

Als Legitimation gilt die Beitragsquittung oder die Einladung zur Wahl.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Lithographen und Steinbrucker nahm am Mittwoch eine außerordentliche Vertrauensmännerversammlung der Berliner Filialen des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker Stellung. Es wurde ausgeführt, daß die Leipziger Lohnbewegung lebhafteste Freude bei den Kollegen auch in anderen großen Druckorten hervorgerufen hat. Man erwartet, daß ein Erfolg in Leipzig auch auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in anderen Städten günstig einwirken werde. Es ist leicht möglich, daß durch irgendwelche Umstände die Bewegung auch auf die Schuhverbandsfirmen anderer Orte, besonders in Berlin, übergreift. Es muß vor allem damit gerechnet werden, daß sich die Unternehmer auf eine Aussperrung vorbereiten und möglichst viele Arbeiten im voraus anfertigen lassen. Es darf deshalb auf keinen Fall zugelassen werden, daß derartige Absichten der Unternehmer durch Ueberstunden begünstigt werden. Aus diesen Gründen werden die Kollegen in den Berliner Schuhverbandsfirmen aufgefordert, von heute an keine Ueberstunden zu machen und jegliche Heimarbeit zu unterlassen.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Zur Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter.

Der Redakteur der „Morgenpost“, der die Notiz „Maucherhohkott“ in der Dienstagnummer dieses Blattes auf dem Gewissen hat, scheint in den Internos der Zigarrenfabrikation bezüglich wenig zu Hause zu sein. Er fabuliert da von einem geforderten Minimallohn von 21 R., der im Lohnsatz vorgesehen sei. Der Lohnsatz spricht aber nur von einer Forderung von 7 R. Rollenlohn pro Tausend und von 4 R. Widellohn pro Tausend Zigarren. Gleichermaßen irrt die Notiz, wenn in ihr die Rede ist von einer Ablehnung des Minimallohntarifs durch die Mehrheit der Arbeitgeber. Tatsache ist, daß bis jetzt nur ein einziger Arbeitgeber sich unbedingt ablehnend verhalten hat, während die Liste der Bewilligungen in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ 72 Namen brachte, zu denen mit jeder Post neue hinzukommen. Vielleicht ist hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Deutscher Tabakarbeiterverband. (Zahlstelle Berlin.)

Lohnbewegungen der Berliner Handschuhmacher.

Die im Zentralverband der Lederarbeiter organisierten Handschuhmacher der Firma Lash, Berlin, erzielen auf dem Verhandlungswege eine Erhöhung der Schnittpreise um 15 Pf. pro Duzend. Die Dressurpreise wurden um 5—10 Pf. erhöht. Außerdem werden in Zukunft 10 Pf. wöchentlich für Wehl entschädigt. Die Wochengehilfen erhielten eine Zulage von 1,70 R. pro Woche. Der Streik der Handschuhmacher bei der Firma Tengel, Berlin, ist nach einwöchentlichem Dauer mit Erfolg beendet worden. Bei einigen Spezialsorten wurde der Schnittpreis um 12 Pf. pro Duzend erhöht. Diese Erhöhung tritt sofort in Kraft. Bei einer Anzahl Handschuhsorten wurde der Schnittpreis um 24 Pf. pro Duzend erhöht. Hieron tritt eine Erhöhung um 12 Pf. pro Duzend sofort in Kraft, die anderen 12 Pf. mit dem 1. Januar 1912. Die Wochengehilfen erhalten eine Zulage von 1.— R. pro Woche. Die Arbeitszeit wurde für die Akkordarbeiter um eine halbe Stunde pro Tag, von 9½ auf 9 Stunden verkürzt. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der drei Jahre Gültigkeit hat.

Der Streik der Hausdiener usw. bei der Firma Carl Stiller, Jerusalemer Str. 88/89, dauert unverändert fort.

Nachgedachte Verhandlungen wegen Beilegung der Differenzen lehnte Herr Stiller ab mit dem Bemerkten: „Ich verhandle nicht mehr, komme es, wie es auch wolle.“ Im übrigen hat mir die Polizei ihren weitesten Schutz zugesagt.“ Letzteres können die zur Arbeitsniederlegung Getriebenen Herrn Stiller sogar bestätigen. Selten sind Streikposten von Schuppleuten so verfolgt worden wie in diesem Falle. In der Jerusalemer Straße dürfen sich die Streikenden nicht einmal am Dönhofsplatz gegenüber dem Stillerischen Geschäft aufhalten. In der Friedrichstraße werden dieselben zehn Häuser weit vom Geschäft ferngehalten.

Wenn die Kollegen auch noch so verfolgt und gesagt werden, so gelingt es der Firma Stiller doch nicht, Arbeitswillige anzuwerben. Hat wirklich jemand aus Unkenntnis Arbeit angenommen, so läßt er sich seine Papiere und die hinterlegte Kaution sofort wieder zurückzahlen. Die Herren Dekorateur und Lageristen sind gezwungen, die zuerst angefangene Instandhaltung der Vogenlampen auch weiterhin auszuführen. Arbeiter, die in diesem uns aufgezwungenen Kampfe strengste Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Zur Metallarbeiteraussperrung.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter haben die Metallindustriellen einige weitere geringe Zugeständnisse gemacht. Darnach sollen am Sonnabend keine Ueberstunden mehr geleistet werden. Den Siebereiarbeitern soll als Ausgleich eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde, bisher nur 1 Pf. zugestanden werden. In bezug auf die Absetzung der Akkordarbeit, die Festsetzung des Lohnes nach der Leistung und die Wirkung der voraussichtlich zustande kommenden Vereinbarung besserer Arbeitsverhältnisse werden Zugeständnisse nicht gemacht. Die Kommissionsmitglieder der Arbeiter haben diesen neuen Zugeständnissen gegenüber dem Obmann der Unternehmer Vorschläge unterbreitet, über die sich die Fabrikanten Donnerstag schlüssig machen wollten. Die Arbeiter verlangen durchweg eine höhere Ausgleichszulage.

In Dresden nahmen die Streikenden und Ausgesperrten am Donnerstag die Arbeit wieder auf.

Das Gesetz über Terrorismus

ist gerade zur gegenwärtigen Zeit auf Seiten der Unternehmer besonders groß. Jede kleine Differenz zwischen Arbeitern verschiedener Anstaltungen wird sofort zu einem Terrorismusfall schlimmster Art aufgeführt, auch wenn dabei der Wahrheit in schlimmster Weise Gewalt angetan wird.

Demgegenüber ist es angebracht, all die unzähligen Fälle sorgsam zu registrieren, in denen Unternehmer in der alleroffensten und allerbrutalsten Weise Arbeiter auf Monate und Jahre einlocken von Arbeit auszuschließen. Ein solcher Fall liegt neuerdings im Droschkenkutschergewerbe in Dresden vor. Die Führer des Gewerks zu den unverstörtesten Terroristen, die man sich denken kann und geben dabei ganz offen vor, in der sicheren Erwartung, in der sie

sich leider bis jetzt noch nicht getäuscht haben, daß kein Staatsanwalt und kein Richter eingreifen wird.

Weil ein Droschkenkutscher einen Fahrgast angeblich nicht höflich genug behandelt hat, — er hat ihm auf sein Verlangen keine Decke gegeben, — erhielt er ein Schreiben des Vereins der Besitzer Droschken 1. Klasse zu Dresden, durch das er auf drei Monate vom Fahrdienst ausgeschlossen wurde. Das Schreiben war vom Vorsitzenden unterzeichnet. Da dem Verein fast ausnahmslos alle Droschkenbesitzer angehören, bedeutete diese Maßregelung so viel wie drei Monate Arbeitslosigkeit. Es gelang ihm aber, verschiedene Ausschüßführer zu machen und wegen dieses „Verbrechens“ wurde er vor den Vorstand des Droschkenbesitzervereins geladen mit der Androhung, daß wenn er nicht erscheinen würde, er sich die Folgen selbst zuschreiben hätte. Der Delinquent folgte dieser Aufforderung nicht und erhielt jetzt folgendes Schreiben:

Dresden, den 9. September 1911.

Wie festgestellt worden ist, haben Sie trotz der Ihnen zu gegangenen Beiseidung vom 1. Juni cr. Droschken 1. und 2. Klasse gefahren, weshalb der Gesamtvorstand beschlossen hat, Sie dieleshalb von heute ab nunmehr auf die Dauer von zwei Jahren im Droschkenfahrdienst nicht zu beschäftigen, wovon Sie hierdurch zur Nachachtung in Kenntnis gesetzt werden. Wilhelm Vize, Vorsitzender.

Es sind schon verschiedene derartige „Verstrafungen“ erfolgt. Es ist auch schon versucht worden, die Terroristen zur Verantwortung zu ziehen. Die Strafverfolgung ist immer abgelehnt worden, ebenso wie zivilrechtlich nichts zu machen war.

Und so was erdreistet sich, über Terrorismus der Gewerkschaften zu zetern!

Zur Landarbeiterbewegung auf der Insel Fehmarn.

Der Stand der Bewegung war infolgedessen verändert, als schon am Montag nach der Agrarierversammlung 40 Mann Arbeitswillige aus Kiel ankamen, denen man entweder gesagt hatte, auf Fehmarn fehlt es an Leuten, oder die dortigen Arbeiter können die Arbeit nicht verrichten. Als die Zugezogenen die wahre Sachlage erfuhren, reisten sie zum Teil wieder ab. Die Großbauern, die eine ziemliche Anzahl Droschmaschinen und Lokomobilen in genossenschaftlichem Betrieb halten, nötigten die Privatmaschinenbesitzer bei einer angekündigten Konventionalkonferenz von 200 R. von der Zahlung der geforderten Lohnhöhung Abstand zu nehmen. Einige Privatbesitzer zahlten trotzdem die geforderten 30 Pf. pro Tag aus eigener Tasche, um ihre Arbeiter zu behalten. Die Klein- und Mittelbauern wollen die Lohnhöhung gern zahlen. Aber dann drohten die Großen, ihre Maschinen sofort wegfahren zu lassen. Sie erkennen wohl an, daß die 30 Pf. Lohnhöhung pro Tag berechtigt sind; aber Vorschriften dürfe man von den Arbeitern nicht entgegen nehmen, wenn man Herr im Hause bleiben wolle. Ein Großbauer meinte zu den Leuten: „Von Euch Monarchen will ich gar nichts hören, wenn Ihr nicht wollt, jähre ich nach Kiel und treibe die Arbeiter so zusammen, als ob ich Ochsen einkaufte.“ Als die Arbeiterpresse über die Bewegung berichtet hatte, hörte der Zug von Arbeitswilligen sofort auf. Am Sonntag nachmittag fand in Burg eine starkbesuchte Versammlung statt, in der die Genossen Bromme-Lübeck und Weimann-Burg über den Stand der Bewegung referierten. An die Referate schloß sich eine längere Diskussion. Schließlich wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„In Erwägung der Lebensmittelteuerung beschließt die Versammlung, dahin zu wirken, daß jeder auf Fehmarn beschäftigte Droschmaschinenarbeiter nicht unter 2,50 und 2,80 R. in Arbeit tritt. Die Versammlung beschließt ferner, die Festsetzung der Löhne an den einzelnen Maschinen den daran beschäftigten Arbeitern selbst zu überlassen.“

Im Osten der Insel werden noch 2 R. und 2,80 R. für die schwere und staudige Arbeit gezahlt. Im Westen und in der Mitte aber fast überall der geforderte Höchstlohn. Der Zug ist nach wie vor fernzuhalten.

Malerstreik in Balingen (Württemberg). Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages legten am 13. September die Maler die Arbeit nieder. Die Unternehmer rechnen auf Arbeitswillige bei Entlassung der Reserve, daher die Ablehnung auch jeder Verhandlungen, die durch den Stadtvorstand versucht worden sind. — Zugzug ist von Balingen daher strengstens fernzuhalten!

Verband der Maler, Radierer usw.

Letzte Nachrichten.

Stadtvorordneter Deutsch gestorben.

Gestern Abend ist der Stadtvorordneter Hugo Deutsch nach langer, schwerer Krankheit in seiner Wohnung, Regentenstraße 22, im Alter von 64 Jahren gestorben. Er vertrat seit 1902 den 5. Gemeindevorstand der zweiten Abteilung, den er nach hartem Kampf 1906 behauptete. Zuerst war Deutsch Mitglied der Fraktion der Neuen Linken, trennte sich dann aber mit den Kollegen Preuß, Dr. Nathan, Ullstein und vier anderen von dieser Fraktion ab und bildete mit diesen die Sozial-fortschrittliche Gruppe, die ihn zu ihrem Vorsitzenden wählte. Sein Mandat lief Ende d. J. ab.

Die Wahlrechtskundgebung in Holland.

Haag, 14. September. Der Bürgermeister des Haag hat seine Genehmigung zu einer Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht erteilt, die am Tage der Eröffnung der Kammern der Generalstaaten am 19. September stattfinden soll, jedoch nur unter der Bedingung, daß nicht ein großer Unzug veranstaltet wird, sondern daß nur eine beschränkte Anzahl von Abgeordneten die Eingabe am Binnenhofplatz, wo sich die Kammergebäude befinden, überreicht.

Schwerer Baunfall.

Bären, 14. September. (B. L. W.) Heute nachmittag ist ein im Bau begriffener Anbau einer Glashütte eingestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet und zwei schwer verletzt.

Der Generalstreik in Bilbao.

Madrid, 14. September. Meldungen aus Bilbao, die die strenge Zensur durchgehen ließ, besagen, daß es gestern in den Straßen von Bilbao zu ermuten Zusammenstößen zwischen Streikenden und Truppenabteilungen gekommen ist. Der Bahnverkehr und der Verkehr der Straßenbahnen ist zum Teil eingestellt. Keine Zeitung erscheint.

Auch aus Malaga werden Zusammenstöße zwischen Auspändigen und der Polizei gemeldet.

Von der Cholera.

Konstantinopel, 14. September. (B. L. W.) Heute sind hier 46 Erkrankungen und 17 Todesfälle an Cholera und in Artaki (Marmaraküste) in den letzten 48 Stunden 50 Erkrankungen und 23 Todesfälle an Cholera vorgekommen. In Saloniki sind dank der energischen sanitären Maßnahmen in den letzten 24 Stunden nur zwei Cholerafälle vorgekommen. Auch aus dem Innern des Landes liegen in allgemeinen günstigeren Nachrichten vor.

Kiel, 14. September. (B. G.) Die amtliche Liste weist 14 neue Choleraerkrankungen auf, von denen acht tödlich verliefen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Vierter Tag.

Vormittags-sitzung.

Jena, den 14. September 1911.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender Dieck eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß die Arbeiten des Parteitages so rasch gefördert worden sind, daß Aussicht besteht, daß sie am Freitag mittag beendet sind. Da es sich diesmal um eine schwierige Wahl handelt, bittet er die Wahlvorschläge zur Vier-Kommission, sowie zum Parteiverstand möglichst bald einzureichen.

Begrüßungs-Telegramme sind noch eingegangen von den russischen Sozialrevolutionären durch Rubanowitsch in Paris, ferner von den sozialdemokratischen Parteien Finnlands und Hollands.

Vorsitzender Dieck teilt weiter mit, daß in der Marokko-Resolution des Parteiverstandes im vierten Absatz, dritte Zeile von unten die Worte „ein Zustand, der“ ersetzt werden sollen durch folgende Worte: „der Grad, in dem ihnen dieses gelang.“

Auf der Tagesordnung stehen

die Reichstagswahlen.

August Bebel

mit stürmischem Beifall begrüßt, führt aus: Zunächst eine persönliche formale Bemerkung. Bekanntlich ist in der Vorberatung am Sonntag der Parteitag übereingekommen, daß die Marokkofrage und die Frage der Reichstagswahlen in einem Referat zusammengefaßt werden sollen. Es hat sich allerdings bei näherem Zusehen herausgestellt, und mir ist auch von mehreren Seiten derselbe Gedanke geäußert worden, daß es wohl am besten sein wird, wenn ich das Referat in zwei Teile zerlege, nämlich in die Frage der Reichstagswahlen und in die Marokkofrage. (Zustimmung.) Ich möchte aber zunächst die Marokkofrage behandeln, die uns ja im Augenblick am meisten interessiert. (Zustimmung.)

Die Marokkofrage.

Parteilgenossen! Die Kolonialfragen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Umfang in der öffentlichen Erörterung angenommen. Alle Großstaaten sind bestrebt gewesen, entweder die bereits besessenen Kolonialgebiete erheblich zu erweitern oder ganz neue Kolonialgebiete sich anzueignen. Deutschland war ja bis in die achtziger Jahre ein kolonialfreies Land, bis es endlich dem Drängen unserer Kolonialenthusiasten gelang, selbst einen Bismarck, der von der Kolonialpolitik nichts weniger als entzückt war, für sie einzunehmen, so daß er seine Zustimmung zu der Erwerbung der Gebiete in Afrika, zunächst Südwest-, dann Ost-Afrika und Kamerun gab. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie derartige Expansionsbestrebungen in den verschiedenen Erdteilen der Welt sich bemerkbar machen, die rivalisierenden Nationen der Gefahr ausgesetzt werden, in allerlei Konflikte zu geraten. Denn wie auf dem Monopolistischen Gebiete, auf dem Weltmarkt, die Konkurrenz überall die treibende Kraft ist und einer dem andern mit allen möglichen Mitteln zuvorkommen sucht, so ist namentlich auch der Wettbewerb auf dem Gebiete neuer Kolonien in die Erscheinung getreten. Es liegen da verschiedene Gründe vor. Zunächst wollte man neue Absatzgebiete für die eigenen Waren gewinnen, dann wollte man die Rohprodukte für den eigenen Markt erhalten. Drittens — und das spielt in Deutschland eine gewisse Rolle — will man für die Bevölkerung, da wir angeblich an Ueberbevölkerung in Deutschland leiden, einen Abzugskanal schaffen, wo sie ihrem Erwerb nachgehen kann in weiterer Verbindung mit dem alten Vaterlande. Das Bedürfnis nach einem stetig ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einmischen, überall werden Verbindungen hergestellt. Die Zivilisation und das Christentum, das sind angeblich die Haupttriebfedern, die diesen Kolonialbestrebungen, diesem Suchen nach neuen Absatzmärkten unter Ausraubung fremder Völker zugrunde liegen. Nun, die Kolonialgeschichte, die wir in Europa vom Anfang des 16. Jahrhunderts ab hantieren können, ist eine Geschichte, die mit Blut geschrieben ist und die vom Anfang bis zum Ende mit Verbrechen besudelt

ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat in dem Zeitraum dieser Jahrhunderte ganze Völkerstämme ausgerottet, man hat blühende alte Kulturen vollständig vernichtet. (Lebhafte Zustimmung.) Man ist mit allen Mitteln, die die höhere Kultur und die Zivilisation an die Hand geben, gegen die eingeborenen Völker der fremden Länder vorgegangen, hat sie ausgeraubt, geknechtet, unterdrückt nach allen Seiten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und wenn auch im Laufe der Jahrhunderte die Formen dieser Unterdrückungen mit der Steigerung der Kultur milder geworden sind, so steht doch fest, daß auch bis heute noch Kolonialverbrechen aller Art im Vordergrunde stehen. (Zustimmung.)

Ob das katholische Frankreich, Spanien, Portugal, Italien oder das protestantische England, Holland und neuerdings auch Deutschland sich der Kolonialpolitik widmeten, auch ihrer aller Geschichte ist mit Blut und Verbrechen besudelt, und selbstverständlich haben die christlichen Geisteskräfte und drüber alle diese Dinge im Namen des Christentums gutgeheißen. Wir selbst haben wiederholt Gelegenheit gehabt, im Reichstage in schärfster Weise die Barbareien aller Art zur Sprache zu bringen. Das stärkste an Barbareien ist bekanntlich beim süd-afrikanischen Aufstand vorgekommen. Daß das unterdrückte, ausgebeutete, geknechtete Volk zur Empörung griff, war sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Es war ihr Heimatland, ihr Vaterland, das die Hereros gegen die fremden Eroberer zu verteidigen suchten, und was man uns als die höchste Ehre anpreist, die Verteidigung des Vaterlandes, das wurde jenen als Verbrechen angerechnet. (Sehr wahr!) namentlich durch den bekannten General von Trotha, der die Hereros nach dem so genannten Sandhügel zusammentrieb ließ und dort Zehntausende Männer, Frauen und Kinder, verhungern und verdursten ließ. (Lebhaftes Pfui!) Ein Vorgang, der

ein Schandfleck für Deutschland

bleiben wird, so lange es eine Geschichte geben wird. (Sehr richtig!)

In den letzten Jahrzehnten hat die Kolonialpolitik von Deutschland und anderen Staaten sich hauptsächlich auf Afrika geworfen. Man hat Afrika in eine Reihe von Kolonialgebieten geteilt für die verschiedenen Mächte Europas; insbesondere ist es Frankreich gewesen, das schon lange sein Augenmerk darauf richtete, die sozusagen vor seiner Nase liegende nordafrikanische Küste von Ägypten an bis zum äußersten Ende Marokkos in seine Macht zu bekommen. Während der französischen Revolution unternahm bekanntlich Napoleon den berühmten Feldzug nach Ägypten. Die Sache mißglückte, er mußte zurückgehen, aber Frankreich hat das nicht vergessen und hat den gescheiterten Versuch gemacht, andere Länder der nordafrikanischen Küste sich anzueignen. In erster Linie ist das mit Algier geschehen. Nach unendlichen Kämpfen, die ungeheure Opfer an Geld und Menschen kosteten, war es 1831 gelungen, Algier zu pazifizieren, scheinbar zu pazifizieren, denn seine fünf Millionen Einwohner erhoben sich in fortwährenden Aufständen. Vor allem war es Ab del Kader, der vielfach siegreich die

französischen Truppen bis an die Küste zurücktrieb, bis er 1847 selbst in französische Gefangenschaft geriet, von wo ab die französische Herrschaft siegreich war. Aber trotzdem folgten noch wieder und wieder Aufstände. Bis heute hat Frankreich für diese Kämpfe 6 bis 7000 Millionen Mark ausgegeben, ohne daß die Vorteile den ungeheuren Geld- und Menschenopfern entsprechen. Unter den Menschenopfern befanden sich auch Zehntausende von Deutschen, die in die Fremdenlegion eintraten und dort für fremde Interessen ihr Leben einsetzten.

Frankreich hat sein Auge auch auf Tunis geworfen und im Jahre 1881 gelang es ihm, eine Art von Schutzherrschaft über Tunis zu erlangen. Dadurch wurde es angeleitet, in Marokko in gleicher Weise vorzugehen, und das veranlaßte die anderen Staaten, die dort, wenn auch in beschränktem Maße Handels- und Verkehrsinteressen wahrzunehmen hatten, zu einer Konferenz im Jahre 1881 in Madrid zusammenzutreten, an der sich auch Deutschland beteiligte, und deren Resultat war, daß in bezug auf Marokko die offene Tür herrschen und keine Nation Vorrechte genießen sollte. Aber das Drängen der französischen Kolonialkapitalisten und Geisteskräfte hörte nicht auf. Der Naturreichtum Marokkos an Erzen aller Art, der kolossale Reichtum weiter Bodenschätze, der alle möglichen Fruchtarten in Hülle und Fülle erzeugt, kurz Ausbeutungsobjekte von ungeheurer Wert bot, veranlaßte namentlich die französischen Kolonialinteressenten, unausgesetzt weiter zu suchen, und so ist seit 1908 auch bei uns in Deutschland die Marokkofrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Es ist fast kein Jahr vergangen, wo nicht der Reichstag mehr oder weniger große Debatten über Marokko gehabt hat.

Ein ganz neues Gesicht bekam die Frage im Jahre 1904 dadurch, daß es endlich dem Kaiser Eduard VII. gelang, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu schließen, durch den er — woran England ungeheuer viel lag — die unbestrittene Vorherrschaft in Ägypten erlangte. Ende der sechziger Jahre hatte Frankreich mit ungeheuren Kosten den großen Suezkanal gebaut. England war eifersüchtig, es erkannte sofort, daß der Kanal für seine materiellen und kriegerischen Interessen im fernem Osten Ägypten ungeheure Vorteile bietet und es wandte nun alle Kräfte an, es gelang ihm, die Reduzierung der Aktien des Suezkanals zu bekommen und damit die Franzosen zu verdrängen, Ägypten ganz in ihre Gewalt zu bekommen, war naturgemäß das weitere Streben der Engländer, und das veranlaßte eine ganze Menge schwerer Reibungen zwischen England und Frankreich. Es kam Ende 1904 ein Vertrag zustande, durch den Frankreich konzessierte, daß England sich bereit erklärte, von seiner Vormachtstellung, soweit sie handelspolitisch in Frage kam, in Marokko zurückzutreten und Frankreich dort freie Hand zu lassen.

Bis dahin war der englische Handel weitaus überwiegend, er belief sich, wenn ich die Ziffern richtig im Gedächtnis habe, auf etwa 100 Millionen Frank, der französische blieb weit dahinter zurück, er betrug nur etwa 80 Millionen Frank, und der deutsche Handel kam kaum in Betracht, er betrug nur etwa 6 Millionen Frank. Im Laufe der Jahre hat sich das allerdings umgestaltet. Mit der Zurückziehung der Engländer aus Marokko ist ihr Handel nicht unerheblich zurückgegangen, er betrug im Jahre 1909 nur noch 57 Millionen, der französische Handel dagegen war von 80 auf 82 Millionen und der deutsche von 6 auf 14 Millionen gestiegen. Nun soll gar nicht bestritten werden, daß Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vernünftiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind, daß, wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltig stiege und damit auch große Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen. Das eine glaube ich aber in erster Linie postulieren zu müssen:

Wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik, wie ich das später darlegen werde, feindselig gegenüberstehen und wie sie jetzt betrieben wird, feindselig gegenüberstehen müssen, wir haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen kann, wie die jedes anderen Staates (Lebhafte Zustimmung), daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfolgen dürfen, daß keiner dem anderen vorgezogen wird, keiner seine Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen, wie man das ja — und das ist die Hauptursache des Konflikts — der französischen Regierung vortreibt, indem sie die Bestrebungen deutscher Interessenten, in Marokko Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hintanzuhalten sucht.

Es sind ja in allen solchen Fällen sehr verschiedene Kapitalistengruppen an diesen Ausbeutungsobjekten interessiert. Deutscherseits sind es vorzugsweise die Gebrüder Mannesmann und ihre Helfershelfer, auf französischer Seite ist es eine deutsch-französische Verbindung, die daselbst erstrebt, es ist Lehmann, Wollens-Gruppe und noch ein drittes weltfährliches Werk, es ist Schneider-Creuzot und eine große französische Firma in Rotterdam.

Diese beiden kapitalistischen Gruppen, deren Interessen sich ja in gewissem Maße gegenüberstehen, haben sich seit Jahren auf dem Boden Marokkos entschieden bekämpft, und die Mächte, die die Gebrüder Mannesmann über ihre Behandlung durch die Franzosen glauben erheben zu dürfen, haben dann in Deutschland die Marokkofrage aktuell gemacht. Nach 1904 machte Frankreich, gestützt auf England, ernste Versuche, sich in Marokko festzusetzen, es allmählich unter seine politische Oberherrschaft zu bringen, und die Differenzen und Streitigkeiten, die hieraus entstanden, veranlaßten den deutschen Kaiser im Frühjahr 1905, die berühmte gewöhnliche Reise nach Tanger zu unternehmen. Es war bisher nicht dagewesen, daß der Monarch eines der größten Staaten der Welt, der ersten Weltmacht, in einer solchen Frage, die keinerlei Lebensinteressen für die deutsche Nation berührte, eine Reise nach fernem Gebieten machte, um dort vor aller Welt zu zeigen, daß sein Land auch dabei sein wolle, daß es sich nicht zurückdrängen lasse, daß er dafür eintrete, daß die Unabhängigkeit des Sultanats und die Integrität seines Staates voll aufrecht erhalten werde; woraus dann die Marokkaner in ihren phantastischen Gedankenengängen eigentlich mit Recht schließen mußten, daß Deutschland jedenfalls mit Waffengewalt bereit sein würde, sie gegen die französischen Uebergriffe zu verteidigen.

Wir haben uns im Reichstag mit aller Energie gegen diese Reise gewandt und erklärt: Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden, sie dürfen keine Benachteiligung erfahren, aber wir haben und um die innere Entwicklung Marokkos nicht zu kümmern, das sind nicht unsere Interessen, und am allerwenigsten können wir zugestehen, daß es wegen dieser Dinge zu einem großen europäischen Konflikt kommt, der ungeheure Opfer an Menschen und Gut erfordern würde. Diese Ansicht beherrschte damals fast ganz Deutschland. (Sehr wahr!) Allerdings hatte die Tangerreise des Kaisers noch eine Wirkung: sie hat in der ganzen mohammedanischen Welt den Glauben erweckt, daß Deutschland der Schutzherr des Mohammedanismus sein wolle. (Sehr richtig!), daß Deutschland mit ihm sympathisiere, daß sein Schutzherr der sehr Marokko verprochen wurde, gegebenenfalls auch den anderen mohammedanischen Mächten zuteil werde. Diese Auffassung wurde auch dadurch begünstigt, daß der deutsche Kaiser 1907 oder 1908 eine Reise

nach Konstantinopel unternahm, dem Sultan einen Besuch machte, ihm schöne Geschenke mitbrachte, und solche von ihm in Empfang nahm. (Weiterkeit.) Damit war schon der Gedanke in der mohammedanischen Welt hervorgerufen, Deutschland ist unsere Schutzmacht, auf Deutschland können wir uns alle verlassen. Nun, der ganzen mohammedanischen Welt wird es in diesem Maße so ergehen, wie den Wuren mit der berühmten Kriegerdepeche (Weiterer Zustimmung) und einige Jahre vorher China im Frieden von Schimonoseki. Als China gegen Japan unterlag, und Japan dies dazu ausnutzen wollte, die Mandchurei mit Port Arthur einzunehmen, da wurde es darum durch die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Russlands verhindert. Dieses Dazwischentreten zwang Japan, ganz bedeutende Konzessionen zu machen und auf die Mandchurei mit Port Arthur zu verzichten. Es verstand sich ganz von selbst, daß von diesem Augenblick an Deutschland in ganz gewaltigem Ansehen in China stand, und daß damals China, wie später die Osmanen, eine Art Schutzherrschaft in ihm sah. Drei Jahre später hat Deutschland die Rechnung präsentiert in der berühmten Note von Kiautschau und im Boxerriege, da war es ja gerade der Weltmarktschall v. Waldsee, unter dessen Anführung die Deutschen in der Unterdrückung nicht nur des Boxeraufstandes, sondern auch noch bei manchen anderen, in China in einer Weise gewirkt haben, daß den armen Chinesen Hören und Sehen vergangen ist. Auch diese Illusion ist da zerstört worden.

Die Reise des Kaisers war also der Gegenstand von Erörterungen im Reichstage. In der Thronrede nahm der Kaiser Bezug auf jene Reise. Es sei ihm darum zu tun gewesen, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht nur für unser Land, sondern überall in der Welt, jomeit seine Macht reiche. Aber die Vorgänge, die sich an seine Reise geknüpft hätten, hätten ihm gezeigt, daß es denn doch notwendig sei, Deutschlands Herrschaft zu verstärken. Darin klang die Sache aus. (Hört! hört!) Aber selbstverständlich kein Wort davon, daß man in Marokko etwas besonderes suchen wollte, im Gegenteil, Wilow erklärte am 6. Dezember 1905 im Reichstage ausdrücklich, nachdem er auseinandergesetzt, weshalb jene Aktion in Marokko unternommen wurde: „also

keine Gebietsverwerbungen in Marokko,

wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marokko als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko.“ Dieses „keine Gebietsverwerbungen“ müssen wir besonders im Auge behalten. (Sehr wahr!) Veranlaßt durch diese Tangerreise kam die berühmte oder berühmte Algierkonferenz, die vom 6. Januar 1906 bis Anfang April verammelt war. Die Diplomaten der verschiedenen Staaten haben die Akte beschlossen, mit der sie glauben, ein wahres Meisterwerk geschaffen zu haben. Deutschland hatte, mit Ausnahme Desterreichs, des brillanten Sekundanten, alle Mächte gegen sich. Es trug nichts davon. Allerdings hatten auch die anderen, namentlich die Franzosen, keine Ursache, sich besonders zu freuen. (Weiterkeit.) Der Hauptinhalt jener Akte war, daß Frankreich und Spanien als den nächstgelegenen und am meisten interessierten Mächten die Polizeigewalt in einzelnen Häfen Marokkos übertragen wurde. Es wurde auch eine Bank geschaffen, denn, wo man auf Raub ausgeht, muß selbstverständlich zuerst eine Bank da sein (Weiterkeit), und durch Schulden kriegt man die Staaten erst in die Gewalt. Ferner wurde festgesetzt, daß die Ausübung von Staatsarbeiten allen Mächten in gleicher Weise aufstehen und kein Unterschied zugunsten irgendeiner Macht gemacht werden solle.

Die Gebrüder Mannesmann stützten sich darauf, daß sie von dem damaligen Sultan Abdul Aziz angeblich eine durch Gesetz bekräftigte Konzession von Bergwerksrechten erlangt hätten. Sie forderten, daß diese Konzession in volstem Maße aufrecht erhalten werde, was weder die Algierkonferenz noch, als später diese Forderungen im Reichstage zur Erörterung kamen, die Reichsregierung irgendwie anerkannte. Das hat in hohem Maße dazu beigetragen, die Dinge zu verschärfen. Mannesmann und Konsorten, die die großkapitalistischen Unternehmer in Rheinland-Westfalen hinter sich hatten, wählten mit aller Gewalt, daß diese sich auf, ich glaube, 50 000 Quadratkilometer, also fast auf eine Fläche so groß wie Süddeutschland, erstreckende Bergwerkskonzession voll aufrecht erhalten werde. Sie forderten ein Vergeltung noch europäischem Muster, das durch die Konferenz von Algier bestätigt werden sollte, aber es zeigte sich, daß man dort nicht geneigt war, die Auffassung Mannesmanns zu teilen. Nun aber stellte sich heraus — wie es andernfalls die Deutschen ganz ebenso gemacht hätten, vielleicht nur energischer —, daß Frankreich alles aufset, sich Marokko ganz zu unterwerfen. Es entstanden Unruhen in Marokko, es ist furchtbar leicht, in einem solchen barbarischen Lande Unruhen anzuzetteln. Wenn auch der Marokkaner ein Barbar ist, so ist er doch für Ilgenbes Geld sehr zugänglich, weil er keines hat. (Weiterkeit.) Ein goldenes Zwanzigfrankstück ist für ihn ein sehr bedeutender Beut und wenn eine Macht an dem Entstehen von Unruhen inbessert ist, um den Vorwand zu Interventionen zu haben, dann wird sie mit der Anwendung von ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Frank nicht zögern. (Sehr richtig!) Anwieviel das geschah, weiß ich nicht. Ich will nur andeuten, daß es gar keine Kunst ist, nach Belieben Unruhen hervorzurufen in einem solchen Lande. Es kam die Besetzung von Udschda, die Besetzung von Casablanca unter einem ganz nichtigen Vorwand, die Franzosen wüteten barbarisch gegen die Einwohner der Stadt, es wurde, besonders in Deutschland, eine Intervention verlangt. In den ersten Anfängen der Marokkofrage war übrigens gerade in Deutschland die Frage sehr aktuell, ob nicht gerade Casablanca ein deutscher Hafen, eine deutsche Flotten- oder Kohlenstation werden sollte. Diese Absicht ist nachher verschwunden, ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade Casablanca der angreifbarste Ort im Falle eines Krieges gewesen wäre. Man mag das sehr rasch begriffen haben und ist daher von der Absicht, Casablanca zu besetzen, zurückgekommen.

Mittlerweile wurde Abdul Aziz von seinem Bruder Mulai Saffid gestürzt. Eine ganze Anzahl Stämme waren damit aber nicht einverstanden. Sie opponierten und griffen zur Gewalt. Kurz, die Dinge wurden in Marokko allmählich sehr ungemütlich, und nun glaubte die deutsche Regierung noch ein besonderes Abkommen mit Frankreich treffen zu müssen, das, nach ihrer Ansicht, in höherem Maße als die Algier-Akte, die Interessen Deutschlands auf der einen, Frankreichs auf der anderen Seite zu sichern. Es sollte gleichsam eine Scheidelinie gezogen werden, nach der sich die beiden Mächte voneinander zu halten hätten. Das war der Vertrag vom 9. Februar 1909, das deutsch-französische Abkommen, das dekoriert wird als Fortsetzung im Geiste der Algier-Akte, daß sie aber dabei vollständig gerührt. Dieses Abkommen ist in seinem ganzen Inhalt außerordentlich wichtig, namentlich bei den Dingen, die sich in der Marokkofrage in neuester Zeit ereignet haben.

In diesem Abkommen erkennt Deutschland Frankreich gegenüber an, daß Frankreich besondere politische Interessen in Marokko wahrzunehmen habe, die für Deutschland nicht in Frage kommen; andererseits erklärt Frankreich, daß es den wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands und seinen Industriellen nach keiner Richtung Abbruch tun wolle. Es schien also haben und drängen Ginzlang zu herrschen. Im Reichstag waren die Vertreter

aller bürgerlichen Parteien mit dem Abkommen einverstanden. Der Reichstagspräsident Fürst Bismarck führte aus, daß in beiden Ländern das Bedürfnis nach Beseitigung des Gegenstandes hervorgetreten sei und sagte: „Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben, Frankreich, das dort sehr natürliche und begründete Interessen besitzt, dauernd Schwierigkeiten zu bereiten?“ Dem Vertrag hat der Reichstag seine Zustimmung gegeben, die Vertreter aller Parteien haben ihn begrüßt. Der Führer der Nationalliberalen, Wasser mann, führte aus, gewiß würde man in Frankreich Befriedigung empfinden; der Vertrag werde aber auch vorteilhaft für das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitragen, beide Nationen einander näher zu bringen. Ich lege Gewicht auf diese Äußerungen Wassermanns aus dem Jahre 1909, weil er im Jahre 1911 eine stark abweichende Meinung vertreten hat.

Nun, dieser Vertrag hat die Wirren in Marokko und die Unzufriedenheit der Großindustriellen nicht zur Ruhe gebracht. Insbesondere waren es die Brüder Raunesmann, die behaupteten, es werde ihnen auf Schritt und Tritt durch die französische Regierung Schwierigkeiten bereitet. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Vertrag Frankreich eine sehr günstige Position in Marokko einräumte. Frankreich habe politische Interessen in Marokko. Was heißt das? Das zu erklären, steht die Macht zu, welche diese Interessen besitzt. In der Auslegung der politischen Interessen kann sie bis zur Schutzherrschaft gehen, wie in Tunis, und es ist leicht möglich, daß die französische Regierung soweit gehen wolle. Aber dazu müßten Vorwände geschaffen werden. Die Marokken hörten nicht auf, sie wurden sogar stärker und härter, und wenn man den französischen Schilderungen glaubt, war der Nachfolger von Abdul Aziz der Sultan Mulay Hafid ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestürzt zu werden. Frankreich war daran interessiert, daß das nicht geschehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Marokkanern nach Bes antraten, angeblich um den Sultan vor seinen Unterthanen zu schützen. Der Gedanke war wohl, sind wir erst da, dann werden wir ja weiter sehen, und auch sehen, ob wir überhaupt wieder herausgehen.

Dieses Vorgehen machte in Europa natürlich Aufsehen; man sah, daß die Sache ernst war, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann von dieser Macht auch Gebrauch machen werde. Es wurde also deutschseits und spanischseits dagegen protestiert. Die Spanier entdeckten jetzt auch, daß sie in Marokko interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaubt, an der Entwicklung in Marokko mitzuwirken, so die Spanier, denen es ja direkt vor der Nase liegt. Nur hatte Spanien nicht die Macht dazu. Spanien trat aber in sehr dreister Weise auf, die in starkem Mißverhältnis zu seiner Macht stand, und Frankreich behauptete, dahinter stehe Deutschland. Im Juni 1911 erklärte der Minister Cruppi in der französischen Kammer, die Franzosen seien nach Bes gegangen, weil der Sultan sie gerufen habe, die Lage sei kritisch gewesen, der englische und deutsche Konsul hätten die Franzosen zu ihrem Vorgehen beglückwünscht, sie seien beitrete, entsprechend der Algierkonvention die Handelsfreiheit zu schützen. Er sah also die ganze Sache als nicht sehr bedrohlich an. Anders die Alldeutschen. Sie begannen zu betonen, die Rolle, die Deutschland zugemutet werde, sei unwürdig, das dürfe man sich nicht gefallen lassen. Wozu habe man die ungeheure Armee und Flotte, wenn man sie nicht gebrauchen wolle, die Ehre der Nation stehe in Frage und dergleichen mehr.

Diese Aufforderungen wurden in gewissem Sinne unterstützt, als am 1. Juli unversehens der

„Panther“ vor Agadir

erschien und sich dort festlegte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß man im auswärtigen Amt zu Berlin sich vollständig bewußt war, was dieser Akt zu bedeuten hatte. Es war ganz klar, daß weder Frankreich noch England dazu schweigen und sich dies gefallen lassen konnten.

Nun wird man sagen, was haben denn Frankreich und England für ein Recht, Deutschland das zu wehren. Gewiß, sie haben dazu ebensowenig ein Recht wie Deutschland das Recht hat, nach Agadir zu gehen. Aber bei solchen Fragen kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht. Und nun sehen Sie sich einmal die Karte an. Agadir liegt im Südwesten Marokkos. Wenn von Deutschland ein Schiff dorthin will, muß es durch die Nordsee und den Kanal. Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir ist also von Frankreich und England begleitet und beide Staaten haben es in der Gewalt, jedes Vorgehen dorthin, wenn es zur Gewalt kommt, zu unterdrücken. Ob unsere Macht dazu ausreicht, das durchzuführen, ist mir mehr als fraglich.

Daß aber das ganze Objekt, das in Frage kommt, die ungeheuren Opfer auch nicht im entferntesten wert ist, das sieht für uns alle sehr und klar.

(Lebhafte Beifall.) Das ist das Entscheidende. Wir können uns ganz unmöglich auf eine so gewagte, unheilvolle, geradezu verrückte Politik

einlassen (Lebhafte Zustimmung), wie sie hier von den Alldeutschen verlangt wird. Es muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden.

Auch ich frage mich: wie kommt man nur dazu? Darauf wurde am 3. Juli offiziös eine Note veröffentlicht, in der es hieß, daß deutsche Firmen in Südmarokko in der Umgegend von Agadir von einer gewissen Unruhe über die Görung unter der dortigen Bevölkerung erfaßt seien, daß sie bei der Regierung um Schutz gebeten hätten, denn man ihnen nicht versagen könne. Deshalb habe man den „Panther“ nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wieder hergestellt seien, solle das Schiff den Hafen wieder verlassen.

Wie war nun das Echo im Lager der Alldeutschen und Nationalliberalen? Die „Aheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt: „Hurra! eine Tat, endlich, nach mehr als 20 Jahren, kommt Deutschland dazu, zu zeigen, daß es auch noch auf der Welt ist.“ Weiter hieß es, daß, wenn man sich mit den Franzosen über die Aufteilung Marokkos (Hört! hört!) nicht verständigen könne, dann müsse der „Panther“ in Agadir dieselbe Wirkung haben, wie einst die Kaiserliche Flotte für den deutsch-französischen Krieg von 1870. (Hört! hört!) Ganz dieselbe Tonart haben eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern angeschlagen. Nun war mir das folgende ganz besonders auffällig. Anfang Juli meldete die „Aheinisch-Westfälische Zeitung“, daß eine Umfrage unter den führenden Großindustriellen, nationalen Politikern, Männern der Wissenschaft und älteren Offizieren über die Marokkofrage veranstaltet worden sei. Da hätten sich besonders die führenden Großindustriellen in der Hauptfrage für ein aktives Einschreiten in Marokko ausgesprochen, für einen Ausgleich, für eine Nachverteilung zugunsten Deutschlands.

Hier haben wir also die Kriegsheter.

Das sind die Kreise, die die ganze Kriegssache in Szene gesetzt haben, die eine ungeheure materielle Macht hinter sich haben, die eine ganze Reihe von Zeitungen, und die das Ohr der Regierung haben. Und nun kam Wasser mann und redete auf einem Fest in Westfalen im Kreise Solingen-Kempe-Mittmann. Ich gebe offen zu, daß mich das sehr überraschte, was er ausführte, nämlich daß wir fernherhin nicht mehr in Marokko zurückstehen dürfen, daß wir verlangen müssen, daß eine Einflußsphäre gesichert wird, die unserem Ansehen und unseren Bedürfnissen entspricht. Er äußerte sich dann sehr schwach über die Räder des Wächters und sagte, daß sehr wenige Männer ein so großes Verlangen entgegengebracht würde, wie gerade ihm. Ja, Räder des Wächters gilt in den Augen eines Teils unserer Prozentpatronen geradezu als ein zweiter Bismarck. Ich glaube, er glaubt das auch selbst von sich (Weiterkeit), obgleich Bismarck einen so

Bismarck Streich,

wie die Entsendung des „Panthers“, nie und nimmer gemacht hätte. Ueber den Standpunkt Bismarcks in dieser Frage haben wir authentische Auskünfte. Als 1881 die Marokkofrage im Vordergrund stand, äußerte sich Bismarck dem Fürsten Hohenlohe gegenüber: „Lassen Sie die französische Regierung wissen, daß wir ihrem Vorgehen in Marokko kein Hindernis in den Weg legen.“ Und dem Fürsten Hohenlohe gegenüber erklärte er weiter: „Wir haben ein großes Interesse daran, daß Frankreich vom Rhein abgezogen wird, daß wir dort Ruhe und Frieden haben. Wenn Frankreich in Marokko engagiert ist, da wird es dort beschäftigt und Soldaten und Geld brauchen, um Marokko unter die Fuchtel zu bringen, das kann uns nur nützlich sein.“ Er erklärte dem Gesandten in Berlin gegenüber, Frankreich solle nur in Tunis zugreifen, trotz Italien; Deutschland werde kein Hindernis bereiten. Als dann der Militärbevollmächtigte von Petersburg nach Paris kam und mit dem dortigen Gesandten konferierte, berichtete er von der außerordentlichen Freundlichkeit, mit der er vom alten Kaiser und Bismarck empfangen sei. Bismarck habe gesagt: „Wenn Sie auch in Tonking vorgehen wollen, wir haben nichts dagegen, ob Sie den Krieg zu Wasser und zu Lande führen, machen Sie es, wie Sie es wollen, wir wünschen Ihnen viel Glück und sind ganz einverstanden (Hört! hört!) Also nach drei Seiten hatte der salbete Bismarck die französische Weltpolitik zu engagieren gesucht. Er hatte nicht unrecht. Was haben Tonking und Tunis Frankreich schon gelöst? Was wird Marokko noch kosten? Auf Jahrzehnte hinaus wäre Frankreich gar nicht in der Lage, irgendein entscheidendes Wort in Europa mitzusprechen, gegenüber Deutschland erst recht nicht, wenn es in Marokko erheblich festgelegt ist.“

Ganz im Gegensatz zu seiner Anschauung vom Jahre 1906 und zu seiner Anschauung vom Jahre 1909 erklärt jetzt Wasser mann unter großem Beifall, es könne kein Gedanke daran sein, daß wir uns mit Kompensationen von Kolonien in Kongo oder in Kamerun, oder wie sie heißen, begnügen können für die wirtschaftlichen Interessen, die in Marokko auf dem Spiele stehen. Das war doch klar und deutlich. Das heißt, wir müssen in Marokko Kompensationen bekommen, wir müssen einen Teil in unsere Hände bekommen. Als ich das las, war ich ganz verblüfft, ich sagte mir: Wasser mann ist doch ein vernünftiger Kerl (Weiterkeit; Zuruf: Nationalliberal!), aber das schließt doch nicht aus, daß man geistig ist. (Große Weiterkeit.) Ja sagte mir, wie kann der zu einer solchen Sprache kommen? Wie ist das denkbar, auf welche Anregungen hin spricht er? Er muß doch ganz genau wissen, was das für eine

furchtbare Situation für Deutschland

wird, wenn in der Weise vorgegangen wird. Er muß doch wissen, daß mit der Festsetzung in Agadir notwendigerweise der Krieg zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite heraufbeschworen

wird. Und was der Krieg bedeutet, werde ich noch weiter klarlegen. Ja, da wurde mir sehr rasch Aufklärung zuteil: die „Braunschweigische Landeszeitung“ veröffentlichte Anfang August einen Artikel, worin sie in der schärfsten Weise gegen Räder des Wächters losging, worin sie sagt, daß Räder des Wächters große Hoffnungen erweckt, daß man sehr auf ihn gebaut habe, daß er aber plötzlich wieder zu rückgehupft sei. Auf einmal sei die Situation eine andere geworden; von der Zeit an, wo der „Panther“ nach Agadir gegangen, ließ Räder des Wächters nach seiner Seite hin zweifeln, daß er ungefähr auf dem Boden der alldeutschen Forderungen stehe, daß er, obwohl der Kaiser — der bekanntlich während der Zeit an der Küste Norwegens war — ihm nur aufgetragen hatte, nach einer ehrenvollen Lösung zu suchen, unter allen Umständen auf den Erwerb von Südwestmarokko bestehen würde. Nach dieser Richtung hin hat Räder des Wächters zu jedem gesprochen, auf diesen Vorschlag hin sind circa ein halbes Duzend Redakteure, Politiker — wahrlich nicht auch Wasser mann — in Berlin zusammengetreten (Hört! hört!) und haben erklärt, daß sie ihrerseits bereit wären, diese Pläne von Räder des Wächters zu unterstützen,

auf die Gefahr eines Weltkrieges

hin. (Lebhafte Bewegung.) Nun, wir werden im Reichstage Herrn v. Räder des Wächters zur Verantwortung ziehen. (Bravo.)

Daß England das Vorgehen in höchstem Grade mißfiel, ist ja konstatiert. In England erklärte daher Asquith in einer sehr prononcierten Rede, mit der Entsendung des „Panthers“ nach Agadir sei eine durchaus neue Lage aufgetaucht, die marokkanische Frage sei an einem Punkt angelangt, wo sie in wachsendem Maße Schwierigkeiten und Unruhen hervorgerufen werde. Er fügte hinzu, daß er zwar nicht an einen direkten Eingriff denke, er wolle aber konstatieren, wie England die Sache ansehe und gegebenenfalls handeln werde. Das ist auch die Auffassung der englischen Presse, zum Beispiel der „Daily News“. Was würde aber für uns daraus entstehen?

Ungeheure Kosten, die Gefahr eines Aufstandes im Hinterlande,

wozu Frankreich ja alles tun würde. Man muß sich fragen: Die Finanzen vernünftige Leute zu solchen Schritten kommen. Mag der Wunsch da sein, mag er tausendmal berechtigt sein, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft sehr liebe Wünsche versagen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen, was kostet er, kannst du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten tragen können? (Sehr gut!) Ich bin ja überzeugt, daß der Umschlag, den die deutsche Regierung bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise machte, bei Wasser mann sehr eigenartige Gefühle ausgelöst hat, daß sein Gesicht sich mißdeutend um ein viertel Meter verlängerte. (Weiterkeit.) Er ist recht gründlich blamiert worden; er hat ganz vergessen, daß in Deutschland doch nicht allein die Handvoll Großkapitalisten zu sprechen haben, sondern daß auch hinter der nationalliberalen Partei circa 1 1/2 Millionen Wähler stehen, die in ihrer großen Mehrheit kleine Gewerbetreibende, Bauern und leider selbst Arbeiter sind, und man muß doch auch mal fragen, was denn die dazu sagen würden. Freilich, diese große Masse ist stumm, sie redet nicht, aber sie kommt nachher um so mehr die

Dummheiten der Führer

zu kosten. (Lebhafte Zustimmung.) Mit jener Erklärung der „Braunschweigischen Landeszeitung“ war mir auf einmal klar, wie die Dinge standen. Dazu kam, daß während damals ein großer Teil der maßgebenden Presse nach der Landung des „Panthers“ schwieg — sie war zweifelhaft, sie wollte sich nicht engagieren, sie fürchtete, daß da etwas Böses herauskommen wird —, die Alldeutschen um so toller vorgehen und in der allerstärksten Weise hetzen. Nun, der Kaiser hat ja offenbar seinem Minister des Auswärtigen einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. (Sehr gut!) Wir werden im Reichstage vor allem festzustellen suchen, was denn

Herr v. Bethmann Hollweg für eine Rolle spielt

Der „Panther“ konnte doch nicht auf Befehl von Räder des Wächters nach Agadir geschickt sein, auch Herr v. Tirpitz konnte ihn nicht schicken, sondern das konnte nur Herr v. Bethmann Hollweg. Und nun wollen wir mal sehen, was der vorichtigste Kanzler, der Philosoph, dazu sagt. (Weiterkeit und Sehr gut!)

In England erregten ja bekanntlich die Vorgänge ungeheures Aufsehen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die ganzen alldeutschen Blätter, waren voll Jörn und Mut und ergingen sich in Keifeln, die

förmliche Majestätsbeleidigungen

enthielten. Genau so war es ja 1898 angefaßt des russischen Handelsvertrages, wo aus den Kreisen der Männer von

Befehl und Bildung Gunsterte und Tausende von Beleidigungen gegen Gavrioli und den Kaiser geschleudert wurden. Jetzt geht es in derselben Weise los. Man braucht nur den Artikel von Gorden in der „Zukunft“ zu lesen, der direkt dem Kaiser droht, wenn er nicht den Mut zu einem Kriege habe, dann werde die Nation zugreifen und ihre Politik durchsetzen. Das heißt, Mädchen Gorden droht mit der Revolution (Weiterkeit), wobei er, wie ich hoffe, den Führer abgeben wird. (Große Weiterkeit.) Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß eine Brigade gebildet wird mit dem Titel

„Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes“

(Weiterkeit), und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: „Retter des Vaterlandes“. (Erneute Weiterkeit.)

Die müßten dann vorausgeschickt werden die Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die an der Kriegssache beteiligt waren, die müßten mit ihren dem Vaterlande das Feld mit ihren Leibern decken. (Erneute große Weiterkeit.) Das würde uns imponieren. Aber ich habe den großen Zweifel, daß die Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen würden, ob sie im Kriegsfalle die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben würden. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat ja freilich die englische Regierung in unangenehmer Weise den Alldeutschen Oberwasser gegeben. Ich habe schon gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus steht und stehen muß, aber man braucht nicht so ungeschickt zu sein und einen Beschluß zu fassen, der einem Ultimatum an Deutschland verweigert ähnlich sah. Es brauchte nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die Friedensposaune geblasen, seine bekannte Rede halten, auf die ich hier nicht eingehen will. Sie wissen ja, welche Wirkung die Rede gehabt hat. Freilich hat einige Tage danach Asquith sich veranlaßt gesehen, zu dämpfen. Er hielt zwar noch wie vor seinen Standpunkt aufrecht, daß man alles aufbieten würde, um die Interessen Englands zu wahren, aber er erklärte zugleich, wenn außerhalb Marokkos Kompensationen zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden sollten, dann hätte England keinerlei Ursache, das zu verhindern oder sich in diese Dinge zu mischen, das sei einzig und allein Sache der beiden betreffenden Mächte.

Nun sind ja die Verhandlungen eingeleitet worden. Daß sie in ihrer ganzen Breite nicht veröffentlicht werden, begreife ich. Wenn eine große Gewerkschaft einen Kampf auf Leben und Tod mit der Kapitalistenklasse zu führen hat, und es kommt, bevor man losschlägt oder auch, nachdem man losgeschlagen hat, zu Verhandlungen, so wird man haben und drücken versuchen, die Sache möglichst nicht vor die Öffentlichkeit zu bringen, weil man sich sagt, unsere eigenen Leute könnten Forderungen stellen, die unsere ganze Stellung kontrefarrieren, sie könnten die Verhandlungen stören. Aber die Schweigepolitik, die man jetzt seit vielen Wochen in der Marokkofrage von deutscher und französischer Seite beobachtet hat, müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen.

Das können sich die Nationen nicht gefallen lassen.

(Erneute Zustimmung.) Wir müssen wissen, was dort in Frage steht. Die Grundzüge einer solchen Verhandlung hat ein Volk alles Recht, kennen zu lernen, denn es handelt sich schließlich doch um des Volkes Kopf und um des Volkes Geldbeutel. (Sehr richtig!) Da muß man schon beiseiten hincintreten können, ob da nicht zu weitgehende, ob nicht zu unvernünftige Forderungen gestellt werden, ob man nicht etwas tut, was die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert. Das Verlangen ist ja schließlich von allen Parteien gestellt worden. Alle Parteien verlangen nach dem Reichstage, sie verlangen, daß

Aufklärung gegeben

wird auch schon, bevor der Reichstag zusammentritt, durch die offiziöse Presse. Was heute hat man geschwiegen. Es entstanden allerdings falsche Gerüchte, die Beunruhigung hat immer weitere Kreise ergriffen, weil das lange Zurückhalten verdächtig war und weil man sich sagte, wäre man einig, so ginge man an die Öffentlichkeit. Man sagt sich: offenbar ist man nicht einig, wer weiß, was da heraus kommt. Wir haben ja gelesen, wie ein

Nun auf eine Reihe von Sparkassen

stattgefunden hat; wir haben sogar gelesen, daß der Direktor der Deutschen Bank sich veranlaßt sah, den Reichstagspräsidenten aufzusuchen und ihm zu sagen: die Sache wird bedenklich, wenn es länger dauert, können wir für nichts garantieren. Der Direktor der Deutschen Bank wird gesagt haben: Herr Reichstagspräsident, wenn Sie es noch nicht wissen, will ich es Ihnen sagen: wenn das Publikum seine baren Depositen aus den Banken zieht, dann können wir das Geld nicht zahlen, und wenn Sie meinen, daß wir nur mit deutschem Kapital arbeiten, dann täuschen Sie sich auch. 20 000 Millionen Mark deutschen Kapitals stehen zwar im Auslande in Unternehmungen aller Art, aber viele Hundert Millionen Mark französischen Kapitals stehen in Deutschlands. (Sehr richtig!) Unsere Banken arbeiten in einem sehr bedeutenden Maße mit französischem Kapital. Ich habe in diesen Tagen von einem Manne, der den Dingen nahesteht, der lange Jahre in Bankgeschäften tätig war, der die Situation zu beurteilen vermag, einen Brief erhalten, worin es heißt: „Es scheint richtig zu sein, daß Räder des Wächters am Sonnabendnachmittag einem Direktor der Deutschen Bank beruhigende Mitteilungen gemacht hat! Das war höchste Zeit, denn die deutschen Banken sind in äußerst schlechter Verfassung im Gegensatz zu den französischen. Es zeigt sich jetzt sehr deutlich die Uebermacht der Franzosen auf diesem Gebiet; sie können die Ungewißheit noch lange aushalten, wir nicht, die haben Geld wie Heu, wir aber haben wenig überflüssiges Geld und viele Schulden.“ (Hört! hört!) Das wesentliche ist, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie vielfach mit fremdem Kapital arbeitet. Das ist sehr erklärlich. Obwohl wir in den letzten 20 Jahren um 30 000 Millionen Mark reicher geworden sind, sind doch ganz kolossale Kapitalien investiert. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben eine ungeheure Ausdehnung erlangt. Gewiß sind französische, englische und amerikanische Kapitalien in Deutschland angelegt, aber andererseits gehen deutsche Kapitalisten ins Ausland, um dort ihre Gelder anzulegen, und ich sage offen: vielleicht die größte Gewähr für den Weltfrieden liegt in dieser internationalen Verflechtung des Kapitals. (Sehr richtig!) Diese Verflechtung macht einen Krieg zu einer ungeheuren gefährlichen Sache haben wie drüben, und es wäre Wahnsinn, wollte eine Regierung die Dinge auf die Spitze treiben. (Sehr richtig!)

Unsere Haltung den Vorgängen gegenüber hat natürlich in gegnerischen Kreisen wieder das

Geschrei von der Vaterlandslosigkeit

der Sozialdemokraten ausgelöst. Man hat auf unsere Haltung im Jahre 1870 hingewiesen, man hat gesagt, die Sozialdemokratie gelte sogar damit um, im Falle eines Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es fällt mir gar nicht ein, auch mir mit einem Wort darauf einzugehen. Ich habe dazu gar keinen Anlaß. (Sehr richtig!) Die Stellung im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Die Frage hat auf allen internationalen Kongressen seit langem eine große Rolle gespielt. In Zürich war es Nieuwenhuis, der neben einem Massenstreik zugleich einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität auch von der deutschen Partei niedergestimmt worden. Wir haben diese Frage später auf internationalen Kongressen gehabt, wir haben sie in Paris, in Amsterdam, wir haben sie zuletzt noch in Stuttgart gehabt, und auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir bedanken uns, und auf irgend etwas festzusetzen. (Sehr richtig!) Auf dem internationalen Kongress in Stuttgart insbesondere waren es die gesamten Franzosen von Herzog, von der äußersten Linken bis hinüber zu Larzels auf der Rechten, die verlangten, die internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg ausbrechen drohe.

einem allgemeinen Massenstreik zu unterstützen. Ich hatte damals die Ehre, mit Naale und Wolmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei (Sehr richtig!), daß es Verärgerung wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen. (Lebhafter sehr richtig!) Wir konnten uns nicht verständigen. Die Sache wurde einer Subkommission überwiesen, der wir drei angehörten, wie berichtet dort wieder mit den Engländern und Franzosen in Konflikt.

Wir haben ausführlich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, einer derartigen Resolution die Zustimmung zu geben. Und als man dann schließlich doch um jeden Preis es durchsetzen wollte, da habe ich namens unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache, zu beschließen, beschließt, was Euch gut dünkt, aber wir Deutsche machen nicht mit, wir wehren uns dagegen! (Bravo!) Da sagten sie: Ja, wenn die Deutschen in dieser Weise auftreten wollen, dann geht es eben nicht, denn mit den Deutschen müssen wir uns doch schließlich verständigen. Und so wurden wir drei beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten und der Kommission vorzulegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Kongreßprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongreß (Seite 65 und 66). Dort heißt es u. a.:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenschließende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufzüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir alle in gleicher Weise vorgehen sollen, sondern er besagt, und das ist der Unterschied zwischen uns und den Franzosen, daß es jeder Nation überlassen bleibt, in ihrer Weise zu handeln, wie sie es für gut hält oder wie es möglich ist. Das ist das einzig Richtige, was geschehen kann. (Zustimmung.)

Von der ganzen Frage macht man sich ja in ihrer tiefsten Bedeutung kaum eine rechte Vorstellung.

Wie werden denn im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten?

Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der Situation. Im Jahre 1893, als die große Militärvorlage auf der Tagesordnung des Reichstages stand, und wir Opposition machten, und namentlich auf die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges hinwiesen, da nahm der damalige Reichskanzler Caprivi das Wort. Caprivi war einer der deutschen Generale, aber nicht der erste an Bedeutung. Er erklärte: Allerdings, wenn Krieg wird, treten Heere in die Erscheinung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, wie sie kein General kommandiert hat; wie der Ausgang ist, weiß kein Mensch; was Deutschland betrifft, so wird ja am ersten Tage der Mobilmachung die gesamte kriegsfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann einberufen.

Das waren damals schon 4 Millionen Männer, heute würden es 4 1/2 bis 5 Millionen sein, und wenn man den Landsturm zweiten Aufgebots mit einberuft — und das wird geschehen — dann sind es 5 1/2 bis 6 1/2 Millionen Männer. Das ist ein ganz kolossales Aufgebot. Das ruft eine

Revolution in unseren gesamten sozialen Verhältnissen

herbor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu essen und zu heizen und zu leben haben. (Lebhafter Zustimmung.) Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott ansagen, weil ihnen jedes Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlt. Die Kurze erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelrenten gemacht werden. Der Ausfuhrhandel, der gewaltige Weltmarkt wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen kommen zum Stillstand.

Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken!

Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. Dann aber wird das die

allgemeine Hungernot

tatsächlich bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da fragen die Massen nicht nach Massenstreik. (Lebhafter Beifall.) Da schreien sie nach Arbeit und Brot. (Stürmische Zustimmung.) — So liegen die Dinge —, nach Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrien und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Die Massen der Gewerkschaften werden bankrott, sie können die Unterhaltungen nicht leisten, auch die Gemeinden nicht, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 15 Millionen Mark kostet, 1350 Millionen Mark in einem Monat.

Und stellen Sie sich den Krieg selbst vor mit der ungeheuren technischen Entwicklung der Repetiergewehre, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit all den modernen Sprengstoffen und so weiter. (Ruf: Lustschiffe!) Als im vorigen Jahre in Esch-Lothringen die großen Kaisermander unter dem Feldmarschall Grafen Paeseler stattfanden, hat er am Ende erklärt: „das Mandter war sehr schön, aber gefragt habe ich mich doch, wenn es Ernst wird, wo bringen wir die Leiden unter, und vor allem, wo bringen wir die Vermundeten unter? (Lebhafter Hörschrei!) Da wird ja eine Stimmung erzeugt, von der wir uns keinen Begriff machen. 1904 habe ich dem Reichskanzler Fürst Bülow gesagt, wenn das kommt, dann steht die Ehre der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele.“

(Stürmische Zustimmung.) Und nicht wird es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft, (Lebhafter sehr richtig!) die da glauben, dadurch die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sie tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges. (Stürmische Zustimmung.)

Auch über die Aufbringung der Mittel habe ich mit Fachleuten gesprochen. Als 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, forderte Bismarck vom Reichstage 120 Millionen Taler. Ich hatte damals die Ehre im Reichstage zu sein. Wir haben uns der Zustimmung enthalten, warum ist bekannt. Diese 120 Millionen wurden ausgedoten zu einem Kurse von 88 bis zum Hundert, so

daß also, wer 100 Taler zeichnete, nur 88 zu zahlen hatte, und zugleich wurden 5 Proz. Zinsen zugesichert. Und das Resultat? Statt der 120 Millionen wurden nur 68 gezahlt. (Hört! hört!) Nun bin ich weit entfernt, die Zustände von damals mit den heutigen auf gleiche Stufe stellen zu wollen. Aber wie in Frankreich schon damals die Geldverhältnisse lagen, beweist, daß, als am 17. Juni von der französischen Kammer 700 Millionen Franc für den gleichen Zweck gefordert wurden, diese Summe von der französischen Börse und dem französischen Volk bis auf den letzten Heller aufgebracht wurde. (Hört! hört!) Jetzt würde es sich für's erste um einen Betrag von mindestens 1500 Millionen handeln. Nun haben wir ja das Goldbänkelein im Juliusturm (Heiterkeit), 120 Millionen Mark. Das würde gerade für drei Tage reichen. Nun kann man ja die Notenpresse in Bewegung setzen, und das wird auch geschehen. Man geht nicht auf sich ja schon jetzt an das Papiergeld. (Heiterkeit.) Aber die Deutschen sind eigentümlich, sie nehmen das Papiergeld nur, wenn sie wissen: wenn ich es zur Kasse trage, kriegt ich Gold dafür. Wenn aber die Notenpresse und die Papiermühle in Bewegung gesetzt wird, dann geht das nicht, wenn man dann das Papiergeld zur Kasse trägt, tritt die Diskrepanz zwischen Papier und Geld zutage. Ich habe das 1869 in Oesterreich erlebt. Als ich damals in meinem Patriotismus an den Rhein marschieren wollte (Große Heiterkeit) und kein Geld hatte, um von Salzburg bis zum Rhein zu kommen und mein Vormund mir zur Reife sechs Taler schickte und ungenügend glücklicherweise der Friede gekommen war, da habe ich mich sehr gefreut, als ich für diese sechs Taler zehn Taler in Papier erhalten konnte. (Große Heiterkeit.)

Wie es in Deutschland gehen wird, weiß man nicht. Ich habe mich gefreut — ich gestehe das offen —, wie ich die Angst sah, die auf die Kriegesgerichte hin entstand, wie die Leute nach der Sparkasse stürzten. Da sagte ich mir: das ist Euch ja oben gesund! Ihr habt das noch nicht durchgemacht. Wie viele haben denn 1870 den Krieg als urteilsfähige Männer erlebt? Wie hat Bismarck sich vor einem zweiten Zusammenstoß mit Frankreich gehütet! Manche sprechen so leichtsin von solchen Kriegen: mit Frankreich werden wir sehr schnell fertig. Urteilsfähige Militärs sagen, so leicht wie 1870 würden wir auf keinen Fall mit Frankreich fertig werden. Ueber all das, was wir damals aushalten mußten, wird in den Blättern nicht berichtet. Wer die Not, das Elend, die Arbeitslosigkeit jenes furchtbaren Winters von 1870/71 durchgemacht hat, der verlangt niemals nach einer zweiten Auflage. (Sehr richtig!) Und was kommt, wird unendlich größer, gewaltiger sein und in keiner Richtung mit dem 1870 war, zu vergleichen sein.

Darum Parteigenossen, fordere ich Sie auf, stimmen Sie der Resolution zu, die ich Ihnen vorgelegt habe, und Ihre Parteivertreter im Reichstage werden ihre Schuldigkeit tun und denen da oben sagen, was das Volk über sie und ihre Politik denkt. (Langanhaltender, rauschender Beifall.)

Vorsitzender Die: Eingegangen ist zur Marokko-Resolution folgendes Amendement:

Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit:

Erstens nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: sowie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.

Zweitens im dritten Passus im ersten Satz nach den Worten: „Die Einzigen, die haben und bräben an dieser Verheerung verschiedener Kulturvölker“

hinzuzufügen: und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

Drittens nach dem vierten Passus der Resolution hinzuzufügen:

ferner aber ist es gerade das Betrüben zu Wasser und zu Lande, das unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Kulturwelt jetzt schwebende Kriegsgefahr sind also in letzter Linie diejenigen Klassen und Parteien verantwortlich, die den Klassenkampf unermüdet unterstützen, vor allem die Partei des konservativen Junkertums und des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgeben haben.

Viertens im fünften Passus des ersten Satz so zu gestalten: Der Parteitag weist mit Empörung nicht nur alle Kriegshetze zurück, sondern auch jede auf dem Wege des diplomatischen Vänderschwand erzielt Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands.

Rosa Luxemburg. Gustav Hoch. Clara Zetkin.

Rosa Luxemburg

begründet den Zusatzantrag. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich ja vollkommen im Geiste dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese und sehr wichtig und wesentlich dünkenden Punkte unerwähnt gelassen hat. Es ist ja bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was sich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. (Ja also!) Warten Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere parteiliche Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig, und sie kann nur als solche in Betracht gezogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein Leitstern in der Massenagitation gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen in Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Militärs, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution abdrucken werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausreichen und alle wesentlichen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unseren Rednern und unserer Presse richtunggebend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgesprochen wird, was für die Sozialdemokratie von Wichtigkeit ist. Deshalb halten wir es für notwendig, daß gleich beim ersten Anlauf, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturvölkern protestiert wird, gleichzeitig erklärt und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturvölker sind, was zwar für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausgedrückt werden soll und muß. (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns genau so wenden müssen, wie gegen einen Krieg unter Kulturvölkern.

Ferner ist unerwähnt geblieben, wohl nur aus Versehen oder in der Absicht, sich möglichst kurz zu fassen, daß wir gegen die Machenschaften kapitalistischer Cliquen in der Kolonialfrage nicht nur deshalb protestieren, weil sie so schädlich für die Interessen der Arbeiterklasse sind, sondern weil sie auch die vitalsten Interessen der Eingeborenen in den Kolonialländern beeinträchtigen werden. Ferner sind im Absatz 4 als einzige Ursachen der Kriegsgefahr die Intrigen und die Spekulationslust einiger großkapitalistischer Cliquen angeführt, und es ist unerwähnt geblieben — ein Standpunkt, der uns außerordentlich wichtig und wichtig ist in unserer allgemeinen Agitation gegen den Militarismus —, daß nämlich die Klärungen auf sich eine gefährliche Erscheinung sind, daß gerade durch das Betrüben die Kriegsgefahr nicht beseitigt sondern noch gesteigert wird.

In der Resolution fehlt auch der Zusammenhang zwischen der Marokkoangelegenheit und der allgemeinen Frage des Militarismus, die voneinander nicht zu trennen sind. Insbesondere halten wir es für notwendig, die Spitze der Resolution nicht bloß gegen diese paar kapitalistischen Cliquen zu richten, sondern gegen diejenigen politischen Parteien, auf denen die Verantwortung für die jetzige Kriegsgefahr und für die ganze Gefahr überhaupt lastet, gegen jene Parteien, die den Militarismus unterstützen,

denn mit ihnen haben wir ja mehr und direkter zu tun, als mit jenen wenigen kapitalistischen Cliquen, die hinter den Kulissen Drahtzieher sind.

Und endlich ist es außerordentlich wesentlich, daß sich die Resolution in ihrer jetzigen Fassung ausschließlich gegen eine Kriegsgefahr wendet. Eine Kriegsgefahr kann etwas bloß Vorübergehendes sein, es können aber Erscheinungen eintreten, die, ohne daß ein Krieg ausbricht, für uns genau so schädlich und gefährlich im allgemeinen Sinne sind: Das ist vor allem eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes in friedlicher Weise, durch einen gewöhnlichen Diplomatenhändler hinter dem Rücken der Nation und ihrer gesetzlichen Vertreter. Deshalb glauben wir, daß die von uns vorgeschlagenen Einschaltungen so wesentlicher Natur sind und sich andererseits so organisch und harmonisch an die Resolution anschließen, daß ihre Annahme unbedingt notwendig ist, und daß sie uns erleichtern werden die Ausnutzung der vorigen Resolution als Grundlage für eine umfassende, die Massen ergreifende Agitation sowohl gegen die spezielle Marokkofrage als gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik im allgemeinen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitag.)

Dr. David:

Ich beantrage, nicht in eine Debatte über das Referat Webers einzutreten (Sehr gut!), sondern die von ihm vorgelegte Resolution ohne Debatte einstimmig anzunehmen. Sie hat uns einige Tage vorgelegen und ist nach allen Richtungen hin wohl überlegt. Sie haben die Begründung durch Weber gehört, und wenn jemals, so ist diesmal der gesamte Parteitag mit dieser Begründung vollkommen einverstanden. Er hat das schon durch seine Zustimmung kundgegeben. Es würde die Wirkung unserer Stellungnahme nach außen abschwächen, wenn irgend eine Diskussion eintreten würde. (Sehr wahr!) Die Wirkung nach außen kann nicht stärker sein, als wenn wir der Resolution einstimmig ohne Debatte unsere Zustimmung geben. Es würde aber unbedingt eine Debatte zur Folge haben müssen, wenn wir die Amendements mit in die Abstimmung hineinnehmen würden. (Sehr richtig!) Wir haben die Amendements nicht gedruckt vor uns, sie wurden uns nur vorgelesen, das ist bei einer so wichtigen Entscheidung kein Verfahren, das wir verantworten können. (Sehr wahr!) Ich will nicht auf die Begründung durch Frau Luxemburg eingehen, aber wenn man hier nebenbei damit zugleich die Kolonialfrage aufrollen zu können glaubt, so ist das unmöglich, daß das geschehen könnte ohne eine Diskussion, die nur geeignet wäre, den Eindruck unserer Marokkoabstimmung in der gegenwärtig vorliegenden aktuellen Frage nach außen abzuschwächen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie, sich die Zusatzanträge anzusehen und sich die Abschwächung des Eindruckes unserer Kundgebung durch eine Diskussion zu vergegenwärtigen. Dann werden Sie Ihre Anträge zurückziehen. Ich glaube, der Parteitag hat in seiner überwältigenden Mehrheit die Absicht, der Resolution Webers ohne weiteres seine Zustimmung zu geben. Das wird nach außen hin die denkbar kraftvollste Demonstration in der gegenwärtigen wichtigen und kritischen Situation der Weltpolitik sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Die: Ich entnehme aus den Ausführungen Davids, daß er eigentlich den Schluß der Debatte beantragt. (Zustimmung.) Ich nehme an, daß er für den Schluß der Debatte gestimmt hat.

Dr. Liebmann spricht gegen den Schluß der Debatte: Ich habe eben noch ein neues Amendement eingebracht. (Anruhe.) Es handelt sich um einen wichtigen Punkt, um eine Ergänzung der Resolution und eine Ergänzung des Weberschen Referats. (Anruhe und Schlußrufe.) Ich vermittele in dem Weberschen Referat fast jeden Hinweis auf die Aktion der deutschen Massen, was sie bereits getan haben und was sie an Demonstrationen und Aufklärungstätigkeit noch weiterhin zu tun haben. (Schlußrufe und Aufse: Das wissen wir schon selbst!) Es ist unbedingt notwendig, daß in der Resolution der Massen nicht vergessen wird. Es wird gar nicht von der gegenwärtigen Aktion gesprochen und nur allgemein auf ein späteres Stadium hingewiesen. Um dieser Resolution eine unmittelbare Wirkung nach außen hin zu geben, muß mein Amendement angenommen werden. Die Massen draußen müssen aufgerüttelt werden. Sie müssen zu lebhaften Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg aufgerufen werden. (Aufse: Ist das zur Geschäftsordnung?) Wir können jetzt noch nicht Schluß der Debatte machen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Weber

nimmt das Schlußwort: Ich habe sehr wenig zu sagen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht alles enthält, was gesagt werden könnte. Ich bin mir auch sehr wohl bewußt, daß ich über die Marokkofrage fast 1 1/2 Stunden drei Stunden hätte sprechen können. Was aber in der Resolution fehlt, das haben die Genossen schon aus eigenem hinzugesetzt und werden es noch weiter tun. (Beifall.) Wie war mir darum zu tun, in aller Kürze die Hauptpunkte darzulegen, auf die es ankommt. Wenn der Parteitag die Resolution annimmt, dann spricht er deutlich aus, wie er denkt, und was weiter getan werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Die: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 71 und die vier dazu vorstehenden Amendements (Lebhafter Ruf: Die Amendements zurückziehen! — Ruf: Ach laßt sie doch!)

Die vier Amendements zu der Resolution des Parteivorstandes werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird die Resolution des Parteivorstandes über die Marokkofrage einstimmig angenommen. (Rauschender anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Die: Wir können jetzt zum Referat Webers über die Reichstagswahlen. Weber bittet aber, jetzt erst die Waisfeier vorzunehmen und dann sein Referat entgegenzunehmen. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Darauf tritt eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach der Pause erhält zum Punkte

Waisfeier

das Wort

Spannisch:

Die Verhandlungen über die Waisfeier gehören seit Jahren zum eisernen Bestand unseres Parteitag, und das war bisher notwendig, weil ja zeitweilig sehr verschiedene Auffassungen über die Art der Feier zur Geltung zu bringen versucht wurden. Nach dem Beschluß der internationalen Kongresse und nach den Beschlüssen unserer feierlichen Parteitage soll die Waisfeier am 1. Mai stattfinden und weiter ist beschlossen, daß die würdigste Form der Feier die Arbeitsruhe sei, wobei hinzugesetzt wird, daß sie dort durchzuführen ist, wo die Durchführung ohne bedeutende wirtschaftliche Schädigungen geschehen kann. Es gingen vielfach Bestrebungen dahin, sie zwar am 1. Mai vorzunehmen, aber ohne Arbeitsruhe, sie auf den Abend zu verlegen. Andere Bestrebungen gingen dahin, sie am Sonntag nach dem 1. Mai stattfinden zu lassen. Die Partei hat dem gegenüber immer daran festgehalten, daß die Feier am 1. Mai und, wenn möglich, durch Arbeitsruhe stattfinden muß.

Seit dem Nürnberger Parteitag ist in der Frage nach einer Aenderung der Waisfeier Ruhe eingetreten. Das Unterstufungswesen für die zufolge der Waisfeier Ausgesperrten haben wir dort zu regeln gesucht, und im vorjährigen Bericht konnte darauf hingewiesen werden, daß in der Mehrheit der Bezirke, die eingerichtet sind, um einen Waisfeierfonds für die Ausgesperrten zu schaffen, die Vorbereitungen dazu getroffen sind. Die Vorbereitungen sind jetzt weitergekommen und in einigen Bezirken ist die Bildung des Fonds vorgenommen, wenn er auch in den meisten Fällen noch nicht solche Höhe angenommen hat, um die bei größeren Ausperrungen auftretenden Ansprüche voll befriedigen zu können. Seit auf dem Waisfeier Parteitag die Verständigung zwischen den Gewerkschaften und dem Parteivorstand erfolgte, hat sie im mer größeren Umfang und immer schonere Formen ange-

kommen, die Gewerkschaften haben die Unterführung der Ausgesperrten anstandslos übernommen und Schwierigkeiten sind dadurch nicht entstanden. Im vorigen Jahre war die Maifeier an einem Sonntag, und wie nicht anders zu erwarten, fiel sie grobartig aus, aber auch in diesem Jahre, wo sie auf einen Montag fiel, konnten wir feststellen, daß sie an Umfang hinter der des Vorjahres nicht zurückstand, daß die Beteiligung an ihr viel mehr zugenommen hat. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges doch nicht so ausgesperrungslustig ist, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Depression, und wenn die großen Unternehmerverbände nicht durch Beschlüsse die Orts- und Bezirksverbände zur Aussperrung zwingen würden, so würden diese Unternehmer in ruhiger Verhandlung sich mit den Arbeitern über die Maifeier verständigen. Wir können also aussprechen, daß

die Maifeier große Fortschritte

gemacht hat, und daß auch die Verbandsleiter der Gewerkschaften durch Übernahme von Neben am 1. Mai sie außerordentlich gefördert haben, und daß heute vollkommene Harmonie über die Maifeier zwischen Partei und Gewerkschaften besteht und beide Körperschaften alles daran setzen, sie zu fördern. Ich sehe, daß ein Genosse den Kopf schüttelt. Er hat vielleicht in seinem engeren Distrikt andere Erfahrungen gemacht. (Sehr richtig!) Das ist möglich, aber im großen und ganzen, so weit die Leitung der Partei und Gewerkschaften in Frage kommt, bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Maifeier nicht mehr und wir können mit Freude feststellen, daß der Maifeiergedanke sich immer tiefer in die Herzen der arbeitenden Klasse Deutschlands einlebt.

Nun einige Worte zu den zur Maifeier gestellten Anträgen.*) Solche, die auf eine Abänderung der Form ausgehen, wie auf früheren Parteitag, sind diesmal nicht eingegangen — eine sichere Bestätigung dessen, was ich gesagt habe. Die Anträge richten sich gegen den Nürnberger Beschluß, der ja aufgibt, daß die Parteigenossen, die in Betrieben arbeiten, in denen ein Verlust ihres Tagesverdienstes durch die Maifeier nicht entsteht, diesen an den zu bildenden Maifeierbezirksfonds abzuführen haben. Die Durchführung dieses Beschlusses hat zu verschiedenen Mißheiligkeiten geführt, meistens in Betrieben, die der Partei unterliegen, und es sind darüber auch verschiedene Anfragen an den Parteivorstand gekommen. Wir können nur wieder erklären, daß die in unseren Betrieben tätigen Genossen verpflichtet sind, den Nürnberger Beschluß in vollem Umfange zur Durchführung zu bringen, solange er besteht. (Lebhaftes Sehr richtig!) Darüber, ob es zweckmäßig ist, ihn aufzuheben, enthalte ich mich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand jeder weiteren Bemerkung. Unter Umständen könnte man ja meinen, wir wollten, soweit wir selbst Angestellte sind, unserer Zahlungsverpflichtung los und ledig werden.

Antrag 30 will, der Parteitag soll aussprechen, daß gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern dem Beschluß nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Das ist heute schon klar, man ist bloß innerhalb der Bezirksorganisationen unternommen geworden und hat geglaubt, den Beschluß nicht mit voller Schärfe anwenden zu sollen. Die an den Parteivorstand deshalb gerichteten Anfragen sind stets dahin beantwortet worden, daß das Verfahren selbstverständlich einzuleiten und auch durchzuführen ist, eine andere Stellung konnte der Parteivorstand ja gar nicht einnehmen.

Der Antrag von Lübeck geht dahin, die Maifeierfrage auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen. Ich möchte Sie ersuchen, diesen Antrag abzulehnen. Bei der verschiedenartigen Stellung der verschiedenen Nationen zur Maifeier wird es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein, eine einheitliche Auffassung über die Durchführung der Maifeier herbeizuführen. Es muß hier ausgedrückt werden: die deutsche Arbeiterklasse, organisiert in der deutschen Sozialdemokratie und in der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, nimmt es mit gefassten Beschlüssen internationaler Kongresse sehr ernst (lebhaftes Sehr richtig!), und sucht sie bei jeder Gelegenheit nicht nur dem Sinne nach, sondern, ich möchte sagen, auch dem Wortlaut nach zur Ausführung zu bringen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß das bei anderen Nationen nicht der Fall ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Man begnügt sich dort mit Sympathieerklärungen und bestätigt die Sympathie auch bei Stämpfen, aber in der Befolgung internationaler Beschlüsse besteht ein Unterschied gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Da soll man vermeiden, Reibungsflächen in die Internationale hineinzutragen; wo eine einheitliche Auffassung über einen Gegenstand noch nicht vorhanden ist, ist es besser, ihn ruhen zu lassen. Mit dem Fortschreiten des Gedankens der Maifeier werden auch die Verhältnisse bei anderen Nationen sich bessern und die internationalen Beschlüsse auch dort in größerem Umfange und mit besserem Verständnis zur Durchführung gelangen.

Im großen und ganzen hat die Maifeier zufriedenstellende Fortschritte gemacht und auf dem nächsten Parteitage werden wir wohl über weitere Fortschritte des Gedankens der Maifeier als einer Rundgebung der Arbeiterbewegung berichten können. Deshalb bitte ich Sie, unter Ablehnung des Antrages 27, dem Antrage 30 insoweit zuzustimmen, als dadurch der in Nürnberg beschlossene Zustand in bezug auf die Schaffung des Maifeierfonds aufrecht erhalten bleibt. Würde der Nürnberger Beschluß aufgehoben, so würde sich dadurch der Antrag 30 von selbst erübrigen. Ich hoffe, daß auch die Delegierten über weitere Fortschritte der Maifeier berichten können und daß der Parteitag auch von der deutschen Arbeiterklasse immer mehr gefeiert, und zwar in würdiger Weise durch die Arbeitsruhe gefeiert werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Sämtliche zur Maifeier gestellten Anträge sind genügend unterstützt und stehen mit zur Debatte.

Lipinski-Leipzig:

begündet den Antrag 29: In Nürnberg ist der Antrag 30 beschlossen worden, obgleich die Vereinbarungen, die seine Voraussetzung sein sollten, noch nicht geschlossen waren. Er ist ein Gelegenheitsgesetz (Sehr richtig!) und zugleich auch ein Ausnahmegesetz. (Oho! und Zustimmung.) Die Partei hat bisher daran festgehalten, daß Verpflichtungen stets nur für die Gesamtheit der Parteigenossen, nicht für einzelne Gruppen geschaffen werden dürfen. Durch den Nürnberger Beschluß ist man darüber hinausgegangen. Man hat aber übersehen, daß der Beschluß nicht nur Partei- und Gewerkschaftsangehörige trifft, sondern auch zahlreiche

*) 27. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

28. Dessau, Hagen, 13 Genossen in Kottbus, Korb, der Gautag von Nordböhmen und des 18. sächs. Wahlkreises: Der Beschluß des Nürnberger Parteitages über den Antrag 30, betreffend die Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben.

29. 11., 12., 13., 14. und 16. sächsischer Wahlkreis: Der Beschluß 90 des Parteitages in Nürnberg ist aufzuheben. Sollte der Parteitag diesem Antrage nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaftlichen und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohn einbuße ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirksmaifeierfonds zugunsten der Maiausgesperrten eine Mark pro tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirksmaifeierfonds abzuführen. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist kein Anteil vom Jahreseinkommen abzuführen.

30. Hamburg III. Distrikt Ham m: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 30, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten.

In Fed Partei Beschäftigte Personen, namentlich Arbeiter die am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen können, aber keine Lohn einbuße erleiden. Der starke Widerstand gegen diesen Beschluß ist seither nicht gewichen. Will man von der Auffassung abgehen, daß die gesamte organisierte Arbeiterklasse für die Aufbringung der Mittel verantwortlich ist und will man einen Extrabeitrag von kleinen Gruppen erheben, dann muß man auch diejenigen in ihrer Totalität erfassen, die auf gleicher Stufe wie die Angestellten stehen. Der Nürnberger Beschluß wollte auch nicht, daß Partei und Gewerkschaft an Gehältern sparen, sondern daß ein Fonds für die Opfer der Maifeier geschaffen wird, er lautet aber, daß der Tagesverdienst an die Partei- oder Gewerkschaftskasse abzuführen ist. Danach kann der Beschluß nicht aufrecht erhalten werden. Mit den eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsangehörigen haben wir wesentliche Differenzen nicht gehabt, aber, wo in Parteibetrieben zahlreiche Personen beschäftigt sind, da ist es mitunter zu den größten Schwierigkeiten gekommen. (Sehr richtig!)

Und was soll mit den renitenten Genossen geschehen? Nach § 28 des Organisationsstatuts kann nur beharrliche Widerständigkeit gegen Parteibeschlüsse den Ausschluß nach sich ziehen, beharrlich heißt aber wiederholt. Es ist vorgelommen, daß Genossen, die den Tagesverdienst vor drei Jahren abgeliefert haben, diesmal nicht bezahlten, und umgekehrt. (Heiterkeit.) Schließlich kann man doch nur einen oder einige wenige Genossen ausschließen, aber nicht etwa eine große Anzahl von den in einem Parteibetriebe Beschäftigten. So kommt es dahin, daß durch den Nürnberger Beschluß nur immer schärfere Konflikte erzeugt werden. Wir beantragen deshalb seine Aufhebung, haben aber einen Eventualantrag gestellt, da wir annehmen, daß an dem Gedanken, die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen heranzuziehen, festgehalten wird.

Unser Eventualantrag will die unklare Fassung des Nürnberger Beschlusses beseitigen. Wir wollen alle Gruppen erfassen, den Arbeiterturnerbund, den Arbeiterradfahrerbund, die Konsumvereine, die Hilfskassen, die Zuschußkassen, die Angestellten in anderen Krankenkassen. Dann kommen noch eine große Anzahl von Arbeitern in Betracht, die am 1. Mai nicht arbeiten, aber an ihrem Lohn keine Einbuße erleiden. Es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, weniger als den Tagesverdienst abzuführen. Man denke da an arme Witwen mit Kindern, die als Aufwartestruen tätig sind, an kranke Arbeiter, die gerade in der Zeit um den 1. Mai einen Unterschluß gefunden haben. Wir wollen, daß der 1. Mai möglichst vollkommen gefeiert wird. Gerade darum aber müssen undurchführbare Bestimmungen aufgehoben werden.

Ludwig-Hagen:

Lassen Sie sich auf den Eventualantrag nicht ein, er vereinfacht die Sache nicht, er würde den Krieg nur weiter fortführen. Wenn Sie konsequent sind, dann müssen Sie den Nürnberger Beschluß aufheben, dann werden wir Frieden in unseren eigenen Reihen bekommen. Der Beschluß in Nürnberg ist ein Ausnahmengesetz. Geben wir das ruhig zu. Auch die Partei kann einmal einen Beschluß fassen, der nicht sehr glücklich ist. Geben Sie den Beschluß auf, damit wir freie Bahn haben.

Hense-Hamburg:

Ich möchte Sie bitten, alle zu diesem Punkt gestellten Anträge abzulehnen. (Sehr richtig!) Ich kann mich nicht der Ansicht von Lipinski anschließen, daß der Nürnberger Beschluß ein Ausnahmengesetz ist. Wenn wir Vergleiche ziehen zwischen den Angestellten und den Arbeitern, die trotz der Gefahr der Wahrgelung den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, dann sollten wir uns eigentlich schämen, daß hier beantragt wird, solche Opfer für die Zukunft nicht zu bringen. (Leb. Zustimmung.) Die Anträge kommen in der Hauptsache doch nicht von der Masse der Parteigenossen, sondern von Angestellten. (Sehr richtig!) Wenn es sich um die Vermittlung der Armen handelt, die ein sehr niedriges Einkommen haben, dann haben wir ihnen in Hamburg auf ihren Antrag stets die Beiträge erlassen, und das hat bei der Masse noch immer Verständnis gefunden. Wir Hamburger haben mit dem Nürnberger Beschluß sehr gute Erfahrungen gemacht, wir haben im ersten Jahre annähernd 11 000 M. für den Maifeierfonds vereinnahmt, und in diesem Jahre werden es weit über 12 000 M. werden. Gernügend haben bei uns nicht diejenigen, die wirtschaftlich am schlechtesten stehen, sondern diejenigen, die am besten gestellt sind, die Einkommen von 12 000 M. haben. (Hört! hört!) Lassen wir es bei dem Nürnberger Beschluß und erziehen wir unsere Genossen dazu, daß sie im Interesse der Allgemeinheit auch Opfer bringen. (Stürmischer Beifall.)

Stellung:

Ich bezweifle nicht, daß für die Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag schöne Motive maßgebend gewesen sind, aber wenn der Beschluß zu Mißheiligkeiten und Differenzen in der Partei Anlaß gibt, dann sage ich: die Einheit der Partei steht mir höher. (Sehr richtig!) Einige Worte zum Antrag 27. Wäre es richtig, daß die Maifeier immer größere Dimensionen annimmt, dann mühten wir den Antrag zurückziehen. Aber wir haben nicht die geringste Veranlassung, uns etwas vorzumachen. Vergessen wir nicht, daß zum großen Teil die Arbeitsruhe gar nicht durchgeführt wird! Es wird notwendig sein, die Maifeierfrage einmal auf dem nächsten internationalen Kongress anzuschneiden.

Durch das Abkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand wird der Maifeier nicht der Weg gebahnt, sondern dies Abkommen ist geeignet, der Frage den Schwanz stüdeweise abzuhacken. Die Mittel, die durch die Sammlungen aufgebracht werden, reichen nicht im entferntesten aus, und das ist ein Mangel für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Wenn die wirtschaftliche Konjunktur schlechter wird, dann werden die Unternehmer ganz andere Maßnahmen ergreifen, und dann sitzen wir fest. Wir müssen auch den ausländischen Genossen, die in Paris mit solcher Begeisterung für den internationalen Maifeiertag eingetreten sind, klar machen, daß die internationalen Beschlüsse auch für sie bestehen. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an, nicht nur um eine Klärung herbeizuführen, sondern auch im Interesse der Maifeier selbst.

Beus-Dessau:

Gewiß können diejenigen, die in Parteistellungen sind, besser feiern als andere, nicht nur, weil sie keinen Lohn verlieren, sondern vor allem, weil sie die Gefahr der Wahrgelung nicht riskieren. Daß der Parteivorstand sagt, er kann sich nicht äußern, denn er würde pro domo sprechen, kann ich nicht zugeben. Der Parteivorstand muß doch darüber erhaben sein, daß er in den Verdacht kommen könnte, daß er um der lumpigen paar Mark wegen nicht Stellung nehmen kann. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier gar nicht um die Geldfrage, sondern um entgegengesetzte Auffassungen über Gerechtigkeit. Wir kommen dadurch fortwährend in Differenzen, wir haben Wuchdruder gesagt, dies Jahr bezahlen wir um des lieben Friedens willen, aber das nächste Jahr bezahlen wir nicht mehr. Der Gastwirt, der Zigarrenhändler, der am 1. Mai nicht nur keine Einbuße hat, sondern sogar höhere Einnahmen, der braucht nichts abzuführen, in dem Beschluß ist darüber nichts gesagt. So haben wir denn anstatt des Erfolges nur Ärger und Verdruß. Wir haben seit 20 Jahren über die Maifeier schon soviel gezankt, daß wir keine Ursache haben, den Zank noch zu vermehren. Die großen Summen, die hier genannt worden sind, können in großen Städten auch durch lokale Abmachungen erreicht werden. Geben wir das Gewiß auf, dann geben wir den einzelnen Orten die Möglichkeit, ihrerseits Geldbeiträge am 1. Mai aufzunehmen. Der Beitrag wird hinter dem jetzigen nicht wesentlich zurückbleiben. Aber dann haben wir Frieden in der Partei. Diejenigen, die sich wehren, sind Leute von 10 000 bis 12 000 M. Einkommen, das kann sich nur beziehen auf die Direktoren der großen Einkaufsgenossenschaft in Hamburg. Sie sind so erhaben, daß sie sich den Tadel um unsere Beschlüsse kümmern. (Hört! hört!) Diese werden Sie nicht zwingen. Die Herren sind viel zu mächtig, als daß Sie sie zwingen können. Wollen Sie auch da

den Zank heraufbeschwören, wollen Sie auch sie ausschließen? Das gibt einen ewigen Krieg, den die Sache nicht wert ist. (Beifall.)

Lehmann-Dresden:

Ich möchte mit Pfannkuch wünschen, daß die Gewerkschaftsführer am 1. Mai Vorträge halten und Versammlungen veranstalten und dabei auf die Bedeutung der Maifeier hinweisen. Wir haben im vierten sächsischen Wahlkreise beschlossen, diejenigen auszuschließen, die sich weigern, den Maifeierbeitrag abzuliefern. Es waren 41. Am nächsten Tage erschien ein „Dresdener Anzeiger“, einem Blatte, das vom Reichsverband mitredigiert wird, unser Zirkular mit Bloßen versehen. (Hört! hört!) Eine große Anzahl hat dann bezahlet, andere weigern sich aber, andere geben vor, sie hätten am 1. Mai arbeiten müssen, und das waren Leute, die in der Arbeiterbewegung angeheilt sind. (Hört! hört!) Einer schrieb sogar, er wäre nicht gewissenlos genug, am 1. Mai die Arbeit niederzuliegen. (Hört! hört!) Wir erwarten, daß der Parteitag mit einer solchen Anschauung nicht einverstanden ist, und bitten um Annahme des Antrags Hamburg III. (Beifall.)

Simon-Nürnberg:

Ich habe in Nürnberg gegen den Antrag gestimmt, weil ich voransah, daß er ein Ausnahmesei ist. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, den Nürnberger Beschluß aufzuheben. Es läßt sich gar nicht feststellen, ob alle Parteigenossen gefeiert haben oder nicht. Gewerkschaftsbeamte haben erklärt, sie könnten nicht feiern, sie könnten ihr Bureau am 1. Mai überhaupt nicht schließen, sie mühten die Unterstellungen auszuhalten. In Magdeburg haben sich die Wuchdruder beim. Das gesamte technische Personal mit wenigen Ausnahmen geweigert, den Beitrag abzuliefern. Was wollen Sie machen? Wollen Sie sie alle ausschließen? Wenn Sie den Antrag auf Aufhebung des Beschlusses ablehnen, dann müssen Sie den Hamburger Antrag annehmen. Aber was dann geschieht, und ob da die Maifeier gefördert oder zu Grabe getragen wird, das müssen Sie verantworten. Wir mühten auch in Nürnberg einigen Genossen den Ausschluß androhen. Wir graut aber vor der Durchführung, weil ich nichts in die Partei hineinwerfen will, was uns auseinanderreißt, weil ich will, daß die Partei auch in dieser Frage einig und geschlossen dasteht. Nürnberger Gewerkschaftsangehörige haben den Durchschnittsvertrag ihres Jahreseinkommens ausgerechnet, und da nicht ganze Pfennige herauskamen, Pfennige durchgehakt und uns die Hälfte zugeschied. (Lebhaftes Hört! hört!) Da sieht man den Widerwillen. Wir kommen nicht zur Ruhe, wenn wir nicht den Nürnberger Beschluß aufheben. (Beifall.)

Vorsitzender Dies schlägt Vertagung vor und teilt mit, daß Bebel den Wunsch ausgesprochen hat, erst am Freitag sein Referat über die Reichstagswahlen zu halten. Wir haben heute morgen die wunderbare Frische unseres Bebel bewundert und können ihm die Pause wohl gönnen, damit er morgen wieder dieselbe Frische zeigt. (Beifall.)

Damit schließt die Vormittags-sitzung.

Nachmittags-sitzung.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Dieck macht Lipinski Leipzig dem Parteitag Mitteilung vom Ableben des alten Parteiveteranen Julius Köhling-Leipzig, der schon in Reich und Glied mit Vassalle gekämpft hat und in allen Stürmen, die über die Partei dahinzubrausten, getreulich seine Pflicht erfüllte. Der Parteitag ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Darauf wird in der

Diskussion über die Maifeier

fortgefahren.

Weiß-Potschappel:

Pfannkuch hat den besseren Besuch der letzten Maifeier auf die günstigeren Konjunktur zurückgeführt. Aber auch andere Momente haben mitgespielt, namentlich die Geschlossenheit, mit der der Parteivorstand und Generalkommission für die Maifeier eintraten. Aber unten wird noch vielfach Einigkeit bemerkt. Viele Führer der Gewerkschaften sind noch vielfach gegen die Maifeier. Es ist nicht immer aus Gerechtigkeitsgefühl wenn gegen den Nürnberger Beschluß protestiert wird. Vielfach liegt dem Protest Segnerschaft gegen die Maifeier überhaupt zugrunde. Sie muß noch energischer geführt werden. Nichts ist der bürgerlichen Gesellschaft fürchterlicher, als der Gedanke, eine von einem einheitlichen Willen durchglühte, einheitliche Arbeiterorganisation vor sich zu haben. Wenn Beiträge nicht gezahlt werden, so ist das ein Disziplinbruch. Unterstützungen sollte man überhaupt nicht zahlen. Wir sollten den Nürnberger Beschluß aufrecht erhalten und allgemeine Beiträge von allen Parteigenossen für den Maifeierfonds erheben.

Lüb-Hamburg:

Auch die Genossen, die früher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai waren, scheinen sich mehr und mehr damit ausgeöhnt zu haben, daß die Arbeitsruhe die beste Form der Maifeier ist. Nur der Antrag Lübeck, der abermals den internationalen Kongress mit der Maifeier befaßt will, scheint aus anderen Erwägungen hervorgegangen zu sein. Die Aufregung und Unentschiedenheit, besonders von Simon und Beus berichte ich nicht. Nach ihnen fehlt eine Spaltung der ganzen Organisation zu befürchten, wenn wir den Nürnberger Beschluß nicht aufheben und die Ablieferung des Tageslohns der Angestellten am 1. Mai vorgehen. Da muß es mit dem festen Gefüge der Partei nicht zum besten bestellt sein und dann könnte man vor den Kämpfen Angst haben, die uns noch bevorstehen. Weniger über Beus habe ich mich verwundert, als über Simon, den Führer einer Zentralkonferenz. Daß der so spricht, das ist doch stark. Oder will man die Partei schädigen? Nichts Sachliches hat gegen den Nürnberger Beschluß angeführt werden können. Nehmen Sie alle Anträge ab und lassen Sie es bei dem alten Zustand, sonst wird die Maifeier nur geschädigt.

Leinert-Hannover:

Wie will man die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses rechtfertigen, wenn man drauen in den Versammlungen die Arbeitsruhe für die beste Form der Maifeier erklärt? (Sehr richtig!) Ich verheide die Anträge einfach nicht. Wie können die, die aus den Beiträgen der Arbeiter befolgt werden, sich weigern, einen Tageslohn abzuführen? (Sehr wahr!) Eine Rechtsfrage ist die ganze Frage überhaupt nicht, denn wenn wir nach dem Recht fragen wollen, dann muß der Beschluß hochgehalten werden. (Zustimmung.) Von einem Gegensatz zwischen dem Nürnberger Beschluß und dem Organisationsstatut kann man gar nicht reden. Ich begreife nicht, daß dieselben Genossen, die sonst die größten Anforderungen an die sozialrevolutionäre Tatkraft stellen, hier für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten. (Zustimmung und Unruhe. Zurufe der Leipziger Delegierten: Beus!) Das sind dieselben Genossen, die den Massenstreik zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen verlangen, und die hier Anträge begründen, damit sie nicht selber am 1. Mai den Tageslohn abzuführen brauchen. Der Stank und Anstich, von dem Beus sprach, ist den Genossen zu verdanken, die ihn angefangen haben. Die Partei selbst hat damit nichts zu tun. Wenn von den paar Mark, die man am 1. Mai zu zahlen hat, die Einheit der Partei abhängig ist, dann muß es in der Partei außerordentlich schlecht bestellt sein. Statt sich gegen den Beschluß aufzuheben, sollte man den Genossen ein Beispiel der Disziplin geben. Es ist traurig, daß man so reden muß, so daß es aussieht, als wolle man sich bei der Waffe der Parteigenossen in ein gutes Licht setzen. Das ist bei mir nicht der Fall. Ich habe meine Meinung stets gegen die große Mehrheit, und wo ich es für nötig hielt, auch gegen die Gesamtheit vertreten. Aber ich mühte der Gerechtigkeit wegen feststellen, daß die Durchführung des Beschlusses nur an der Anständigkeit mancher Genossen scheitert. Seine Aufhebung wäre besämannend für den Idealismus der Angestellten und der Arbeiter der Parteibetriebe. (Lebhaftes Zustimmung.) (Schluß in der 2. Beilage.)

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lipinski-Weipzig:

Leinert hat sehr geschickt die Sache auf ein falsches Geleise geschoben. Meine Ausführungen betrafen nicht den von Peus. Es ist also keine Frage der Richtung, sondern der Organisation. (Sehr richtig!) Der erste Anwaltschaft wegen dieser Sache ist von den Gewerkschaften ausgegangen. (Zuruf: Sind das keine Parteigenossen?) Es sind die Buchdrucker gewesen. (Zuruf: Sind die Buchdrucker keine Parteigenossen?) Vom Buchdruckerverband sind wir gedrungen worden, seine Mitglieder einzustellen, ohne nach der Parteizugehörigkeit zu fragen. Wenn sie Parteigenossen sind, sind sie höchsten Zwangsparteiangehörige. Durch die paar lumpigen Mark, die wir damit bekommen können, wollen wir die Organisationsarbeit nicht fördern lassen. Unser Antrag ist von denen ausgegangen, die die Schwierigkeiten kennen, die der Nürnberger Beschluß hervorgerufen hat. Nach dem Weipziger Statut ist ein Kassenausschluß nicht möglich. Man kann wohl ein oder ein halbes Duzend ausschließen, wie aber hätten 300 Konsumvereinsangehörige ausschließen müssen (Hört! Hört!), die unter denselben Voraussetzungen in die Partei kommen, wie die Buchdrucker, nämlich erst, wenn sie angestellt werden. Die ganze Streitfrage schaffen wir uns vom Hals, wenn wir den unklar gefassten Beschluß beilegen. Nur etwa 40 Delegierte haben dafür gestimmt. Die Partei sollte aber jebiel Einsicht haben, einen undurchführbaren Beschluß aufzuheben. (Zustimmung.)

Sophie Cunenbach-Frankfurt a. M.:

Ich möchte Sie bitten, alle Anträge abzulehnen, die den Nürnberger Beschluß abschwächen. Es ist außerordentlich bezeichnend und traurig, daß dieser Beschluß überhaupt eine Erbitterung hervorrufen kann. (Sehr wahr!) Man spricht von der Erbitterung der Angestellten, wenn sie den Betrag absteuern sollen, nicht aber von der Erbitterung der übrigen Arbeiter, wenn sie den Verdienst absteuern sollen, während die Angestellten sich davon drücken. (Sehr gut!) So sollen es die Arbeiter auf. Man kann auch nicht sagen, daß die Angestellten am 1. Mai noch mehr arbeiten müssen als sonst, denn das trifft auf alle Genossen zu, die in der Arbeiterbewegung tätig sind. Unsere Arbeit erfordert natürlich Opfer an Zeit und Gesundheit, aber dazu gehört Idealismus. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, daß die Angestellten von 1000 M. Verdienst nur 1 M. abführen, denn dem Arbeiter, der vielsach noch weniger als 1000 M. im Jahre verdient, dem zieht der Unternehmer nicht etwa nur 1 M. ab, sondern der muß seinen ganzen Tagesverdienst opfern. Wenn wir den Nürnberger Beschluß aufrecht erhalten, dann müßte es doch mit dem Tausel zugehen, können wir ihn nicht durchführen. Wobin sollte es denn in einer Millionenpartei kommen, wenn die Disziplin in den vorbersten Reihen fehlt. (Lebhafte Beifall.)

Krupik-Dorimund:

Es wäre besser gewesen, wenn Densse von den 10 000 M. Gehältern nicht gesprochen hätte. Wo werden denn in der Arbeiterbewegung solche Gehälter bezahlt? (Zuruf: Großhandelskaufmannschaft!) Ebenjowenig trifft es zu, daß wir uns lediglich deshalb mit der Frage beschäftigen müssen, weil vielleicht einige Konsumvereinsangehörige sich weigern, den Tagesverdienst abzuführen. Schwierig wird die Frage nur deshalb, weil unter dem Beschluß auch diejenigen Arbeiter fallen, die in Parteigeschäften tätig sind.

Eine Anzahl von Wahlkreisen hat bereits Ausschlußanträge angenommen. Man weiß aber noch nicht, wie die Sache werden wird. Es kann doch jemand nur ausgeschlossen werden, wenn er sich beharrlich weigert, Parteitagbeschlüsse zu erfüllen. Die Buchdrucker könnten z. B. sagen, daß auch sie wirtschaftliche Nachteile zu befürchten haben. Schließen wir die Buchdrucker aus, so haben wir den Streit für immer in die Bewegung hineingetragen. Heute können wir die Frage noch nicht durch einen Beschluß erledigen. Wir müssen erst die Gewerkschaften hören. Ich schlage vor, daß wir die ganze Frage vertagen und den Vorstand beauftragen, mit der Generalkommission die Sache noch einmal zu prüfen und dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Müller-Trier:

Es würde nach außenhin einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn wir den Beschluß aufheben würden. Die Frankfurter wollten damals mit ihrem Antrage geradezu die Parteifeier erschöpfen. Es wäre ein großes Zeichen von Schwäche, wenn wir zusehen wollten, wie Parteitagbeschlüsse verhöhnt werden. Wir müssen alles daran setzen, daß die Parteifeier würdig vor sich geht. Gewiß bestehen große Schwierigkeiten, trotzdem muß der Beschluß durchgeführt werden. Wer in die Partei eintritt, hat sich zu fügen, auch wenn er ein Buchdrucker ist. Wenn er das nicht tut, dann muß er die Konsequenzen ziehen. Ich bin daher für den Antrag 30.

Schubert-Spandau:

Es handelt sich um keine Sonderbesteuerung. Es ist nur recht und billig, daß auch die Angestellten Opfer bringen, wenn z. B. die Arbeiter am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen und geradezu ihre Existenz gefährden. Aber in Kottbus haben die Genossen erklärt, daß sie den Beitrag nicht leisten wollen, und auch in Brandenburg haben die Buchdrucker behauptet, daß sie auf Grund des Tarifvertrages verpflichtet seien, den Tagesverdienst nicht abzuführen. Wir halten an dem Antrage fest; Disziplin muß sein. Die Arbeiter würden es nicht verstehen, wenn wir anders handeln würden. Lehnen Sie alle Anträge ab, sonst gibt es noch lauter Panik und halten Sie den Beschluß aufrecht, dann werden wir zur größten Einheit kommen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Müller-Frankfurt bestreitet auf das Entschiedenste, daß der Frankfurter Antrag gestellt sei, um die Parteifeier überhaupt abzuheben.

Densse-Hamburg: Lipinski scheint keine Ahnung von dem Umfange der Parteifeier in Hamburg zu haben. (Sehr richtig!) Nicht jetzt, sondern vor zwei Jahren haben die Genossen mit 12 000 M. sich geweiht, die Beiträge abzugeben.

Simon-Nürnberg: Ich weise auf das Entschiedenste zurück, daß die Anhänger der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses seine Aufhebung verlangen, weil wir nicht bezahlen wollen.

Peus-Dessau: In Dessau handelt es sich nicht um die Parteizugehörigkeit bei der Schwierigkeit der Durchführung des Nürnberger Beschlusses, sondern um die Arbeiter im Parteibetrieb.

Leinert-Dannover: Ich habe nicht von denen gesprochen, die hier die Anträge vertreten, sondern von denen da draußen, die, um mit Peus zu sprechen, Stank und Knatsch in die Partei gebracht haben.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch:

Gegen meine Feststellung der Fortschritte, die die Parteifeier gemacht hat, ist von keinem Diskussionsredner ein Einwand erhoben worden. Die Parteifeier macht Fortschritte und wird weiter Fortschritte machen. Selbstredend wird auch im nächsten Jahre ein Flugblatt zur Parteifeier erscheinen. Die Ausführungen verschiedener Redner zeigen, wie Recht wir vom Vorstande hatten, zur Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nicht Stellung zu nehmen.

Schon auf dem vorigen Parteitag hat Kollege Müller darauf hingewiesen, wie der Nürnberger Beschluß zu Ungerechtigkeiten führt. Wie auch der Parteitag sich entscheidet, die Parteileitung wird nach Recht und Gewissen den Beschluß respektieren und soweit an ihr liegt, zur Durchführung bringen. Gewundert habe ich mich, daß Lipinski die Möglichkeit bestreitet, auf Grund der Nichteinhaltung des Nürnberger Beschlusses ein Ausschlußverfahren zu eröffnen. Sicherlich kann in jedem Fall § 23 unseres Statuts zur Anwendung gelangen. Daß der Beschluß auf die Arbeiter der Parteibetriebe keine Anwendung findet, ist eine Ungerechtigkeit. Ich bin im Gegensatz zu Lipinski durchaus der Meinung, daß man von beharrlicher Weigerung sprechen kann, wenn nach mehrmaliger Ermahnung nicht bezahlt wird. (Sehr richtig!) Dem von seiner Organisation ausgeschlossenen steht ja der Instanzenweg offen, den unsere Parteileitung vorseht. Die Frage, ob bei der Parteifeier überhaupt keine Unterstützung gezahlt werden soll, würde uns wieder in die alten Debatten stürzen. Meines Wissens hat sich keine Gewerkschaft gegen die statutenmäßige Unterstützung zu zahlen. Gerade das Unterstützungswesen, wie es jetzt geregelt ist, ist das beste Bollwerk gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Es ist ganz selbstverständlich, daß unsere Parteigeschäfte den Parteitag bezahlen und daß sie den Betrag eines Tagesverdienstes nicht abziehen. Es steht dann im Ermessen der Parteigenossen, ob sie diesen Betrag zahlen und sich damit als gute Genossen deklarieren wollen oder aber die Bezahlung verweigern und dann die daran geknüpfte Rechtsfolge tragen.

Um der Legendenbildung vorzubeugen, muß ich mich entschieden dagegen wenden, daß hier von Partei- oder Gewerkschaftsangehörigen gesprochen wurde, deren Gehalt 10 bis 12 000 M. beträgt. Ich kann erklären, daß Gehälter von 6 000 M. nur an drei oder vier Parteiangehörige in den Redaktionen oder Parteigeschäften gezahlt werden, über diesen Betrag hinaus wird in der ganzen Partei kein Gehalt bezahlt, und so viel ich weiß, auch nicht bei den Gewerkschaften. (Zuruf: Da erst recht nicht, nicht halb so viel! Lebhaftige Zustimmung.)

Wenn Sie nun glauben, daß der bestehende Zustand länger ertragen werden kann, und daß der Nürnberger Beschluß von der Partei auch bis in die letzten Konsequenzen durchgeführt werden kann, dann müssen Sie gegen die Anträge stimmen. Erscheint Ihnen der jetzige Zustand als das größere Übel — dann müssen Sie die Anträge annehmen. (Beifall.)

Es wird abgestimmt. Antrag 27 wird mit 153 gegen 129 Stimmen angenommen. Antrag 28 (Aufhebung des Nürnberger Beschlusses) wird mit 152 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Das Resultat wird mit Beifall begrüßt. Der Eventualantrag 29 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Vorsitzender Diez: Antrag 30 ist zurückgezogen. (Zuruf: Wir nehmen ihn wieder auf!) Der Antrag ist in aller Form zurückgezogen; ich kann, nachdem alle Abstimmungen erfolgt sind, nicht geschehen, daß er wieder aufgenommen wird. (Widerspruch!) Dann müssen Sie bis zum nächsten Parteitag warten. (Beifall.)

Unbewußt-Hagen: Der Parteitag ist durch die Zurückziehung des Antrages irreführt worden. Die Abstimmung würde anders ausgefallen sein. Das ist ein Unfug! (Unruhe und Zustimmung.)

Ziesch-Charlottenburg nimmt den Antrag wieder auf. Vorsitzender Diez: Ich kann die Wiederaufnahme nur gestatten, wenn Sie die Sache in einer späteren Zeit unter Zustimmung einer Mehrheit des Parteitages nochmals aufs Tapet bringen. (Widerspruch!) Jetzt ist die Sache erledigt.

Simon-Nürnberg: Das Bureau sollte die Unterstützungsfrage stellen. Wird der Antrag wieder unterstützt, dann muß er zur Abstimmung gestellt werden. (Zustimmung.) Der Antrag hätte vor der Abstimmung zurückgezogen werden müssen. (Sehr richtig!) Ich während der Abstimmung zurückzutreten, so man nicht mehr ein anderes Votum abgeben kann, ist unzulässig.

Kloß-Hoffmann-Berlin schließt sich dem Vordredner an. **Arbeiter-Dresden:** Ich mache darauf aufmerksam, daß auch ohne daß wir einen Beschluß fassen, das Ausschlußverfahren wegen Verstoßes gegen den Nürnberger Beschluß eingeleitet werden kann.

Vorsitzender Diez: Die Genossen sind im Irrtum, der Antrag ist zurückgezogen. (Zuruf: Wann?) Zu dem Augenblick, als wir uns in der Abstimmung befanden, (Raufsch!) Ein Antrag kann bis zum letzten Augenblick zurückgezogen werden. Es kann ihn dann aber ein Dritter nicht wieder aufnehmen. (Lebhafte Widerspruch.)

Emmel-Mülhausen: Ein einzelner kann nicht einen unterstützten Antrag zurückziehen. Auch die, die ihn unterstützt haben, müssen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen, sonst kann der Parteitag jeden Augenblick genosföhrt werden.

Stedehagen stimmt dem Vordredner zu. Im Reichstag kann ein Antrag von jedem wieder aufgenommen werden. Es ist klar, daß wir auch so verfahren müssen, denn viele stellen einen Antrag nicht, weil er schon von anderer Seite gestellt ist.

Vorsitzender Diez verteidigt nochmals seine Ansicht. Daß ein zurückgezogener Antrag von einem Dritten wieder aufgenommen wird, ist noch auf keinem Parteitag vorgekommen. (Hoch: Magdeburg!) Ich Genosse Hoch, was Sie über Magdeburg sagen! Da war es ganz anders. Ich will Ihnen aber entgegen kommen und den Parteitag befragen, ob er den Antrag 30 wieder aufnehmen will. Die namentliche Abstimmung wäre da aber noch nicht inbegriffen. Ich frage also, ob der Parteitag gestattet, daß Genosse Ziesch den Antrag wieder aufnimmt und daß dann ohne Diskussion darüber abgestimmt wird?

Der Parteitag erklärt die Wiederaufnahme des Antrages 30 für zulässig. Auf Antrag Ziesch wird über den Antrag namentlich abgestimmt. Vor der Abstimmung erklärt Vorsitzender Diez: Die Zurückzieher hätten uns das ersparen können. Jedenfalls wird es Anseh sein, unsere Geschäftsordnung einer gründlichen Revision zu unterziehen. (Beifall: Sehr richtig!)

Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme des Antrages mit 279 gegen 101 Stimmen. Dagegen haben gestimmt: Bartsch-Lunzenau, Benz-Heidenheim, Linden-Baummann-Hamburg, Alara-Hier-Berlin, Dörner-Waife-Kannheim, Helene-Brandenburg-Hamburg, Brücker-Berlin, Brühne-Frankfurt, Duden-Lüdenscheid, Osler-Cohn-Berlin, Dr. David-Berlin, David-Posen, Deichmann-Bremen, Marie-Löbbeck-Berlin, Dreißer-Halle, Eberle-Bremen, Engler-Freiburg, Köhler-Nürnberg, Friebländer-Berlin, Fuhrmann-Bremen, Geber-Leipzig, Göhre-Bielefeld, Gottschall-Königsberg, Gröschel-Kassel, de Haas-Hamburg, Doerner-Ebersdorf, Grunze-Großschönau, Heitmann-Oldenburg, Helmshäbter-Edingen-Heide-Bremen, Densse-Hamburg, Hildebrandt-Rixdorf, Hilpert-Leipzig, Hoffmann-Dorf, Huber-Rüdingen, Hunsche-Berlin, Kaufmann-Podum, Kasper-Braunschweig, Kerschke-Chemnitz, Keil-Stuttgart, Kaufmann-Niederwörlitz, Kantsch-Wuppigen, Kleefoot-Eberle, Klef-Sinler, Klose-Königsberg, Krieger-Rüdingen, Krug-Berlin, Kupferschmid-Berlin, Landsberg-Magdeburg, Leese-Mendamm, Leisch-Leipzig, Lehmann-Mannheim, Liebmann-Berlin, Lipinski-Leipzig, Emilie Maurer-München, Kar-Meyer-Heidenbach, Kengel-Bitterfeld, Nibelson-München, Nitz-Rüdingen, Müller-Düffeldorf, Müller-Chemnitz, Müller-Weiden, Nitsch-Königsberg, Auguste Nowogrodski-Königsberg, Cöwalb-Greif, Peus-Dessau, Pöhlender-Leipzig, Queffell-Darmstadt, Reich-Hamburg, Reichhaus-Erfurt, Reig-Mühlader, Rißel-Leipzig, Sadje-Leipzig, Sebering-Bielefeld, Seel-Main, Anna Simon-Brandenburg, Sil-

berichmidt-Berlin, Schühler-Delitzsch, Schäfer-Mülhausen, Schröder-Berlin, Schiel-Weipzig, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schneider-Engelde, Schwarz-Lübeck, Stalinger-Forsheim, Ströbel-Mannheim, Sturmsfeld-G.-Ulmstadt, Timm-München, Thöne-Kassel, Tonneböhne-Mühlhausen, Trost-Itzehoe, Ulrich-Offenbach, Ida Lindentisch-Magdeburg, Ullig-Jittau, Weber-Griesheim, Wehl-Rinstenwalde, Weip-Edersförde, Wolf-Dietz, Wolf-Strimmitzhan, Henker-Bielefeld, Zimmer-Johann-Georgenstadt.

Damit ist die Frage der Parteifeier erledigt. Vorsitzender Diez: Ich komme Ihnen mit einem ungewöhnlichen Vorschlage. Bisher wurde die Vorschlagsliste für die Vorstandswahl ohne weiteres gedruckt und verteilt. Diesmal bin ich von verschiedenen Seiten ersucht worden, die Namen der Vorschlagschreibern zu verlesen, bevor die Liste verteilt wird. Es handelt sich zunächst um die Vorschläge zum Parteivorstand.

Als Vorsitzende werden vorgeschlagen August Weber-Berlin, Fritz Ebert-Berlin und Hugo Haase-Königsberg. Davon sind zwei Vorsitzende zu wählen. Als Kassierer wird vorgeschlagen Alwin Gerlich-Berlin. Zu Schriftführern sind folgende Vorschläge gemacht: Braun-Königsberg, Ebert-Berlin, Kollentz-Berlin, Hermann Müller-Berlin, Pfannkuch-Berlin, Rudolph-Frankfurt, Scheidemann-Kassel. Davon sind sechs zu wählen. Als Beisitzerin wird vorgeschlagen Luise Riez-Berlin. Die beiden anderen Beisitzer werden nach dem Statut von der Kontrollkommission gewählt. Für die Kontrollkommission werden folgende Vorschläge gemacht: Linden-Baummann-Hamburg, Rod-Gotha, Freg-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Ernst-Berlin, Ged-Offenbach, Dr. Gollischall-Königsberg, Hengsbach-Köln, Hildebrand-Stuttgart, Kaden-Dresden, Löße-Preslau, Stube-München, Timm und Alara-Pettin-Stuttgart. Von diesen 14 Vorschlagschreibern sind 9 zu wählen.

Vorsitzender Diez: Ich bin von Linden-Baummann ersucht worden, mitzuteilen, daß sie die Kandidatur ablehne. Der Name ist also zu streichen.

Ebert-Berlin:

Zu meinem Bedauern ist trotz dringenden Abtrahens meinerseits mein Name auf die Vorschlagsliste für die Wahl der Vorsitzenden gekommen. Ich erkläre, daß ich unter keinen Umständen zur Wahl der Vorsitzenden kandidiere, vielmehr empfehle ich die Kandidatur Haase, bitte daher meinen Namen zu streichen. (Bravo!)

Regien:

Es ist meines Wissens das erste Mal, daß ohne erkennbare sachliche Gründe ein Genosse, der für einen der höchsten Ehrenposten der Partei vorgeschlagen wird, ablehnt. Meines Erachtens liegen in diesem Falle erkennbare sachliche Gründe wirklich nicht vor. Genosse Ebert hat, das wird allgemein bekannt sein, seit Jahren im Parteivorstande die Arbeit gemacht, die in gewisser Beziehung einem im Parteibureau ständig tätigen Vorsitzenden zufallen würde. Genosse Ebert hat auf der anderen Seite, und da kommt noch ein anderer für mich wichtiger Umstand in Betracht, vielsach an den nicht unerheblichen und zahlreichen Differenzen in den einzelnen Landesorganisationen Anteil genommen, so daß es ihm schließlich gelungen ist, diese Differenzen beizulegen, mit Ausnahme der Stuttgarter Differenzen, wo eine Einigung vorläufig ausgeschlossen erscheint. Er hat nach dieser Richtung hin eine überaus glückliche Hand gehabt. Das ist es, was meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation die Partei am dringendsten braucht. Gegenwärtig sowohl wie vielleicht in der nächsten Zeit wird es lediglich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden durch einen Genossen besetzen, der nach der Richtung hin ausreicht, der bei Differenzen den nötigen Takt und ein gewisses Geschick bisher schon bewiesen hat. (Sehr richtig!) Infolgedessen erscheint es mir unrichtig, daß Genosse Ebert verzichtet. Weiter soll eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt werden zur Reorganisation des Parteivorstandes. Unter diesen Umständen verfährt man, so meine ich, richtig, wenn man zunächst diejenigen Genossen bei der Bezeichnung der Posten des Vorsitzenden in Aussicht nimmt, die bisher schon auf diesem Gebiete tätig und mit Erfolg tätig gewesen sind. Alle diese Gründe bewegen mich, an die Genossen, die die Abwahl Ebert zu wählen, die Bitte zu richten, sich durch die Erklärung, die Ebert eben abgegeben hat, bei der Abgabe ihrer Stimme nicht beeinflussen zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzender Diez: Ich habe dem Genossen Regien etwas weiteren Spielraum gelassen, als sonst bei einer Geschäftsordnungs-bemerkung, da die Umstände eigenartig sind. Ich gebe dem nächsten Redner zur Geschäftsordnung den gleichen Spielraum.

Lipinski-Weipzig:

Der Parteitag hat beschloffen, eine Kommission einzusetzen, die eine Reorganisation vornehmen soll. Wenn der Vorschlag Regiens Anerkennung finden sollte, so würde das bedeuten, daß die Kandidatur Ebert aufrecht erhalten würde und das würde bedeuten, daß der Beratung der Revision während der Parteifeier wird, weil dann die Kommission von vornherein mit den besoldeten Vorsitzenden rechnen muß. (Sehr richtig!) Da aber bei der ganzen Reorganisation eine Reihe von sachlichen und organisatorischen Fragen erwo-gen werden müssen, die uns heute noch nicht völlig klar erkennen lassen, ob ein besoldeter Vorsitzender bestellt werden soll, so halte ich für meine Person es für richtig, daß der Parteitag die Kandidatur ausschaltet, damit nicht die Kommission von vornherein mit einem besoldeten Vorsitzenden zu rechnen hat. Alle Eigenschaften, die Ebert angelehrt worden sind, erkennen wir an, alle diese Eigenschaften kann er in seiner Tätigkeit als Sekretär ausüben. Die Partei verliert dadurch seine Arbeitskraft und seine vermittelnde Tätigkeit nicht, wenn er auf seinem Posten als Sekretär verbleibt. Wenn der Parteitag dann durch die Reorganisation dazu gezwungen wird, zu entscheiden, ob ein besoldeter Vorsitzender angestellt werden soll oder nicht, dann hat er im nächsten Jahre vollständig freie Hand darüber zu entscheiden; er wäre dann durch die Wahl Haase nicht gebunden. In keinem Falle aber können wir der organisatorischen Aufgabe der Kommission entgegenwirken. (Beifall.)

Sebel:

Regien hat vollständig recht, wenn er sagt, daß zum ersten Male in der Partei über einen Mann, der zu dem höchsten Amt vorgeschlagen worden ist, eine Diskussion entsteht, weil er die Kandidatur nicht annehmen will, und Ebert habe ihm keine genügende Gründe für seine Ablehnung gegeben. Es ist in erster Linie Sache von Ebert selbst, was er sagen will oder nicht. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Ebert erklärt, ich nehme die Wahl nicht an, so heißt es dabei. Damit ist es selbstverständlich keinem Mitglied des Parteitages genommen, ihn trotzdem zu wählen. Gewiß, wenn man Demonstrationen machen will, steht dem nichts im Wege. (Sehr gut!) Die Kandidatur Ebert ist heute nicht zum ersten Male aufgetaucht. Wir haben schon einige Zeit nach dem Tode des Genossen Singer im Vorstand und in der Kontrollkommission darüber gesprochen und schon damals hat Ebert auf das allerentschiedenste erklärt, daß er eine Wahl nicht annehmen würde und dem ich entsprechend Rechnung getragen worden insofern, als man dann überhaupt von einer Kandidatur abgesehen hat. Nun hat Regien in einer für Ebert durchaus schmeichelhaften Weise hervorgehoben, welche Tätigkeit er

ausgeübt hat, welche Stellung er im Parteivorstand einnimmt. Ich und meine übrigen Vorstandskollegen können nur voll und ganz in dieses Lob einstimmen. Ich muß aber auf ausdrückliches Ersuchen vom Genossen Ebert erklären, daß er seine Tätigkeit stets in voller Uebereinstimmung und in freundschaftlicher Aussprache mit den Vorstandskollegen ausgeübt hat, und daß er es ablehnen muß, daß ihm dies als besonderes Verdienst angerechnet wird. (Bravo!)

Auf die Verhandlungen über die Kandidatur Haase will ich nicht eingehen. Ich will nur, da ich selbst diese Verhandlungen gepflogen habe, erklären, daß Haase erst nach wiederholtem Ersuchen von meiner Seite und unter ausführlicher Begründung, warum ich und die Kollegen im Vorstand seine Kandidatur wünschen, und nachdem er sich eine längere Bedenkzeit ausgedenkt hatte, zugestimmt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Genosse Haase — ich habe das vielleicht gegen seinen Willen hervor — mit der Annahme dieser Wahl zunächst ein großes Opfer bringt. Er hat als Rechtsanwalt in Königsberg eine ausgezeichnete Praxis, die er selbstverständlich aufgeben muß. Er muß mit seiner Familie, die in Königsberg total eingelebt ist, Königsberg verlassen und es werden ihm ganz erhebliche finanzielle Opfer auferlegt. Trotzdem hat er sich auf mein wiederholtes Drängen schließlich bewegen lassen, eine Kandidatur anzunehmen, und in der weiteren Aussprache, die hier zwischen anderen Genossen und ihm stattgefunden hat, hat er erklärt, daß er es für seine selbstverständliche Pflicht halte, sobald er in Berlin installiert sei, jeden Tag eine geraume Zeit in dem Bureau zuzubringen, um sich dort über alle Eingänge zu informieren und mit den Kollegen freundschaftliche Beratungen zu pflegen, soweit das außerhalb der allgemeinen Vorstandssitzungen erforderlich sei. (Bravo!)

Wir haben diese Zusage ganz besonders freudig begrüßt. Diese Einrichtung hat bisher nicht bestanden, sie kommt in hohem Maße dem Verlangen entgegen, daß ein Vorsitzender dauernd auf dem Bureau beschäftigt sein soll. Wie alle sind der Meinung, daß wenn Genosse Haase täglich auch nur eine Stunde auf dem Bureau zubringt, das in vollstem Maße genügt, um seinen Posten auszufüllen, was übrigens auch bei seiner außerordentlichen Gewissenhaftigkeit nicht dem allergeringsten Zweifel unterliegt.

Ulrich-Offenbach:

Wir verkennen die Gründe, die für die Kandidatur Haase sprechen, an sich nicht, aber da wir uns in einer Periode der Reorganisation befinden, sind wir der Meinung, daß wir ein solches Stück Verantwortlichkeit auf uns laden, wenn wir jemanden aus seiner bisherigen Situation herausnehmen. Wir halten es für weit wichtiger, wenn wir uns zunächst einmal darüber klar werden, wie wir in Zukunft die Reorganisation gestalten wollen, weil wir dann weit leichter unsere Entschlüsse fassen können, als wenn wir uns mit der Wahl von Haase in einer Richtung festgelegt haben, die man vielleicht nicht beabsichtigt hat. Alles was zur Empfehlung von Haase angeführt wird, hat von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, leider gerade eine bedenkliche Seite (Sehr richtig! Widerspruch.) und deshalb wenden wir uns dagegen. Wenn ich die rein persönliche Seite mit ein paar Worten berühren soll, was unabweislich ist, so muß ich doch feststellen, daß ich und eine Reihe anderer Genossen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß wir in Ebert einen besseren und zuverlässigeren Vorsitzenden hätten, hinsichtlich der ungeheuren Aufgabe, die Partei einzusammeln zu halten. Das ist eine Frage, die weit wichtiger ist, als alle persönlichen Rücksichten sonst. Es kann niemand anders sein, als er sich betätigt hat. Die Betätigung von Ebert bietet uns eine viel größere Sicherheit dafür, daß die Partei unter seiner Leitung zusammengehalten und vorwärts getrieben wird zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung.

Rebel:

Es ist ja Sache eines jedes einzelnen, wie er den Charakter der in Frage stehenden Personen beurteilt. Ich möchte nur ausdrücklich erklären — und ich glaube, ich habe die volle Zustimmung von Ulrich dazu, daß er mit dem, was er hier über die Charaktere der beiden Genossen angedeutet hat, in keiner Weise sagen will, daß Genosse Haase minderen Charakters ist. (Ulrich: Da bin ich ganz Deiner Auffassung!) Ich konstatiere das nur, damit keine Mißverständnisse nach außen aufkommen. Was das andere betrifft, daß Genosse Haase nicht die erforderlichen Eigenschaften besitzt, die die Voraussetzung für das Zusammenhalten der Partei bilden, so weiß ich ja ganz genau, wohin Genosse Ulrich mit dieser Bemerkung zielt. Ich würde an seiner Stelle gar keine Bedenken getragen haben, das offen auszusprechen. Ich erkläre weiter, daß ich ein derartiges Bedenken von Ulrich und seinen Freunden ganz natürlich finde, aber ich glaube, wir ziehen aus dem Verhalten des Genossen Haase auf dem Magdeburger Parteitag durchaus solche Schlüsse. Jeder der Haase näher kennt, weiß, daß er ein außerordentlich langjähriger Mann ist, dem an nichts weniger gelegen ist als an Differenzen. Der Vorsitzende ist doch nicht die entscheidende Persönlichkeit im Vorstande, die solche Dinge auf eigene Faust versuchen könnte. (Sehr gut!) Er würde dann — das erkläre ich, der ich die Kandidatur Haase auf das allerentschiedenste befürworte, rund heraus — in mir den allerentschiedensten Gegner finden. Solche Befürchtungen sind absolut unbegründet. Aber Ihr werdet uns nicht überzeugen, und

wir überzeugen Euch nicht. Wir legen ganz besonderes Gewicht darauf, im Vorstand einen Juristen zu haben. Wir sind außerordentlich oft in der Lage, juristischen Rat einholen zu müssen, und Genosse Haase ist notorisch ein sehr tüchtiger Jurist. Während wir jetzt von außerhalb Rat holen müssen, wodurch eine Verzögerung eintritt, hätten wir im Falle der Wahl von Haase den richtigen Mann im Vorstande selbst. Das ist für mich und meine Kollegen ein sehr wesentliches Moment, was den Wert der Kandidatur Haase erhöht.

Damit ist die Besprechung der Kandidatenfrage erledigt. Vorsitzender Diez: Für die Uliger Kommission sind seitens der Landmannschaften im ganzen 21 Genossen vorgeschlagen. Die Hoffnung, daß weitere nicht vorgeschlagen würden, hat sich nicht erfüllt, indem die Provinz Westfalen für sich ein besonderes Mitglied für diese Kommission beantragt und der Liste der Landmannschaften noch den Vorschlag König-Dortmund hinzugefügt hat. Es wäre auch denkbar, daß der Parteitag statt einer 21-gliedrigen eine 22-gliedrige Kommission wählt. Dann werden alle persönlichen Differenzen ausgeschlossen sein.

Lipinski-Weipzig beantragt, auch dem Industriegebiet in Westfalen eine Vertretung in der Kommission zu gewähren und deren Mitgliederzahl auf 22 zu erhöhen. Diesem Antrag wird zugestimmt.

Auf Antrag Bebel wird nunmehr die Wer Kommission der Affirmation gewählt. Sie besteht aus: Otto Weis-Verlin für Brandenburg, Dr. Gottschall-Königsberg für die östlichen Provinzen, Franz Feldmann-Langenbielau für Schlesien, Dittmann-Solingen für Ober- und Niederrhein, Reinert-Hannover für Hannover, Hoch-Gamau für Frankfurt a. M. und Kassel, Partels-Altona für Holstein, Stubbe-Hamburg für Hamburg, Hennig-Halle für Sachsen, Simon-Nürnberg für Bayern, Auer-München für Baden, Frank-Mannheim für Baden, Siedermann-Dresden für Sachsen, Lipinski-Weipzig für Sachsen, Gildenbrand-Stuttgart für Württemberg, Reichhaus-Erfurt für den Bezirk Thüringische Staaten, Daberlamp-Bremerhaven für Bremen und Oldenburg, Ulrich-Offenbach für Hessen, Böhle-Strasbourg für Lothringen, König-Dortmund für Westfalen und Räte Dunder-Stuttgart für die Frauen.

Hierauf erhält das Wort zu einer Erklärung Eichhorn:

Der Parteitag hat den Antrag 60, gestellt von Trabinger-Karlruhe, der Besonderekommission überwiegen. Der Antrag verlangt, daß die in Baden entstandenen Disziplinarkomitees, deren einer sich „Kary-Klub“ nennt, entgegen einem Beschlusse des Badenischen Parteitages dem gegenwärtigen Parteitag für zulässig erklärt werden. Ich habe hierzu folgende Erklärung abgegeben: Die Gründung des Disziplinarkomitees erfolgte in der Absicht, mit Hilfe dieser Organisationen auf die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages zur Budgetfrage hinzuwirken. Diese gute Absicht dürfte indes durch die Sonderorganisationen stempeln, die eine Einwirkung auf die Zusammensetzung der Verwaltungskörperschaften der Partei und auf die Tätigkeit der Kreisorganisationen anstreben und sich dadurch mit dem Organisationsstatut in Widerspruch setzen. So unbedenklich das Recht der Genossen ist, sich auch außer dem Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu verhandeln, so wenig dürfen Neben- und Sonderorganisationen bestehen. Mit telegraphischer Ermächtigung der Antragsteller ziehe ich deshalb den Antrag Trabinger zurück.

Vors. Diez: Ich werde das der Besonderekommission mitteilen; damit ist die Angelegenheit erledigt. In einer persönlichen Erklärung erhält das Wort

Genossin Dunder-Stuttgart:

Genosse Keil hat gestern in einer persönlichen Erklärung meine Ausführungen in zwei Punkten zu widerlegen versucht. Was den ersten anlangt, so stelle ich hier fest, daß Keil nur bestätigt hat, was ich gesagt habe. Es ist nämlich ganz gleichgültig, ob Wesmeyer auf der württembergischen Landesversammlung mit oder ohne seinen Willen zuerst zu Worte kam. Tatsache ist, daß Westmeyer sich im Rahmen sachlicher Erörterungen bewegte, während Keil nachher die schwersten persönlichen Angriffe gegen ihn erhob. Tatsache ist ferner, daß wie Keil in seiner Erklärung ja auch bestätigt hat, Wesmeyer auf die persönlichen Angriffe nicht mehr antworten konnte, weder im Rahmen des Schlusswortes, noch in dem einer persönlichen Bemerkung. Also genau was ich gesagt habe. Wenn Genosse Keil weiter behauptete, daß erst 1910 zum erstenmal eine Debatte über die prinzipielle und tatsächliche Haltung der „Schw. Tagw.“ aus der Landesversammlung entstanden sei, so beweist das nicht das Geringste gegen meine Behauptung, daß die „Schwäbische Tagw.“ schon seit Jahr und Tag in Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen steht. Wenn diese Unzufriedenheit sich so weit verdichtet hat, daß sie zu einer Debatte auf der Landesversammlung führte, so ist die natürlich vorher schon längst in den Reihen der Parteigenossen vorhanden gewesen. Die Unzufriedenheit der Stuttgarter Genossen mit der „Schwäbischen Tagw.“ datiert seit der Zeit, wo sie anfing, die opportunistische Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion zu verteidigen, und sie ist in den letzten Jahren immer stärker in den Parteiverfassungen zum Ausdruck gekommen. Damit glaube ich festgestellt zu haben,

daß Genosse Keil die Wichtigkeit meiner Ausführungen in keiner Weise erschüttern kann.

Vorsitzender Diez: Die neuereingetretenen Delegierten von Stuttgart S a m a n n und R a p p ersuchen mich, sich im Protokoll dahin erklären zu können, daß sie gestern gegen den Antrag Dunder gestimmt haben würden, wenn sie bereits anwesend gewesen wären.

Keil verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Vorsitzender Diez: Das Wort kann ich Ihnen jetzt nicht geben. (Große Unruhe und erregte Jurufe bei der Mehrheit der württembergischen und badischen Delegierten.) Wenn Sie eine persönliche Erklärung abgeben wollen, müssen Sie sie vorher aufschreiben. Das habe ich auch der Genossin Dunder gesagt und hinzugefügt, wir werden sie lesen, um alles zu entfernen, was eine Wiederholung der Diskussion zur Folge haben könnte. (Gildenbrand: Das hätten Sie jetzt auch sagen müssen, das ist einfach unerhört, ganze Organisationen zu beschimpfen. Erneute heftige Jurufe der obenbezeichneten Delegierten.) Ich habe gestern Gildenbrand das Wort zu einer Erklärung gegeben, die ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Das gleiche war gestern bei Keil der Fall, wenn auch gestern der Versuch gemacht worden ist, eine Diskussion daran zu knüpfen. Ich kann Sie nur darauf verweisen, Ihre Erklärung schriftlich einzureichen.

Leber teilt mit, daß es ausgeschlossen sei, den Parteitag morgen zu Ende zu führen. Das Markifest findet daher, wie geplant, morgen nachmittags statt. Heute abend geben die Jenenser Genossen den Parteitagsgliedern einen Konzertabend im Volkshause.

Verfammlungen.

Die Maschinenarbeiter des Holzarbeiterverbandes hielten am Montag in „Alt-Verlin“ eine zahlreich besuchte Vertrauensmänner-Versammlung ab, in der der Brandenburger Bindemüller über die Tätigkeit der Branchenkommission berichtete. Dem Bericht folgte eine kurze Diskussion, die zeigte, daß man mit der regen Tätigkeit der Kommission einverstanden war. Sodann nahm man Stellung zur ersten Branchenkonferenz der Maschinenarbeiter, die am 12. November in München stattfindend soll. Diese Konferenz wird sich zunächst mit den Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen und ferner mit den Forderungen an die Berufsgenossenschaften, an die Gewerbeinspektion und die Gesetzgebung befassen, sowie über das Rechtsstreitverfahren in Unfallsachen beraten. Außerdem liegt ein Antrag der Maschinenarbeiter vor, als 4. Punkt „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenarbeiter“ auf die Tagesordnung zu setzen. Im übrigen brachte die Branchenkommission der Versammlung eine Reihe von Anträgen an die Konferenz in Vorschlag, in denen folgendes verlangt wird: Bildung einer Zentralkommission der Maschinenarbeiter Deutschlands; Bildung von Unfallschutzkommissionen in allen Verbandsgabellen, wo mindestens 15 Arbeiter der Branche in Frage kommen; Maßnahmen zur Feststellung der Krankheits- und Todesursachen zwecks Verwertung für statistische Aufnahmen; Einführung eines Personenverzeichnis für Unfallverletzte nach dem in München bereits bestehenden System; Hinzuziehung praktisch vorgebildeter Personen bei den Betriebsinspektionen durch die Gewerbeinspektionen; ein Gesuch an die Gewerbeinspektoren, bei den maßgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß Arbeiter unter 18 Jahren nur nach Abolvierung eines Kursus an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt werden dürfen; bei den Berufsgenossenschaften dahin zu wirken, daß mindestens jedes Jahr eine Sitzung der Kommission für die Unfallverhütungsvorschriften stattfindet. Die Konferenz wird mit einer Ausstellung photographischer Aufnahmen von Unfallverletzungen der Maschinenarbeiter sowie von Schutzvorrichtungen verbunden sein, die ursprünglich für die Hingeneausstellung in Dresden bestimmt waren, aber dort infolge des bekannten Vorgehens gegen die Gewerkschaften nicht untergebracht werden konnten. — Die vorgeschlagenen Anträge fanden die Zustimmung der Versammlung. Sodann wurden die Kandidaten zur Wahl der Konferenzdelegierten aufgestellt. Die Wahl findet in der Branchenversammlung am 25. September statt.

Briefkasten der Redaktion.

E. W. 10 und C. J. Eiden. Das Geld ist auch für den Kriegsschlichtungsgericht in Verbindung, schon zum Zwecke der Erstellung eines Armenattest. — **S. 24. 103.** 1. Reim. Der Lehrling unterliegt aber der monatlichen Unfallversicherung, falls es sich um einen verpflichtenden Betrieb handelt, was aus Ihrem Brief nicht ersichtlich ist. 2. Ist die Invalidität durch Unfall bedingt und trifft den Unternehmer ein Verschulden im Sinne des Gesetzes, ja. 3. Unverständlich. — **N. 24. 1895.** Anmeldung bei dem Magistrat beim Gemeindevorstand. — **Alimente.** 1. und 3. Ja, sofern Sie nicht mit dem Vormund andere Zahlungsberechtigten haben. 2. Die unbedingten ja. 4. Die Kosten richten sich nach dem Bedarf. 5. Ja. 6. Alimente geben vor. — **N. 24. 23.** 1. und 2. Wegen der länger als drei Monate fälligen Steuern ist nur die Pfändung des den Betrag von 28,85 M. übersteigenden Wochenlohnes zulässig. 3. Beschwerde beim Magistrat. — **E. T.** Nach vorheriger Pfändung ja. — **N. 24. 200.** 1. und 2. Nicht bekannt. 3. Nein. — **C. W. 24.** Nein.

Richtigstellung!

Durch das gestrige Inserat einer hiesigen Konkurrenzfirma, welche anscheinend aus dem fragl. Zwischenfall nur geschäftlichen Vorteil ziehen will, sieht sich die alte Stiller-Firma veranlaßt, zu erklären, daß sie mit ihren Hausdienern etc. überhaupt keine Lohndifferenzen gehabt, sondern es sich lediglich um die prinzipielle Frage einer Kautionsstellung gehandelt hat

Schuhwarenhaus Carl Stiller
Haupt-Geschäft: Jerusalem StraÙe 38/39
am Dönhoffplatz



Gegründet 1867

Potsdamer Straße 2 | Schöneberg, Hauptstraße 146
Tautenzienstraße 19a | Rixdorf, Bergstraße 25/26
Friedrichstraße 75 | Rosenthaler Straße 5
Königstraße 25 und 26 | Charl., Wilmersdorfer Str. 45

12,50 Mk. Spezial-Verkauf: Tautenzienstraße 7b

Neueröffnungen Oktober 1911

Oranienstraße 161 — Große Frankfurter Straße 123

Theater und Vergnügungen

Freitag, 15. Sept. 1911:

Urania. Taubenstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und fern.
Kammerpiele. Der Arzt am Scheideweg.
Zeffing. Nora.
Neues Operetten. Die schöne Helena.
Berliner. Bummelstudenten.
Königsgräber Straße. Grete Wiesen-
thal.
Kleines. Der Leibgarbst.
Neues. Die Frau Grell. König
Cedipus.
Komische Oper. Die teufelische Susanna.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Wesens. Die geliebte Frau.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller. O. Egmont.
Schiller. Charlottenburg. Die
Revolutionshochzeit.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kubitz.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.
Trianon. Ihr Alibi.
Zeffing. Das Wintermärchen.
Casino. Der seltsame Holschindl.
Metropol. Geschlossen.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vasner. Spezialitäten.
Reichsbahnen. Stettiner Sänger.
Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Lebende Tierbilder
von nah und fern.**

**200
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Luifen-Theater.
Heute 8 Uhr:
Das Wintermärchen.

**Apollo
Theater**

Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Sensationelle Novitäten
u. a.

Die G'schamige.
Ein Dialog nach dem bekannten Bild
von F. v. Kaulbach.
Bera Holt: A. v. Salberg a. G.

Metropol-Theater.

Von Dienstag, den 12. bis inklusive
Freitag, den 15. September:
Geschlossen.

Sonnabend, den 16. September,
prägte 1/8 Uhr: Zum 1. Male:

Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 8 Bildern von
Hul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Wiederauftreten v. Joseph Josephi.
Joseph Giampietro. G. Thielscher.
Will Bishop. Viktor Horbert.

Behüt von Else Kupfer.
Madge Lessing. Gussy Holl a. D.
Lori Leux a. D. Ly Winter etc.

Sämtliche Billets zur
Premiere sind vergriffen.

**Herrnfeld
Theater**

Noch nie dagewesener
Lacherfolg!

**Das Kind
der Firma**

mit Anton und Donat Herrnsfeld in den
Hauptrollen. Vorher:

Schmerzlose Behandlung

Anfang 8 Uhr.
Bordel. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Montag, den 18. d., nachmitt.
3 1/2 Uhr: Sonder-Vorstellung zu
Gunsen der Bühnengenossenschaft:
Das Kind der Firma.
Preise der Plätze: 2 M., 1.50
Mark und 1 M.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Marietta Olly
(Kleines Theater)

Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Scotch

„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sängerin m. d. doppelt. Kehlen
und das große
Variété-Programm.

**PASSAGE :: ::
PANOPTIKUM**

Das größte Schaustelbisement
des Kontinents.

Lebend
der Mann mit der

**eisernen
Zunge.**

Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwedische Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Volksgarten-Theater.

Säle für Vereine und Bewer-
halten noch einige Sonnabende frei
bei kulantem Bedingungen.



Arbeiter-Radfahrer-Verein

□ □ □ Groß-Berlin. □ □ □

Sonntag, den 17. September:

Großes Sommerfest

in Neumanns Volksgarten

früher Monte, Lichtenberg, Röderstraße 28-29
am Bahnhof Landsberger Allee
bestehend in

□ Konzert □ Spezialitäten □ Reigenfahren □

Gratisverlosung eines Herren-Fahrrades
im Werte von 120 M.

Preiskegeln für Damen und Herren
auf drei Kegelbahnen.

Straßenbahn-Verbindung: Linie 56, 64, 65, 75, 81. Städt.
Bahn: Virchow-Krankenhaus-Görlitzer Bahnhof,
Alexanderplatzpassage-Steuerhaus und Ringbahn-
hof Landsberger Allee.

Anfang 3 Uhr. Das Komitee.

Voranzeige:

Sonnabend, den 7. Oktober:

Stiftungs-Fest

in Kilems Festsälen, Hasenheide 13-15.

Union-Theater Alexanderplatz und U. d. Linden.



Jack Johnson
der Sieger im
1-Millionen-Mark-Preis.

Erste Vorführung
des original-
amerikanischen
Sensations-Films:

**Der Welt-
Champion-
Boxkampf
Johnson-
Jeffries**



Jim Jeffries
der
bestegte Favorit.

Sonnabend, 16. September.

Moabiter Wintergarten

Artus-Hof
Perleberger Str. 20, Stendaler Str. 10

Direktion: Karl Pirnau.

6 Radrennen
auf der Bühne.

Clown Jansly
mit seiner Familie.

M. Wiegmanns
beste Seiltänzer der Welt.
Theater - Spezialitäten.

Zirkus A. Schumann.

Freitag, 15. September 1911,
abends 7 1/2 Uhr:

Wiederholung
des Gala-Eröffnungsprogramms.
Aufstreten sämtlicher Spezialitäten.

Morgen, Sonnabend, 16. Sept.,
abends 7 1/2 Uhr:

**GALA-PREMIERE VON:
1000 JAHRE**

AUF DEM MEERESGRUND.
Nach Motiven aus 1001 Nacht, in
4 Bildern. Entworfen und inszeniert
von Kommissionsrat Direktor Albert
Schumann. Einstudiert vom Königl.
Balletmeister Giovanni Pratesi. Musik
komponiert vom Kapellmeister Christ
van Dinteren.

Sonntag, 17. September: 2 Vor-
stellungen. 8 1/2 Uhr nachmittags u.
7 1/2 Uhr abends.

Zirkus Moulier

Groß-Lichterfelde. Richard-Wagner-
Platz.

Freitag, den 15. September:

Eröffnungsvorstellung.

Sonnabend, den 16. September:
Große Galavorstellung.

Sonntag, den 17. September:
2 große Gala-Sportvorstellungen
nachmittags 4 1/2, abends 8 1/2 Uhr.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Baumstraße 16.
Zum letzten Male:

Salon und Kloster.

Vollständig in 5 Akten von G. Horn.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Ehren- und Vorzugsarten gültig!
Morgen: Große Extravorstellung.

Volts-Theater.

Nirsdorf, Germannstr. 20.
Sonntag, 17. d.: Heimweh. Schau-
spiel in 4 Akten von D. Erler u.
H. Merbach. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 18. d.: Auf Strafurlaub.
Lustspiel in 3 Akten von Moser u.
Trotha. Anfang 8 1/2 Uhr.

CLOU
Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
!!! Heute !!!
Großes Konzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen Sonnabend, 16. Sept.: Gr. Extra-Doppel-Konzert! Anf. 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags 4-7 Uhr:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Allabendlich
Hurrah! Parade! Sport-Attraktionen
in 4 Rängen
Große militärische Revue in 6 Bildern
Soloakrobaten und -Lustwitzer
Schneelaut - Kesselschnee
Hockey - Spiele usw. usw.
ca. 200 Mitwirkende.
2 Musikkapellen. Feenhafte Beleuchtung.
Größter Eispalast der Welt

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Weiserringer v. Pirnberg
unter Zolteil.
Nr. 14.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
Nachmittag:
Kunstausstellungen,
u. a.:
Apachenlänze.
Eindöcher-Konzert.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Kreuzberg-Festsäle.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Koffmanns Sänger.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Balletpartout u. Vorzugs-
karten gültig.
Nach der Vorstellung:
Frei-Konzert.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonnabende noch zu vergr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Maysal, Britton, Seidel,
Horst, Schröder, Schubert
Grüning A. u. R. Schröder.
Anfang
nachmittags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Max Klems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Dalesheide 13-15.
Täglich: Erklärende Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Täglich abends 9 1/2 Uhr:

Karl Braun
der Original-Berwandlungskünstler.
Donnerstag: Elftotag.

Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Der Pariser Tangentisch.
Lustspiel in 2 Akten.
Außerdem erstklassige Spezialitäten.
Ritzmoos, Sonnabend u. Sonntag
Tanzkränzen.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue
Berliner Pöffen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Marianne.
(Ein Weib aus dem Volke.)

**Die Frauen lieben
die Männer**
die Lysoform-Toilette-Seife, weil
einen reinen und zarten Teint stets an ihnen gern haben.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)
Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgange des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark. - Beide Teile zu
einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Egmont.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.

Darauf: Der eingebildete Kranke.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Geizige.

Darauf: Der eingebildete Kranke.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bund der Jugend.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr, ab 15. täglich:
**Grete Wiesen-
thal.**

Neues Theater.

8 Uhr. Gastspiel Hansi Nüss:
Die Frau Grell.

Dazu: König Cedipus (Ringsge-
drama) mit Hansi Nüss als Cedipus.

Theater des Westens.

Heute geschlossen.

Morgen 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Die Dame in Rot.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die geliebte Frau.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**

Freitag, den 15. September, 8 Uhr:
Judith.

Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Erste
Nagelvorstellung: Stumpfschindl.
Abends 8 Uhr: Rabale und Liebe.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Die Dame von Maxim.
Schwan in 3 Akten von G. Feydeau.
Sonnabend, 16. Sept., zum 1. Male:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten v. Ravel u. Barré.
Belle-Alliance-Theater
Die Diebin.
Sensationschauspiel in 4 Akten von
G. R. S. de Kellan. Anf. 8 1/2 Uhr.
In Deutschland und Amerika über
200 mal zur Aufführung gelangt.

ROSE-THEATER
Große Reanstr. Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Raffalles Ende
Sonnt. nachm.: Staatsam. Alexander.
Auf der Gartenbühne die gr. Revue:
Es gibt nur ein Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Die Einlassung der Beiträge in den Zahlstellen
erfolgt am Sonnabend von 7 bis 9 Uhr abends.

Bezirk Rixdorf.

Montag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
von Goppe, Hermannstr. 49:

Gemeinsame Bezirksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Ritter. 2. Bericht der
Delegierten von den zwei letzten Generalversammlungen. 3. Verbands-
angelegenheiten. 89/14

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelufer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterskreises Genossen A. Körsten über:
„Die Bedeutung der paritätischen Arbeitsnachweise“. 2. Verbands-
angelegenheiten. 89/2

Da unter Verbandsangelegenheiten sehr wichtige Punkte zu
erörtern sind, so erwartet vollständiges Erscheinen der Mitglieder
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1.

Lehrplan für das IV. Quartal 1911.

Sonntag: Deutschland und der Weltmarkt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Zentraleuropas bis zur kapital-
istischen Weltwirtschaft. — Die Technik des Weltverkehrs.
Börse, Eisenbahnen, Post, Telegraphie, Seeschifffahrt, Luft-
schifffahrt. — Die internationalen Handelsbilanzen. — Deutsch-
lands Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat. — Die
Zölle und Handelsverträge. — Das Bevölkerungsproblem. —
Weltwirtschaft und Weltpolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: Rednerschule (mündliche und schriftliche Agi-
tationsübungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Dis-
position der Rede und des schriftlichen Berichts. — Praktische
Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Praktische Sozialpolitik (unter besonderer Be-
rücksichtigung der neueren sozialpolitischen Gesetze und
Gesetzesentwürfe und ihrer Verhandlungen im Reichstage).

Die Entwicklung der Industrie und die Sozialpolitik in
Deutschland. — Die Unfallversicherung nach der R.-V.-O. —
Die Krankenversicherung nach der R.-V.-O. — Die Invaliden-
versicherung nach der R.-V.-O. — Die staatliche Witwen- und
Waisenversicherung. — Die Arbeiterschutzgesetzgebung. —
Das Hausarbeitsgesetz. — Die Rechtsfähigkeit der Berufs-
vereine. — Das Stellenvermittlungsgesetz. — Staatliche und
kommunale Arbeitslosenversicherung. — Die gesetzliche Ver-
tretung der Arbeiter Deutschlands (Arbeitskammern — Ar-
beitskammern).

Vortragender: Georg Schmidt.

Mittwoch: Die Theorien und Programme der bürger-
lichen Parteien in Deutschland.

Der Gegensatz zwischen konservativ und liberal. Die Klassen-
interessen der Konservativen, ihre theoretische Begründung
und ihre praktische Vertretung. — Die verschiedenen liberalen
Parteien, ihre Grundanschauungen und Programme und deren
Zusammenhang mit den von ihnen vertretenen Klasseninteressen.
— Die Nationalliberalen. Das Zentrum. Die gegenwärtige
Situation. Vergleich der drei „Weltanschauungen“: konser-
vativ, liberal, sozialistisch.

Vortragender: Julian Borchardt.

Freitag: Sozialpolitik und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen. — Sozial-
politische Aufgaben des Staates und der Gemeinden. — Die
Sozialpolitik der deutschen Gewerkschaften. — Arbeitslosen-
Unterstützung und Arbeitsnachweise. — Arbeiterschutz und
Arbeitsversicherung. — Die Volksfürsorge der deutschen Ge-
werkschaften. — Lohnkampf und Tarifvertrag. — Das Koalitions-
recht und der Strafgesetzesentwurf.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonnabend: Die deutsche Geschichte der letzten
zwanzig Jahre.

Rückblick auf die deutsche Politik seit 1870/71. — Der Sturz
Bismarcks. Der Fall des Sozialistengesetzes. — Der „neue
Kurs“ (Aera Caprivi). — Die Aera Hohenlohe. — Das persö-
nliche Regiment. — Beginn der weltpolitischen Aera. Bülow's
Anfänge. — Der Kampf um die Agrarzölle. — Die Periode der
Blockpolitik. — Bülow's Sturz. — Die Steuerkämpfe. — Arbeiter-
schutz- und Arbeitertrutzgesetzgebung in den letzten zwanzig
Jahren. — Die Verfassungskämpfe im Reiche und in den
Einzelstaaten. — Die beginnende Aera der Massenkämpfe. —
Die deutsche Weltpolitik und der Imperialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch.

Der Unterricht beginnt in Deutschland und der
Weltmarkt und Rednerschule: Sonntag, den 24. September;

in Praktischer Sozialpolitik: Montag, den 25. September; in
Theorien und Programme der Parteien: Mittwoch, den
27. September; in Sozialpolitik und Gewerkschaften:
Freitag, den 29. September; in Deutscher Geschichte: Sonn-
abend, den 30. September.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt
pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der
Sonntagskursus in Deutschland und der Weltmarkt beginnt pünktlich
um 10 Uhr und endet pünktlich um 1/2 12 Uhr. Der Sonntags-
kursus in Rednerschule beginnt um 12 Uhr und endet pünktlich
um 1/2 2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den
Abenden von 7 1/2 — 8 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag be-
trägt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro
Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Be-
ginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof
geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen:
Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel,
Lortzingstr. 87; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch,
Engelufer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden Hermann
Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Geld-
sendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-
beide 56.
Der Vorstand.

Feiner

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden.

General-Vertrieb:

Karl Röcker, Berlin O. 27.

Grüner Weg 112 (Amt VII, 3061).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweise: Col. I. Amt 8, 1209.

Verwaltungsstelle Berlin
Charlottenstr. 3.

Hauptbüro: Col. III. Amt 3, 1987.

Sonnabend, den 16. September 1911, nachts 12 Uhr,
im Lokal von Julius Meyer, Dranienstr. 103:

Allgemeine Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr,
im Voigt-Theater, Badstr. 58:

Branchen-Versammlung aller Wickel- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Jahresbericht wird erwartet. 128/12

Sonntag, den 17. September 1911, vormittags 10 Uhr,
in den Arminhaffen, Kommandantenstr. 58/59:

Gr. Allgemeine Versammlung der Emaillierer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Kollegen! Es ist notwendig, daß jeder Einzelne in dieser Ver-
sammlung erscheint, da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind.

Sonntag, den 17. September 1911, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Lokal von Kaul, Bismarckstraße:

Bezirks-Versammlung für Adlershof und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Der Linsen der Gewerbevereine für die
Arbeiterklasse.“ Referent: Kollege Max Horn. 2. Diskussion.
Jahresbericht und pünktliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, 17. September.

1. Abt.: 7 Uhr: Werke (Dampf-
kessel). 1 Uhr: Siedgarten (Wilhelms-
hof). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 7 und 12 Uhr: Regen-
wald (Sportplatz). Start: Schönlein-
straße 6.
3. Abt.: 7 Uhr: Räderdorf (Holl-
hof). Start: Rastplatz 12.
4. Abt.: 6 Uhr: Hauen (Wart-
gartensteinen). 1 1/2 Uhr: Räderdorf
(Klemm). Start: Räderdorfer
Straße 50.
5. Abt.: 5 Uhr: Sudow. 1 Uhr:
Schwalbe (Sondow). Start: Eghum.
6. Abt.: 3 Uhr: Frankfurt a. O.
12 Uhr: Neue Spinnmühle. Start:
Oberberger Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Goldmanns-
platz (Schweigerhaus). Start: Adoliner
Straße 8.
8. Abt.: 6 Uhr: Lössow. 1 Uhr:
Nichtersdorf. Start: Heusselstraße 22.
9. Abt.: 12 1/2 Uhr: Rönitz.
Start: Schillingstr. 22.
10. Abt.: 1 Uhr: Gießelwerber
(Ritter-Freund). Start: Weberstr. 6.
11. Abt. (Schwibbelgehilfen). Am
20. 9 Uhr: Streichhölzer durch den
Grünwald. Start: Verbandshaus.

Lichtenberg und Umgegend.

8 Uhr: Tiefensee. 1 1/2 Uhr: Wären-
felde (Schneiders). Start: Sparr-
straße 74.

Am 18.: Fahrversicherung bei
Fittell. 12/13

Stoffe

Damentuche, Eskimo, für eleg. Paletots,
Jacken, Kleider etc. 2.50, 4.50 Mk.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules



tragen.
= Unerreichte =
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Band
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besondere Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kapp-
nähten, stark Ge-
webe.
Schwere Leder-Pilot-Taschen
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Männer-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 29
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 19.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nechr. vorbot.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harniciden.

Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz.

10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots
und 3-400 getragene Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
anzüge, sowie von Kavaliereu ge-
tragene, fast neue Sachen, für
jede Figur passend, in größter Aus-
wahl zu mäßigen Preisen.
billigen Preisen:
1 Treppe, deshalb billiger als im
Laden. 190/20
Hirsch Kletterbaum, Wasserlor-
straÙe 12/13 I

Ziehung 13.-16. Oktbr. Düsseldorfer Ausstellungs- Lotterie

12 1/2 Gew. I. Werte v. Mk.
90000
15000
10000
5000

Lose à 50 Pf., 11 Lose
à 5 Mark.
Porto und Liste 20 Pf. versendet.
General-Ferd. Schäfer,
Bankgeschäft, Düsseldorf 28.

Auch zu haben in allen kenn-
lich gemachten Verkaufsstellen.

Haupt-Vertrieb für Berlin:
Kuno von Helwede,
Wallstraße 1, am Spittelmarkt.

Jugend- Liederbuch



Preis: kartoniert 25 Pf.,
Gebunden 35 Pf.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW,
Lindenstraße 69 (Laden)

und alle Zeitungsabgestellen
des „Vorwärts“.

Möbel nur von Otto Piehl

Wirklich billige Preise!

Komplette
Wohnungs-Einrichtung
schon von **230** Mark an

Moderne Schlafzimmer
schon von **210** Mark an

Moderne Herrenzimmer
schon von **300** Mark an

Moderne Speisezimmer
schon von **400** Mark an

Moderne Küchen
schon von **45** Mark an

Für Brautleute
Vorzugs-Offerten!

*Beachten Sie meine
3 Schaufenster
mit Preisen!*

Otto Piehl
bietet eine schöne
Auswahl und nur
1a Qualitäten,
keine sogenannten
Basarware.

Otto Piehl
ist kein Kredit-
haus, sondern ein
altrenommiertes
Möbelmagazin.

Otto Piehl
gewährt trotzdem
kulant Teilzah-
lung, aber ohne
die Preise aufzu-
schlagen.

Otto Piehl
Grosser Umsatz!
Kleiner
Stutzen!

Berlin N.
Brunnen-
Str. 120

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen, Wilbau, Schenkendorf, Groß-Besten, Bernsdorf, Senzig, Halbe. Die Parteigenossen oben genannter Orte werden ersucht, an der am Sonntag, den 17. September, nachmittags 8 Uhr, in Wendisch-Buchholz stattfindenden öffentlichen Versammlung auf dem Grundstück des Herrn Adersbürgers Müller, an der Münchhofer Chaussee, sich regen zu beteiligen.

Regel. Die Parteitag-Sammelliste Nr. 12910 ist verloren gegangen. Falls die Liste vorgelegt wird, ist dieselbe anzuhalten und an die Bezirksleitung abzuliefern.

Berliner Nachrichten.

Seine Geliebte erschossen.

Der Schauspieler einer Tragödie war gestern morgen gegen 7 1/2 Uhr das Haus Schellstr. 21. Dort erschoss der 24jährige Kaufmann Hans Vogel seine Braut, die 20jährige Sängerin Hilde Bömer aus Chemnitz nach einem vorausgegangenen Streit.

Der 24jährige Kaufmann Hans Vogel hatte seit einem Vierteljahr bei dem Schleifermeister Winter in der Schellstraße 21 ein möbliertes Zimmer inne. Der junge Mann, der aus Dobrilugk stammt, war bei der Firma Ravens u. Söhne in der Stadteisenabteilung als Volontär angestellt.

Das Vermögen seines verstorbenen Vaters, der in Dobrilugk ein Eisenwarengeschäft besaß, gerbt. Vor vier Monaten lernte er auf einer Vergnügungstour in Chemnitz die 20jährige Hilde Bömer kennen, die dort als Sängerin auftrat.

Der junge Mann, der mehrere Verhältnisse unterhielt. Er löste jedoch diese Beziehungen, und eines der Mädchen schrieb aus Rache darüber an die Braut des jungen Mannes einen Brief, in welchem sie der Sängerin mitteilte, daß ihr Bräutigam nach wie vor Verhältnisse mit anderen jungen Mädchen unterhalte.

Am 1. d. M. hatte Vogel von der Firma Ravens einen Urlaub genommen, der Montag dieser Woche abließ, und war nach Chemnitz gefahren, wo er während der ganzen Zeit mit seiner Braut zusammenblieb. Am Mittwochmorgen meldete sich Vogel bei seiner Firma krank und erbat noch einen Radurlaub, der ihm auch bewilligt wurde.

Inzwischen war die Bömer in den Besitz des erwählten anonymen Schreibens gelangt und reiste unverzüglich von Chemnitz nach Berlin, um von ihrem Bräutigam Rechenschaft zu verlangen. Sie kam am Mittwochabend hier an, traf jedoch Vogel nicht in seiner Wohnung.

Die Sängerin sah nun kurz entschlossen vor dem Hause Schellstr. 21 Posto und wartete auf ihren Verlobten. Morgens gegen 7 Uhr lehrte Vogel nach Hause zurück. Zu seiner größten Ueberraschung fand er seine Braut vor der Haustür und die Sängerin überreichte dem jungen Mann wortlos den anonymen Brief, in welchem er des Treubruchs beschuldigt wurde.

Vogel hat seine Braut mit in seine Wohnung zu kommen. Hierauf begaben sich beide in das Zimmer des V. Aus den Wertschätzen der gepflogenen Unterhaltung, welche die Wirtin und ein junger Kaufmann, dessen Zimmer an das des Vogel grenzt, vernahmen, hat Vogel wohl seine Beziehungen zu anderen Mädchen zugegeben, seiner Braut jedoch mehrmals versichert, daß er nach der Verlobung den Verkehr mit seinen früheren Freundinnen gelöst habe.

Die Wirtin soll seinen Ausführungen jedoch keinen Glauben geschenkt haben und es kam schließlich zu einem sehr erregten Austritt. Kurz nach 1/8 Uhr hörte die Wirtin und der Zimmernachbar Vogel kurz nacheinander drei Schüsse fallen. Von böser Ahnung lief er auf den Korridor und sah Vogel ohne Gruß an sich vorüberziehen. Ehe der junge Mann die Situation erfaßt hatte, war der Kaufmann hinausgestürzt und die Treppe hinuntergefallen.

Die Wirtin und ihr zweiter Mieter eilten nun in das Zimmer des Vogel. Dort lag sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Die Sängerin lag im Kleide mit dem Hut auf dem Kopf in der Mitte des Zimmers auf dem Teppich. Ihre Kleidung war über und über mit Blut besudelt. Beide bemühten sich um die auf dem Boden Liegende, doch erkannten sie bald, daß das junge Mädchen bereits tot war.

Nun wurde die Polizei benachrichtigt und eine halbe Stunde später traf die Nordkommission ein. Der Gerichtsarzt stellte fest, daß die Sängerin einen Schuß in das Herz und zwei Schüsse in die rechte Brustseite erhalten hatte. Auf dem Tisch des Zimmers lag der Verlobungsring des Mädchens sowie ihr Bild und eine Anzeile ihrer Verlobung. Die Schusswaffe, aus welcher Vogel die drei Schüsse abgefeuert hat, konnte nicht gefunden werden.

Man nimmt an, daß der junge Mann den Revolver zu sich genommen hat, um seinem Leben selbst ein Ende zu machen. Der Verwundene ist 1,68 Meter groß, hat blondes Haar, graublau Augen und trug einen blauen Anzug sowie einen weichen braunen Schlopphut.

Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Vogel eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Der Stod des Lehrers!

Vor den Sommerferien meldete mir (in Nr. 136), daß in der 183. Knaben-Gemeinschaft (Müllerstraße) ein neunjähriger Schüler von seinem Lehrer Raute mit dem Stod geschlagen worden war. Ein Arzt hatte am Tage nach der Bestrafung den Jungen untersucht und folgendes bescheinigt: Auf dem rechten Oberarm einen Striemen, auf dem rechten Schulterblatt einen Striemen, auf der linken Gehäufte zwei blaue Flecke, umgeben von bläulichgelblicher Hautverfärbung, auf der rechten Gehäufte vier Striemen und weiter unten zwei Striemen, das Ganze umgeben von bräunlichbläulicher Hautverfärbung, oberhalb dieser Partie noch zwei Striemen, in Verbindung mit bräunlicher Hautverfärbung, auf dem rechten Hüftgelenk zwei Striemen, umgeben von bläulicher Hautverfärbung.

Als wir über diese Prügelstrafe Bericht und das Attest veröffentlicht hatten, schrieb Herr Raute sich hin und schrieb eine sehr jorkisch klingende Verichtigung. Darin sagte er unter anderem: Die Züchtigung ist in vorgeschriebener Weise innerhalb der gegebenen Grenzen erfolgt. Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes hat nicht stattgefunden. Inzwischen habe er den Jungen schon wieder geschlagen, und die Mutter sich darüber beschwerte, antwortete er ihr: Es ist meine Sache, was ich mit dem Jungen mache! Und schon in der darauffolgenden Stunde bekam der Junge wieder Schläge von ihm.

Der Vater war nicht der Meinung, daß die Züchtigung „in vorgeschriebener Weise innerhalb der gegebenen Grenzen“ erfolgt sei. Er entschloß sich, gegen den prügelnden Lehrer eine Beschwerde an die Schuldeputation und eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft zu richten. Von der Staatsanwaltschaft kam Anfang August der Bescheid, daß sie es ablehne, gegen den Lehrer Raute wegen Körperverletzung im Amte einzuschreiten, da eine Ueberschreitung seines Züchtigungsrechtes nicht vorliege. Jetzt hat der Vater auch von der Schuldeputation endlich die lange erwartete Antwort erhalten. Sie lautet: „Auf Ihre Beschwerde über den Lehrer Herrn Raute vom 15. Juni er. eröffnen wir Ihnen, daß das Erforderliche gegen denselben veranlaßt ist.“

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Schuldeputation dem Lehrer Raute nicht Recht gegeben hat. Sie hat gegen ihn „das Erforderliche veranlaßt“, das soll vermutlich heißen: sie hat ihn disziplinarisch darüber belehrt, daß die Leistung seines Stodes sich nicht innerhalb der gegebenen Grenzen gehalten hat. Herr Raute wird jetzt begriffen haben, daß es doch nicht ganz „seine Sache ist, was er mit dem Jungen macht“.

In Sachen der umfangreichen Futterdiebstähle auf dem städtischen Schlachthof hat gestern auf dem Polizeipräsidium eine umfangreiche Vernehmung stattgefunden. Es sind etwa 20 bis 30 Treiber und Obertreiber vernommen worden, nach deren Aussagen die Angelegenheit immer weitere Kreise zu ziehen scheint. Für acht Obertreiber wurde vom Rechtsbeistand ein Antrag auf Haftentlassung gegen hohe Kaution gestellt. Ueber den Antrag ist noch nicht entschieden worden. Augenblicklich will der Untersuchungsrichter eine Entscheidung über die Haftentlassung noch nicht treffen, da eine Verdunkelungsgefahr noch nicht ganz ausgeschlossen erscheint, zumal noch nicht sämtliche bei den Straftaten in Frage kommenden Personen vernommen sind. Fluchtverdacht wird nicht angenommen.

Der Umzug am 1. Oktober. In diesem Jahre fällt der 1. Oktober auf einen Sonntag; da die Umzugspflicht an Sonn- und Feiertagen ruht, hat der Umzug respektive die Räumung der Wohnungen wie folgt zu erfolgen: Bei kleinen, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am Montag, den 2. Oktober, während des ganzen Tages; bei mittleren, aus drei bis vier Zimmern bestehenden Wohnungen am Dienstag, den 3. Oktober, bis mittags 12 Uhr; bei großen, aus mehr als vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am Mittwoch, den 4. Oktober, mittags 12 Uhr. Die bei mittleren und großen Wohnungen nachgelassene Veranlagung einer verlängerten Räumungsfrist wird indessen nur mit Rücksicht auf die bei den Wohnungen, die aus drei Zimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, und bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Zimmer schon am Montag, den 2. Oktober vollständig geräumt dem beziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Möbel und Effekten zur Verfügung gestellt werden. Unter Zubehör einer Wohnung sind Kaminen, Küche, Kammern, Bodenräume, Verschläge und Keller zu verstehen.

Ehedrama in Groß-Lichterfelde-Ost.

Gestern, Donnerstagmorgen, erschoss der Bauarbeiter Karl Werlach seine junge Frau und suchte sich dann selbst mit der Waffe zu töten. Es wird hierüber folgendes gemeldet: Vor Jahresfrist heiratete der Arbeiter Karl Werlach die 21jährige Luise Thürenberger, die mit ihrer Schwester bei der Mutter in der Neuen Dorfstraße 10 in Groß-Lichterfelde-Ost wohnte. Das Paar zog nach Charlottenburg, Lindenstraße 6, und verlebte die ersten Monate der Ehe recht glücklich. Da G. jedoch nur spärlich engagiert war, suchte er sich auf Warten Beschäftigung. Von seinem Verdienst soll er jedoch der Frau nur wenig abgeben haben, so daß diese, da dieselbe auch leidend war, auf die Unterstützung ihrer Mutter angewiesen war. Da Werlach auch seine Frau noch schlecht behandelte, verließ dieselbe vor etwa vier Wochen die Wohnung ihres Gatten und kehrte zu ihrer Mutter nach Groß-Lichterfelde zurück. Nun soll G. versucht haben seine Frau zu betrogen, zu ihm zurückzuführen. Auf Anraten ihrer Verwandten habe jedoch Frau G. erklärt, daß sie nicht mehr mit dem Manne zusammenleben wolle und die Scheidung einleiten werde.

Am gestrigen Donnerstagmorgen erschien Werlach, nachdem er in der letzten Woche bereits mehrfach in die Wohnung der Mutter seiner Frau einzudringen versucht hatte, wiederum daselbst. Auf sein Klingeln öffnete ihm die Schwägerin; ehe das junge Mädchen die Tür wieder schließen konnte, war G. in die Wohnung eingedrungen und suchte seine Frau in der Küche auf. Die Schwester konnte jetzt nur hören, daß G. seine Frau mit Worten überhäufte. Plötzlich erklangen drei Schüsse hintereinander. Die Tür wurde aufgerissen und Frau Werlach lief blutüberströmt, gefolgt von der Schwester die Treppe hinab, um auf dem Hausflur besinnungslos zusammenzubrechen. Jetzt richtete der Bauarbeiter die Waffe gegen sich und jagte sich zwei Revolverkugeln in den Kopf. Ein sofort hinzugeholter Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod der jungen Frau konstatieren. Sie hatte zwei Schüsse in die rechte und einen Schuß in die linke Schläfe erhalten. G. wurde schwerverletzt in hoffnungslosem Zustande nach dem Lichterfelder Kreis-Krankenhaus gebracht.

Militärbegeisterung bei der Schuljugend. In unserer Mitteilung (in Nr. 214), daß in Rixdorf ein Lehrer seinen Schülern eine Schilderung der Parade als Aufgabehema gegeben und dabei ihnen die Befichtigung dieses militärisch-höflichen Schaueindrucks zur Pflicht gemacht hat, schreibt uns ein Leser, daß auch in Berlin verübt worden ist, die Schuljugend mittels eines Auftrages für die Parade zu begeistern. Auch in der 23. Knaben-Gemeinschaft (Straußberger Straße) wurde in einer Klasse III den Schülern aufgegeben, über die diejährige Herbstparade einen Aufsatz anzufertigen. Ein Schüler, der nichts darüber zu schreiben wußte und nun Verzeihung zu bekommen fürchtete, schrieb auf Veranlassung seines Vaters: „Auf dem Tempelhofer Felde fand am 1. September eine Parade statt, ich habe aber davon nichts gesehen.“ Dieser Aufsatz wurde vom Lehrer — nicht beantwortet.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern morgen um 4 Uhr auf dem Straßenbahnhof 11 in Reinickendorf. Dort wollte der Schaffner Delschläger, Pödenwalder Str. 6 wohnhaft, an der Wagentafel nach der Nummer seines Fahrzeuges sehen. In diesem Augenblick fuhr der Motorwagen 2707 der Linie 8 aus dem Schuppen heraus und brückte den Schaffner gegen einen Pfeiler. Der Verunglückte, der einen Schädelbruch, einen schweren Beckenbruch und Verletzungen am Rücken davongetragen hatte, wurde nach dem Rudow-Birchow-Krankenhaus gebracht.

Nach Unterschlagung von 11 000 Mark ist der 27 Jahre alte Buchhalter Fritz Werthold, Lotzstr. 16, der im Zentrum der Stadt in einem Engrosgeheim angeheiratet war, säklich geworden. Er verschaffte sich das Geld dadurch, daß er gestern, bevor er zum Mittagessen ging, zwei Scheckformulare entwendete und bei der Deutschen Bank 8000 M. und auf dem Postamtamt 2300 M. erhob. Außerdem nahm er noch mehrere hundert Mark an barem Gelde mit.

Ein entsetzlicher Unfall hat sich gestern nachmittags auf dem Baugrundstück der Firma Israel in der Spandauer Straße 26 ereignet. Die Maschinenfabrik Karl Bloch, Chaussee 35, läßt in dem bereits hochgerichteten Neubau gegenwärtig Bohrpfähle anbringen. U. a. war der 20jährige Monteur Drylluhningen mit der Mon-

terierung und Einrichtung der Bohrpfähle beschäftigt. Gegen 8 Uhr bemerkte ein anderer Monteur, der vom dritten Stockwerk herunterkam, daß der Bohrpfahl im zweiten Stockwerk fest lag. Als er nach der Ursache sehen wollte, beobachtete er zu seinem Entsetzen zwischen dem Tragleist und der Bohrpfahlwand den Leichnam eines jungen Menschen, dem der Kopf fehlte. Der Leichnam wurde bald darauf in dem Bohrpfahlschacht aufgefunden. Er war vom Rumpf abgerissen und in die Tiefe gestürzt. Der Verunglückte war Drylluhningen. Auf welche Weise sich der furchtbare Unfall zugetragen hat, konnte mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden. Es wird angenommen, daß während der Montierung der junge Mensch zwischen dem Bohrpfahlschacht und dem Stab geraten und daß dabei der Kopf vom Rumpf getrennt worden ist. Der furchtbar verblümmelte Leichnam mußte durch die Feuerwehr befreit werden. Die Leichenteile wurden sodann nach dem Schauhaus gebracht.

Die Untersuchung gegen den Spandauer Frauenmörder Friedrich Schumann, der bekanntlich die Frau Wolke auf der Falkenhagener Chaussee bei Spandau erschossen hat, schwebt noch immer. Es besteht von vornherein der Verdacht, daß Schumann auch das Attentat gegen die Frau des Maschinenfabrikanten Bödike ausgeführt hat. Er hat jetzt eingeräumt, daß er früher noch eine zweite Waffe besaß, diese aber, als er sich den Browning anschaffte, weggeworfen habe. Wahrscheinlich dürfte Schumann auch dieser Tat überführt werden.

Den Tod im Wasser suchte und fand ein unbekannter Mann, der in der vergangenen Nacht vom Schöneberger Ufer in den Landwehrkanal sprang. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Am Ufer ließ er einen schwarzen steifen Filzhut und einen grauen Spazierstock mit Naturleiste zurück.

Ein Kleiderfund, dem der Selbstmord eines jungen Mädchens zugrunde liegt, wurde gestern im Tegeler Forst im Jagd 66 am Ufer des Tegeler Sees gemacht. Spaziergänger entdeckten am Seeufer einen Damenhut sowie einen Mantel und mehrere Ansichtskarten. Die benachrichtigte Polizei stellte fest, daß die Gegenstände der 17jährigen Arbeiterin Margarete Stiegemann aus Berlin gehörten. Das junge Mädchen hat an die Eltern einen Abschiedsbrief gerichtet, in dem es den Angehörigen mitteilt, daß es nicht länger leben könne. Durch unglückliche Liebe werde es in den Tod getrieben. Man solle seine Leiche im Tegeler See suchen. Bisher konnte der Leichnam noch nicht geborgen werden.

Lebende Tierbilder von nah und fern, der Vortrag von Professor Dr. Heß, dem Direktor des Zoologischen Gartens, mit zooinematographischen und grammophonischen Vorführungen, wird am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, noch einmal im wissenschaftlichen Theater der Urania wiederholt werden. Am Abend gelangt der Vortrag „Roms Jubiläumjahr und seine Ausstellungen“ zur Darstellung.

Arbeitende Jugend Berlins. Der Berliner Jugendausflug veranstaltet am kommenden Sonntag folgende Ausflüge:

- Gruppe Norden: Partie nach Hermsdorf—Stolpe. Treffpunkt 7 Uhr Badstraße, Ecke Schwendestraße (Normaluhr). Fahrgeld 30 Pf. — Partie nach Regel—Stolpe. Treffpunkt 7 Uhr Malplaquetstraße, Ecke Raxarethstraße. Fahrgeld 30 Pf. — Partie nach Waidmannslust—Stolpe. Treffpunkt 7 Uhr Kettledesplay (Normaluhr). Fahrgeld 30 Pf. Treffpunkt für Rastzügler dieser Gruppe: Stolpe (Dorf), Lokal Bergemann.
 - Gruppe Köpenicker Vorstadt: Partie nach den Müggelbergen. Treffpunkt 7 Uhr Antonplatz. Fahrgeld 40 Pf.
 - Gruppe Süden: Partie nach Regel—Schenkendorf—Hennigsdorf—Hermsdorf. Treffpunkt 7 Uhr Hohenstaufenplatz. Fahrgeld 30 Pf.
 - Gruppe West-Südwest: Partie nach Spandau—Pinseltung—Vielerslang. Treffpunkt 1/8 Uhr Wilowstraße, Ecke Eidenstraße (Normaluhr). Fahrgeld 40 Pf.
 - Gruppe Osten: Partie nach Grünau—Neue Mühle. Treffpunkt 7/7 Uhr Weidenweg, Ecke Jorndorfer Straße. Fahrgeld 40 Pf.
- Die Teilnehmer werden gebeten, sich mit Proviant zu versehen und die Lieberbäder nicht zu vergessen. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu diesen Ausflügen freundlich eingeladen. Der Jugendausflug.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Ueber die Errichtung eines Kolonialkriegerdenkmals verhandelte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien. Ein Antrag des Magistrats forderte für die Errichtung des Denkmals einen geeigneten Platz und eine einmalige Summe von 50 000 M. zu bewilligen sowie die dauernde Unterhaltung des Denkmals zu übernehmen. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen und demokratischen Vertreter äußerten alle Vertreter der Bürgerschaft durch begeisterte Juris während der Verhandlung ihre Zustimmung zu der Sache. Der Verichterhalter Dr. Heinitz ergab sich dem auch nur in Lobeshymnen über den Reichslangler, der auch Wilmersdorf bei seiner Anfrage an die Städte mit einbezogen und somit um die Möglichkeit gäbe unsern Sinn für diese große Sache zu befanden. „Wenn wir dem Antrage des Magistrats unsere Zustimmung geben, so handeln wir in Uebereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung“ äußerte der Verichterhalter. Im übrigen werde der Magistrat bei der Ausführung des Denkmals schon seinen Einfluß geltend machen. Die Ansicht der Mehrheit befandete der Herr Dr. Leidig, der sich voll und ganz auf den Boden der Anschauung des Verichterhalters stellte und die Parteien (es bestanden in Wirklichkeit eigentlich mit Ausnahme der beiden demokratischen Parteien keine anderen) ersuchte alle Schranken fallen zu lassen, die sonst trennend wirken, um einen einmütigen Beschluß in dieser „großen nationalen Sache“ zu fassen.

Nach diesen Ausführungen setzte die Mehrheit mit der ihr zustehenden Macht ein und unterband jede weitere Diskussion. Daraus wurde den Vertretern der Sozialdemokratie sowie der demokratischen Vereinigung jede Äußerung unmöglich. Man fürchtete eben, daß mancher Vermutungen in den Freudenbecher hätte fallen können; wenn man der freien Meinungsäußerung Spielraum ließ. Auch der Protest gegen die sofortige 2. Beratung blieb ohne Erfolg, weil selbst hierbei nur die demokratischen Parteien ihren Einspruch geltend machten. Die Unabhängige Vereinigung einmütlich der sich „fortschrittlich“ nennenden Stadtverordneten fanden sich in Einheit zusammen, um die Hinausschiebung zu verhindern. Unter großen Weisfals- und Gebungen nahm dann die Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten die Vorlage ohne Ausschussberatung an.

Das auch mit dieser Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung für diese selbst die Angelegenheit vorerst ihre Entscheidung gefunden, so wird die breite Masse der Bevölkerung sicherlich diese Sache in den Kreis ihrer Erörterung ziehen. Die Mehrheit der Bevölkerung wird sich ganz entschieden dagegen wehren, daß sie der Bewilligung der Mittel zustimmen. Nachdem bei allen sozialen Einrichtungen die Stadtverwaltung zur Herabgabe von Geldern die größte Anstrengung bewiesen, hat die Bevölkerung nur zu sehr das Recht, gegen die jetzt internen Verwendung der Steuergroschen zu protestieren. Und daß dieses geschieht, werden die kommenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung lehren.

Die Brandstiftungen wollen kein Ende nehmen. Auch gestern wieder wurde die Wilmersdorfer Feuerwehrt wegen einer aus-

gedehnten Brandstiftung nach der Ringbahnstraße 142 alarmiert. Dort stand nahe der Paulsbörner Straße ein erst vor einigen Monaten bezogenes modernes Haus in großer Ausdehnung in Flammen. Brandinspektor Dannehl war schnell mit der gesamten Wehr zur Stelle und ordnete einen umfassenden Angriff an. Ueber die bereits total verqualmten Treppen und mechanischen Leitern wurde energisch gegen den im Dachgeschoss liegenden Brandherd vorgegangen. Schließlich gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl des monumentalen Gebäudes zu beschränken. Der Schaden ist bedeutend. Als Ursache wird vorsätzliche Brandstiftung angenommen.

Rixdorf.
Kommunalwähler Rixdorfs, nehmt Einsicht in die Stadtverordneten-Wählerliste! Dieselbe liegt vom heutigen Tage bis zum 30. September im städtischen Wahlbureau (Rathaus, Berliner Str. 62/64) zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Und zwar an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, an den beiden Sonntagen von 8—10 Uhr vormittags. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß alle diejenigen, welche seinerzeit durch den Wahlrechtsrand aus der II. in die III. Wählerabteilung gedrängt wurden, die Wählerliste recht genau betrachten müssen. Die II. Wählerabteilung weist 8858 Wähler auf und schlägt mit einem Steuerbetrag von 72 M. ab. Durch das Drittelungsprinzip wählen nun 6460 Wähler mehr in der II. Abteilung gegen die Vorjahre. Wegen dieser starken Vermehrung der Wähler dieser Abteilung ist dieselbe in sechs Wahlbezirke eingeteilt worden, welche bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ veröffentlicht wurden. Die Einteilung ist anzusehen. Ferner wird allen Wählern, für welche das Kinderprivileg in Betracht kommt, empfohlen, darauf achtzugeben, daß die volle Summe, welche sie in Wirklichkeit gemäß ihres Einkommens zu entrichten hätten, auch in der Liste in Anrechnung gebracht ist. Versäume also niemand sich zu vergewissern, ob er in der Liste und an der richtigen Stelle steht. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen.

Charlottenburg.
Ein entsetzlicher Unfall trat am Mittwochnachmittag am Charlottenburger Ufer zu. In der Nähe der Doba-Brücke sollte die Ladung eines Kohlenlohns durch einen Kran mit selbsttätiger Vorschubvorrichtung entladen werden. Der Steuermann des Schiffes stand dabei, um den schweren eisernen Kräfte, dessen Boden sich automatisch öffnet und schließt, zu dirigieren. Unglücklicherweise senkte sich der Kran in einem Augenblick, als der Schiffer Emil Schmidt mit einer Arbeit am Bordrand beschäftigt war, auf den jungen Mann, der nun zwischen die Räder der Hebevorrichtung geriet. Als der mehrere Zentner schwere Kräfte angezogen wurde, schlossen sich die beiden eisernen Türen und zerquetschten dem Unglücklichen den Brustkasten vollständig. In bewußungslosem Zustande wurde Schmidt nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Der Arbeiter-Radfahrverein Charlottenburg (M. d. A. R. V. „Solidarität“) hält am Sonnabend, den 16. September, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, sein 11. Stiftungsfest ab. Die Parteigenossen werden gebeten, dieses Fest recht zahlreich zu besuchen.

Lichtenberg.
Die Stadtverordneten-Wählerlisten liegen von heute, den 15. bis inklusive 30. September, an Wochentagen von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses zur Einsichtnahme aus. Da in diesem Jahre im November wiederum Stadtverordnetenvahlen für 10 auszulosende Stadtverordnete stattfinden, ist es dringend notwendig, daß jeder Wähler sich davon überzeugt, ob er in der Liste steht.

Friedenau.
Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen. Für die am Montag, den 18. September, nachmittags, im Restaurant Hohenzollern stattfindenden Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen hat die Gewerkschaftsunterkommission das Wahlbureau bei Reichelle, Handjerystr. 60/61, errichtet. Es werden dort die vom Arbeitgeber oder von der Ortspolizeibehörde zu unterzeichnenden Formulare abgegeben, es wird auch die polizeiliche Beglaubigung durch den Genossen in die Wege geleitet. Die bitten die Genossen, sich ihre Legitimation schon wenn möglich vor Montag zu besorgen. Dem evangelischen Arbeiterverein, der, wie wir schon berichteten, eine Gegenliste aufgestellt hat, haben sich jetzt auch der katholische, die Hirsch-Dunderschen und selbstverständlich auch die Weiden angegeschlossen, um durch ein gemeinsames Vorgehen der roten Gefahr wirksam entgegenzutreten. Wir ersuchen die Genossen, für glänzenden Ausfall der Wahl Sorge zu tragen, so daß es diesen Vereinen vergeht, künftig überhaupt noch einmal sich an den Wahlen zu beteiligen.

Die hiesige Freie Turnerschaft feiert am kommenden Sonnabend im Restaurant zur Klaus, Bilmersdorf, Hildegardstraße, „Rekruten-Abschied“. Anfang 8 Uhr abends. Eintritt frei.

Baumfischulweg.
Eine Morgenbesprechung der Arbeitergesangsvereine in den Vororten an der Görlicher Bahn und der Obersee findet am Sonntag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, in Speers Festhau, Baumfischulweg 78, statt. Da die Teilnahme an dieser Veranstaltung eine sehr zahlreiche ist, so werden die einzelnen Vereine gebeten, recht pünktlich zu erscheinen. Freunde des Gesanges sind als Gäste willkommen.

Ober-Schönweide.
Aus der Gemeindevorstellung. Der am Dienstag stattgefundenen Sitzung war eine Vorlage unterbreitet, welche die Verlegung elektrischer Kabel in den Ortstraßen durch die Berliner Elektrizitätswerke zum Gegenstand hatte. Den bisher geltenden Vertrag hatte die Grundrentengesellschaft als Gränderin des Ortes im Jahre 1895 abgeschlossen; danach war es unbeschränkter Recht der Berliner Elektrizitätswerke, in dem zum damaligen Gemeindegelände gehörenden Straßen unterirdisch Kabel zu verlegen. Nachdem jedoch die Werke in der erst später eingemeindeten verlängerten Friesenstraße eine Verlegung vorgenommen, war die Dandgabe für die Gemeinde gegeben, einen anderen Vertrag zustande zu bringen. Die Vertretung stimmte einem Vertragsentwurf zu, wonach hinfür für jedes laufende Meter Durchgangskabel eine jährliche Anerkennungsgebühr von drei Pfennigen zu entrichten ist unter Garantie einer Mindestrente von 1500 M., die für zwei Jahre bei Abschluß des Vertrages nachzahlen ist. Nebenher läuft jedoch ein Vertrag für die vom Kreise übernommenen Chausseestrecken mit höheren Gebühren; im ganzen vereinbart die Gemeinde jährlich circa 6000 M. dafür. — Die von dem Kreise übernommene Chaussee zwischen Nummelsburg und Köpenick, welche von der Gemeinde als Straße ausgeplant wird, soll gegen Zahlung einer Gebühr von 1 Pf. für den Quadratmeter zum Gesamtpreise von 420 M. in das Eigentum der Gemeinde übergeben; die Vertretung stimmte dem zu. Für die am 9. Oktober stattfindende Einweihungsfeier des Realgymnasiums werden 750 M. gefordert. Genosse Bruno wandte sich gegen die Höhe der Aufwendungen, zu gleicher Zeit die geplante Verwirrung der Käse herabzusetzen, was doch recht stark gegen die bei Volksschuleinweihungen geübte Gewohnheit absteht und bei den in der Gemeinde überaus stark vorhandenen vermögenden Einwohnern keine besonders freundlichen Gefühle auslösen würde. Die Mehrheit stimmte jedoch der Forderung zu. Eine längere Debatte rief die Forderung von 17500 M. für Anschaffung von Lehrmitteln für das Realgymnasium hervor; schließlich wurde die Ausgabe auf 13000 M. festgesetzt. Der Antrag Feuerordnung wurde ein Nachtrag zugefügt, wonach bei

Grundstücksverkäufen, bei denen der Veräußerer steuerfrei ist (wie der Fiskus) der Erwerber die Steuer voll zu tragen hat, mit Ausnahme von Erwerbungen zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken, in letzteren Fällen wird die Hälfte der Steuer erhoben. Die provisorische Herstellung eines Teiles der Siemensstraße, welche sich durch Erdbeben notwendig macht, soll erfolgen. Die Gedanken der Vertretung, die die Kosten vor der nächsten Jahre auszuführenden gänzlichen Umgestaltung heute, wurden von der Bauverwaltung zerstreut. Die Straße wird eine wesentliche Verbreiterung und eine Befestigung in Meidensteinspalt erhalten. Ein von dem Gutsvorsteher des Gutbezirkes Köpenick-Fort bei der Aufsichtsbeförde eingegangener Antrag, den nach Abtrennung des neu gebildeten Gutbezirkes Wohlheide verbleibenden Teil aus dem Geltungsgebiet der Ortskrankenkasse herauszunehmen, wurde angenommen. — In geheimer Sitzung wurden dann noch Unterhaltungsarbeiten erledigt.

Köpenick.
Der Arbeiter-Radfahrverein Vorwärts, Köpenick, Mitglied des Bundes Solidarität, feiert Sonnabend, den 16. d. M., sein Stiftungsfest. Da selbiger zu Parteifestlichkeiten und Agitationsstouren stets mitwirkt, wird gebeten, das Fest zahlreich zu besuchen.

Weißensee.
Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am gestrigen Mittwochnachmittag in der Gählerstraße abgespielt. Dort geriet die 19jährige Gertrud Kegenroth vor dem Hause Gählerstr. 7 beim Ueberschreiten des Fußbodens unter die Räder eines vorüberfahrenden Lastwagens. Der Kutscher verlor die Kontrolle über das Pferd und wurde durch den Unfall, dabei bäumte sich eins der Tiere und traf das an der Erde liegende schwächliche Mädchen mit einem Vorderfuß an der Schläfe. Das Kind brach bewußlos zusammen und starb eine halbe Stunde später. Die Mutter des Kindes erlitt bei der Todesnachricht einen Anfall von Geistesstörung und mußte in eine Nervenkuranstalt gebracht werden. Nach Aussagen von Passanten trifft den Kutscher keine Schuld.

Kallberge-Rüdersdorf.
Am Sonntag, den 17. September, veranstaltet die organisierte Arbeiterschaft von Kallberge und Umgegend im Lokal „Zur Linde“, Hermann Kneberg (früher Kall) ein Volksfest, bestehend in Gartenfest, turnerischen Aufführungen, Reigenfahrten, Gesangsvorträgen, Damen- und Kinderbelustigungen usw., Anfang 3 Uhr, Eintritt 25 Pf., Damen und Kinder frei. Ausflügler und Vereine, welche an diesem Tage den Ort besuchen, wollen das Fest beachten. Durch die eigenartigen lokalen Verhältnisse ist die hiesige organisierte Arbeiterschaft auf die Unterstützung der auswärtigen Genossen angewiesen.

Seinersdorf.
Aus der Gemeindevorstellung. Vor Beginn der Tagung wurde der Bericht der des „Weißenseer Tageblattes“ angelehnt wegen unobjektiver Berichterstattung auf Beschluß der Gemeindevorstellung aus der Sitzung entfernt. Für die Erwerbung des andreschen Grundstücks soll eine Anleihe von 70000 M. gegen eine Verzinsung von 4 1/2 Proz. von der Preussischen Hypothekbank aufgenommen werden. Eine von der Gemeinde Weißensee beantragte Abänderung des Bebauungsplans (es handelt sich um die Verlängerung der Pistoriusstraße) wurde abgelehnt. Für die Benennung der Straßen auf dem „Wästen Plan“ wurden die Namen Hilde, Freya, Emma, Waldur, Donar und Helgastraße festgesetzt. Nach der am 1. Oktober in Kraft tretenden Wasserleitungsgebührenordnung sollen folgende Sätze erhoben werden: Für den hauswirtschaftlichen Gebrauch 25 Pf. pro Kubikmeter, für den gewerblichen Verbrauch bei einer monatlichen Entnahme bis 100 Kubikmeter 15 Pf., bei 200 Kubikmeter 12,5 Pf. und für jeden weiteren Kubikmeter 10 Pf.

Pankow.
Das Feuerlöschwesen Pankows entspricht durchaus nicht mehr den Anforderungen des im letzten Jahrzehnt in seiner Entwicklung rapid vorgeschrittenen Ortes. Die Feuerlöschkraft eines Gemeinwehens von jetzt annähernd 60000 Einwohnern mit vorwiegend hohen Mietskasernen und einer Reihe bedeutender industrieller Betriebe ist in die Pflicht der freiwilligen Feuerwehre gegeben, deren praktische Wirksamkeit bei aller Anerkennung ihrer guten Willens und ihrer Tüchtigkeit im Ernstfall nach Lage der Dinge unzureichend sein muß. Das hat sich denn auch des öfteren und namentlich bei den größeren Bränden aus letzter Zeit offenkundig gezeigt, wo nur durch das Eingreifen der Berliner Wehr umfangreichere Brandkatastrophen verhütet worden sind. In den Kreisen der freiwilligen Feuerwehre und ihrer Förderer allerdings vermag man den Anarchismus im Pankower Feuerlöschwesen nicht anzuerkennen und schiebt dessen offenkundige Unzulänglichkeit allerlei anderen Umständen zu. So muß unter anderem regelmäßig der angeblich ungenügende Wasserdruck — früher des alten, jetzt des neuen Wasserwerkes — als Sündenbock dienen, der der freiwilligen Feuerwehre ein erfolgreiches Eingreifen erschwert oder unmöglich macht. Alles Heil wird daher von der Beschaffung einer Dampfspritze erhofft, mit welcher Angelegenheit sich eine der nächsten Gemeindevorstellungen beschäftigen wird. Wenn jedoch sonst alles beim alten bleibt, dürfte auch eine Dampfspritze an den bisherigen Verhältnissen nur wenig ändern. Eine wirklich zureichende Verringerung im Feuerlöschwesen Pankows kann nur von der Errichtung einer Berufsfeuerwehre erwartet werden. Diese Erkenntnis scheint sich denn auch weiteren Kreisen in Pankow aufzudrängen. So hat Herr Direktor Kocher von der Engelhardt-Bräuerei kürzlich im Pankower Grundbesitzerverein die Erwägung der Errichtung einer Berufsfeuerwehre für Pankow angeregt, ohne dort allerdings viel Gegenliebe zu finden. Dessenungeachtet wird eine Reorganisation des Feuerlöschwesens mit der fortschreitenden Entwicklung und baulichen Ausdehnung Pankows in der nächsten Zukunft nicht mehr zu umgehen sein. Neben den mancherlei mangelhaften Gemeindevorrichtungen, die Pankow bereits aufzuweisen hat, ist es auch eine der vornehmsten Aufgaben für die Gemeindevorwaltung, für ausreichende Feuerlöschkraft der Einwohnerchaft besorgt zu sein, und Mittel und Wege zu finden, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Reinickendorf.
Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter und Angestellten ist in vielen Gemeindevorstellungen immer noch ein böhmisches Dorf. Neue Wege dafür wurden kürzlich in einer Versammlung des Personals des hiesigen Rwerbandskrankenhauses erörtert. In diesem kommunalen Betriebe ist der Vertrauensmann entlassen worden, weil er sich angeblich eine Urlaubsbereitstellung hat zuschreiben lassen. Tatsächlich handelt es sich aber um nichts anderes, als um eine Maßregelung. In der Versammlung konnte nämlich festgestellt werden, daß die Entlassung auf das persönliche Eingreifen des Gemeindevorstehers Wittenau zurückzuführen ist. Dieser Herr hat es nicht verstanden können, daß der Vertrauensmann bei Gelegenheit eines Besuchs des Krankenhauskuratoriums über schlechte Kost Beschwerde geführt hat. Der Herr Gemeindevorsteher hat sich damals betrogen gefühlt, eine mit der Würde eines solchen gestrengen Herrn wenig in Einklang zu bringende Antwort zu erteilen, die der Vertrauensmann selbstverständlich an seine Kollegen weiter vermittelt hat. Davon hat der Kurator Kenntnis erhalten und sich nicht anders zu helfen gewußt, als das Verlangen um sofortige Maßregelung des Vertrauensmannes zu stellen. Auch andere gestrenge Herren im Reinickendorfer Krankenhaus meinen, sich über die Reichsregierung hinwegsetzen zu können. Der Herr Bürgermeister von Reinickendorf hebt den § 152 der Reichsgewerbeordnung aus eigener Machtvollkommenheit einfach auf, indem er erklärt, er „erlaubt“ und „duldet“ in „seinen“ Betrieben keine sozialistischen Umtriebe. Nicht viel anders sind die Anschauungen in diesem Punkte bei dem Herrn Professor und dem Inspektor des Krankenhauses. Erfreut „gestattet“ zwar den

Angestellten sich zu vereinigen, aber wehe ihnen, wenn sie die Konsequenzen ihres Koalitionsrechtes ziehen. Die Herren bringen es zwar fertig, dem Personal die im Krankenhaus-Etat zugeständenen Löhne in rechtswidriger Weise vorzuenthalten, suchen aber auch zu verhindern, daß diese zur Erlangung ihres Rechts die notwendigen Schritte unternehmen. Ganz Besonders leistet in der Weise dem Personal gegenüber der Inspektor, der möglicherweise ebend ein guter Militär gewesen sein mag, aber zum Umgang mit Arbeitern und Angestellten die Ansprüche auf Wahrung ihrer Rechte haben, in keiner Weise berufen zu sein scheint. Man kann diesen Zuständen gegenüber nur wünschen, daß der in der Versammlung zum Ausdruck gekommene Wille zum festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß, baldigt zur Tatfache wird, um Uebergriffen von Vorgesetzten, wie sie vorstehend kurz skizziert sind, endgültig das Handwerk zu legen.

Dranienburg.
Ein gefährlicher Burleske ist am Mittwochnachmittag hier festgenommen worden. Der Arbeiter Stegemann hatte ein neunjähriges Mädchen an sich gelockt und war mit der Kleinen in den an die Stadt angrenzenden Wald gegangen. Dort mißbrauchte der Unhold das Kind. Auf das Schreien des Mädchens eilten einige Ausflügler hinzu, die den Querschnitt festnahmen und nach Verabreichung einer gehörigen Tracht Prügel der Polizei übergaben.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Vanderversammlungen am Sonntag, 17. September nach: I. Heiliger, Köd. Gannengrund, Alendstraße, Heilmalbe. Abfahrt 5.30 Uhr, Zielgenossenschaft. — II. Kegel, Heiligenhof, Spandau. Treffpunkt 1/2 9 Uhr, Einbahn der Straßenbahn. — Tour Stolow, Köpenick fällt aus. Gäste willkommen.
Deutscher Arbeiter-Abteilungsverband. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 15. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelhar 15, Saal 5: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Simon Kayenitz über „Kassenhygiene und Sozialpolitik“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Eintritt 10 Pf.

Eingegangene Druckschriften.
Von der „Neuen Zeit“ ist Heft des 50. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Syndikalismus und Parlamentarismus. Von Gustav Götze. — Marx und Bakunin. Von Georg Stielhoff. — Soziologische Fragen. Von Heinrich Cunow. — Landflucht und Leutenot. Eine Untersuchung über Ursachen und Mittel zur Abhilfe. Von Dr. Wilhelm Gumbach. (Schluß).
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Witterungsüberblick vom 14. September 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwettende	760	SW	3 mäßig	16	Dabrand	749	D	2 bedekt	8		
Damburg	762	SW	2 Regen	14	Uckerburg	755	SD	2 bedekt	10		
Herbin	761	B	3 bedekt	16	SciB	766	SD	2 mäßig	14		
Frankfurt	763	SW	Punkt	18	Aber-see	766	SW	2 heiter	8		
München	763	SW	4 mäßig	20	Paris	762	N	1 heiter	16		
Wien	764	SD	1 wolken	14							

Wetterprognose für Freitag, den 15. September 1911.
Etwas kühler, vielfach heiter, aber veränderlich bei frischen nordwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Jugendausschuß Charlottenburg.
Den Jugendlichen zur Nachricht, daß unser Jugendfreund **Alfred Feige** Umlandstr. 112/113 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Straße 102/103, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Jugendausschuß.

Am 13. d. Mts. verstarb nach schweren Leiden unser lieber Sohn **Willi Schmoch**.
Um dieses Beldel bitten Die tiefbetrübten Eltern **Willi Schmoch** und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des 2. Schönberger städtischen Friedhofes, Südostgelände, aus statt.
5626

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer Berlin Bezirk 18.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Theodor Jungblut** plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Hulda Horstmann** sage ich allen Freunden und Bekannten, den Beichtern, Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Gebr. Koppe, sowie den Hausgenossen und dem Verein seiner Gattin, Bahnelie Lichtenberg, meinen innigsten Dank.
Martin Horstmann nebst Kindern.
5515

Verband der Schneider und Schneiderinnen. (Zentrale Berlin I.) **Todes-Anzeige.**
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Georg Wickede** am 12. September im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedrich-Wederschen Kirchhofes, Bergmannstraße, statt.
161/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mammes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein Rixdorf, 14. Bezirk, den Kollegen und Kolleginnen, sowie dem Vorstand des Arbeitervereins der Firma Wig u. Genes, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem Gesangsverein und unserem Stadtverordneten Genossen Hellmann für seine trostreichen Worte am Sarge meinen herzlichsten Dank.
Elise Klara Jänchen.

Am Mittwoch, den 13. Septbr., starb unser lieber Kollege **Ferdinand Göring**.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
5426
Die Kollegen der Firma C. F. Kindermann u. Co.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter, Schwester und Schwägerin **Marie Hintze** sagen allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Familie M. Sinke nebst Kindern.

Dankagung.
Dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises und dem Verband der freien Schanzknechte Deutschlands sowie meinen werthen Vätern sage ich für die meinem lieben Mamm erwiesene Teilnahme meinen herzlichsten Dank.
5486
Elise Marie Sinke.